Stadt Bern
Ratssekretariat
des Stadtrats

Bildungsstandort Bern: Stadt und Agglomeration engagieren sich!

Bericht zur Tagung der Agglomerationskommission vom 6. November 2015

Agglomerationskommission
des Stadtrats (AKO)

Daniela Lutz-Beck (GFL/EVP), Präsidentin
Hans Ulrich Gränicher (SVP), Vizepräsident
Isabelle Heer (BDP/CVP)
Ueli Jaisli (SVP)
Ingrid Kissling-Näf (SP)
Peter Marbet (SP)
Melanie Mettler (glp)
Patrizia Mordini (SP)
Stéphanie Penher (GB/JA!)
Alexandra Thalhammer (FDP)
Luzius Theiler (GPB-DA)

Daniel Weber, Kommissionssekretär
Barbara Wälti, Protokollführerin

Ratssekretariat des Stadtrats
Morellhaus
Postgasse 14
Postfach
3000 Bern 8

T 031 321 79 20
E ratssekretariat@bern.ch
www.bern.ch

Bern, 24. Februar 2016

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 5
2 Fachbeiträge 7
2.1 Bildung und regionale Wirtschaftsentwicklung: Was ist die Rolle von Hochschulen? 7
2.2 Berner Fachhochule: Zentralisierung ist mehr als die Summe der Einzelteile 10
2.3 Die Schweizer Hochschulen: Zugänge und Übergänge in den Arbeitsmarkt 15
3 Podiumsdiskussion: Bildungsstandort Bern 19
4 Workshops: Präsentation der Ergebnisse 29
4.1 Workshop I: Berufsbildung als regionaler Wirtschafts- und Standortfaktor 29
4.2 Workshop II: Die Zukunft der Berner Fachhochschule 31
4.3 Workshop III: Möglichkeiten und Grenzen von Bildungsforschung für die Bildungspolitik 32
5 Fazit der Agglomerationskommission 36
Anhang 37

1 Einleitung

Am 6. November 2015 hat die Agglomerationskommission des Stadtrats von Bern (AKO) ihre jährliche Tagung zur Agglomerationspolitik durchgeführt. Nachdem die Veranstaltung im vergangenen Jahr in der Stadt Bern stattgefunden hat, war die AKO 2015 in den Räumlichkeiten der GEWA Stiftung für berufliche Integration in Zollikofen zu Gast. Die Tagung stand unter dem Titel „Bildungsstandort Bern: Stadt und Agglomeration engagieren sich“ und widmete sich der Frage nach der Bedeutung des Bildungsstandorts für die Entwicklung von Stadt und Region Bern. Dabei sind unterschiedliche Aspekte wie der Einfluss von Hochschulen und eines breiten Berufsbildungsangebots auf die wirtschaftliche Entwicklung, Möglichkeiten zur Stärkung des Bildungsstandorts Bern und die künftige Entwicklung der Berner Fachhochschule diskutiert worden.

Wie gewohnt wurden alle Gemeinden der Regionalkonferenz Bern Mittelland, Grossrätinnen und Grossräte aus der Region Bern Mittelland sowie die Mitglieder des Berner Stadtrats zur Tagung eingeladen. Rund 70 Personen nahmen an der Veranstaltung teil. Anwesend waren

- Vertreterinnen und Vertreter der Gemeindeparlamente von Köniz, Münchenbuchsee, Münsingen, Muri-Gümligen, Ostermundigen, Worb und Zollikofen
- Gemeinderatsmitglieder aus Belp, Fraubrunnen, Kehrsatz, Konolfingen, Meikirch, Niederhünigen, Oberdiessbach, Rümligen, Wohlen, Zimmerwald und Zollikofen
- Mitglieder der stadträtlichen Agglomerationskommission
- Mitglieder des Stadtrats Bern
- Alexander Tschäppät, Stadtpräsident
- Regula Buchmüller, Leiterin Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik der Stadt Bern
- Expertinnen und Experten zum Thema Bildung und Bildungspolitik.

Die Parlamentspräsidentin der Gastgebergemeinde Petra Spichiger-Rölli eröffnete die Tagung und hiess die Teilnehmenden in Zollikofen willkommen. In ihren Begrüssungsworten wies sie auf die zahlreichen Bildungsinstitutionen in Zollikofen und ihre Bedeutung für die Gemeinde hin. Das Engagement von Stadt und Agglomeration für den Bildungsstandort müsse die Schaffung einer guten Infrastruktur mit kurzen Anfahrtswegen und von günstigen Wohnungen für Auszubildende umfassen. Wichtig seien ausserdem ein funktionierender Arbeitsmarkt und die Förderung der Zusammenarbeit von Unternehmen und Organisationen mit den vor Ort ansässigen Bildungsinstitutionen im primären, sekundären und tertiären Bereich.

Anschliessend begrüsste Daniela Lutz-Beck, Stadträtin und Präsidentin der AKO, die Teilnehmenden im Namen der Kommission. Sie betonte in ihrer Rede, dass die Zukunft der Stadtregion Bern als attraktivem Bildungsstandort nur gemeinsam gestaltet werden könne. Ein starker Bildungsstandort garantiere Innovationskraft durch junge Bürgerinnen und Bürger mit neuen Ideen und Engagement. Es sei deshalb Aufgabe einer umsichtigen Politik, ein breites Bildungsangebot sicherzustellen und attraktive Rahmenbedingungen für die Nutzenden zu schaffen. Die Tagung solle neue Inputs und Anregungen geben und interessante Gespräche zum Thema Bildungsstandort Bern ermöglichen.

Das Vormittagsprogramm umfasste drei Inputreferate und eine Podiumsdiskussion unter der Leitung der Berner Journalistin Lisa Stalder:

- Heike Mayer, Professorin für Wirtschaftsgeografie und Regionalforschung, arbeitet seit 2009 an der Universität Bern u.a. zur wirtschaftlichen Rolle und Funktion von Hauptstädten und Hauptstadtregionen. Sie beschreibt in ihrem Beitrag den Einfluss von Universitäten auf die wirtschaftliche Entwicklung und kommt zum Schluss, dass Universitäten zwar nicht als Motor der regionalen Wirtschaft zu betrachten sind, durch ihre Ausbildungs- und Weiterbildungsfunktion aber einen wichtigen Beitrag leisten. Um die wirtschaftlichen Effekte der Hochschulen regional nutzen zu können, ist allerdings ein unternehmerisches Ökosystem notwendig, das in der Stadtregion Bern noch wesentlich gestärkt werden kann.
- Professor Dr. Herbert Binggeli ist Rektor der Berner Fachhochschule (BFH). Er erläutert in seinem Referat ausführlich Struktur und Leistungsauftrag der BFH mit den entsprechenden Fachbereichen und zeigt auf, wie sich die BFH in Forschung und Entwicklung engagiert (u.a. in 850 Projektpartnerschaften). Er befürwortet eine Konzentration der BFH-Standorte und verspricht sich davon eine Verbesserung der interdisziplinären Zusammenarbeit, eine Reduktion der Betriebskosten und eine höhere Attraktivität für externe Partner.
- Andrea Diem, Bildungsforscherin und wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF) mit den Arbeitsschwerpunkten Bildungsungleichheit und Hochschulforschung, geht in ihrem Beitrag der Frage nach, wie sich der Übergang von Hochschulabsolventinnen und -absolventen in den Arbeitsmarkt gestaltet und welche Qualifikationen besonders gefragt sind. Sie stellt fest, dass der Übergang zwar grundsätzlich gut klappt, gleichzeitig aber in verschiedenen Berufsfeldern ein Mangel an Fachkräften besteht. Hier kann die Bildungsforschung wertvolle Grundlagen für die politische Diskussion und Entscheidfindung liefern.
- Auf dem Podium diskutierten Stadtpräsident Alexander Tschäppät, Unternehmer Peter Stämpfli und der Direktor des Bildungszentrums für Wirtschaft und Dienstleistung (bwd) Raymond Anliker über den aktuellen Zustand und die Perspektiven des Bildungsstandorts Bern. Die ebenfalls eingeladene Annegret Hebeisen, Grossrätin aus Münchenbuchsee, konnte leider krankheitshalber nicht am Podium teilnehmen.

Am Nachmittag setzten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in drei Workshops vertieft mit den Themen der Referate auseinander und präsentierten ihre Erkenntnisse anschliessend im Plenum. Die Ergebnisse der Workshops, die Ausführungen der Referentinnen und Referenten und die Podiumsdiskussion sind im vorliegenden Tagungsbericht zusammengefasst. Zusätzlich finden sich im Anhang die Power-Point-Präsentationen der Fachreferate. Die Agglomerationskommission dankt den externen Referenteninnen und Referenten, den Leiterinnen und Leitern der Workshops und sämtlichen Teilnehmenden für das Interesse und für ihre engagierte Mitarbeit.

2 Fachbeiträge

2.1 Bildung und regionale Wirtschaftsentwicklung: Was ist die Rolle von Hochschulen?

Referentin: Heike Mayer, Professorin für Wirtschaftsgeografie und Regionalforschung, Geografisches Institut & Zentrum für Regionalentwicklung, Universität Bern.

Als Nachfolgerin von Prof. Paul Messerli forsche ich an der Universität Bern zu Hauptstadtregionen, aber auch zu kleinen und mittelgrossen Städten, zum ländlichen Raum und zu Berggebieten. Bei all diesen Projekten geht es immer auch um die Frage, wie wachsen oder schrumpfen Regionen und welche Rolle spielen Innovation und Unternehmertum? In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach der Rolle, die Universitäten oder Hochschulen spielen, mit der ich mich heute beschäftige: Welche Rolle spielt eine Hochschule wie die Universität Bern (UB) in der regionalen Entwicklung?

An den Anfang stelle ich vier vielleicht ein bisschen provokative Thesen:

These 1: Es ist nicht davon auszugehen, dass Universitäten die wirtschaftlichen Motoren einer Region sind. Sie sind wichtig für die regionale Entwicklung, aber sie sind nicht unbedingt als Treiber der regionalen Entwicklung anzusehen.

These 2: Wichtig ist die Funktion der Aus- und Weiterbildung an den Universitäten. Die Studentinnen und Studenten, die nach ihrem Abschluss dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, sind die wichtigste Ressource, die eine Universität bietet.

These 3: Die Universität spielt eine Rolle in der Stadtentwicklung. Sie ist wichtig für die Lebendigkeit einer Stadt, sie ist lokal verankert und gleichzeitig global vernetzt. Alle Forschenden der UB sind in wichtige unternationale Netzwerke eingebunden, was auch einen Vorteil für die Stadtregion Bern bringt.

These 4: Neben Universitäten und Hochschulen braucht es ein Ökosystem, das die Stadt und die Region wirtschaftlich voranbringt: Dies nennen wir das Start-up-Ökosystem, welches bereitstehen sollte, um die wirtschaftlichen Effekte in einer Region zu entwickeln.

Um die wirtschaftlichen Effekte einer Universität zu beschreiben, unterscheidet man zwischen zwei Arten von Effekten: Da sind zum einen die direkten Effekte, also Einkommens- und Beschäftigungseffekte. Im Jahr 2009 zeitigte die Universität Bern einen Effekt von mehr als 670 Mio. Franken auf die Region. Wir haben über 17'000 Studierende. Die UB erbringt einen Imageeffekt für die Region. Zum anderen gibt es indirekte Effekte, die aus Forschung und Entwicklung entstehen, oder aus Beratungsleistungen, die die Forschungsgruppen zugunsten der KMU oder grösserer Firmen leisten. Zudem werden Start-up-Unternehmen gegründet: Bei der UB sind allerdings seit 1985 nur 24 von Studierenden oder Leuten aus der Lehre, also von Professorinnen und Professoren, gegründete Start-ups zu verzeichnen. Die indirekten Effekte über die Forschung und Entwicklung sind eher gering. Trotzdem legt die Politik ihr Augenmerk auf die indirekten Effekte, besonders auf die Innovationsfunktion. Nicht unbedingt in Bern, aber in vielen anderen Regionen, wurden deswegen Innovationsparks geschaffen, beispielsweise im Silicon Valley, dessen Entwicklung auf die 50er Jahre zurückreicht. Dieses Beispiel dient oftmals dazu, um zu illustrieren, dass es Universitäten

braucht, um Innovation und Unternehmertum in einer Region zu fördern. Das hat auch in Cambridge gut funktioniert, aber nur, weil Universität und Wirtschaft gleichzeitig gewachsen sind und zwischen beiden Bereichen enge Interaktionen stattfanden, die zur gegenseitigen Befruchtung beitrugen. Mit dem Innovationspark Adlershof wurde in Berlin ein Areal entwickelt, die Universitäten wurden teilweise dorthin verlegt. In der Schweiz gibt es die Hubstandorte für den Innovationspark in Dübendorf und Lausanne sowie die Netzwerkstandorte in Villigen, Allschwil und Biel.

Die Auffassung der Politik, Universitäten als wirtschaftliche Motoren aufzufassen, ist sehr verbreitet. Man sollte jedoch bedenken, dass diese Wirkung gering ist. Dazu ein paar Daten aus den USA, wo es sehr viele forschungsintensive Universitäten gibt: In den USA entstehen pro Jahr maximal 700 bis 800 Spin-offs aus Universitäten. Dies ergibt einen Schnitt von 2,8 Spin-Offs pro Universität oder: Pro Spin-off braucht es mehr als 360 Mio. Dollar für Forschung und Entwicklung (Anhang 1, Folie 7). Das ist ein sehr teures Geschäft mit wenig Wirkung. Eine Studie aus Irland zeigt, dass Firmen, die aus Universitäten entstehen, eher klein sind und es auch bleiben. Sie benützen Technologie, aber nicht die Technologie ist für das Wachsen von Firmen ausschlaggebend, sondern das Marktwissen, also das Wissen, das eine Firma braucht, um sich am Markt durchzusetzen.

In Zusammenarbeit mit einem Kollegen in Amerika habe ich eine Studie über den kausalen Zusammenhang zwischen dem Faktor Unternehmertum und den Auswirkungen, die die Universität auf das Unternehmertum ausübt, durchgeführt (Anhang 1, Folie 9). Dabei haben wir festgestellt, dass es zwischen den beiden Faktoren keinen kausalen Zusammenhang gibt. Unternehmerische Regionen sind nicht unternehmerisch, weil es dort Universitäten gibt. Wichtig sind andere Faktoren, beispielsweise eine gut ausgebildete Bevölkerung. In dieser Beziehung ist die Universität wichtig, also nicht unbedingt in Bezug auf die Forschungsleistung. Dazu führten wir eine Befragung bei Firmen in vier Regionen Amerikas durch, in Kansas City, Portland, Boise und Seattle. Wir fragten nach den wichtigen Faktoren für das Firmenwachstum und es stellte sich heraus, dass die Forschungsbeziehung zu den Universitäten dabei am Schluss steht. Ganz wichtig sind ein informeller Zugang zu innovativen Köpfen, also der Zugang zu Humankapital, und die Lebensqualität. Das gilt sowohl in Regionen, in denen Universitäten sehr prominent sind wie in Seattle, aber auch dort, wo nur kleine Universitäten angesiedelt sind. Die Daten zeigen auf, dass wir das Verständnis über die Universität ändern müssen. Es geht nicht um ein lineares Verständnis im Sinne der Innovation, demzufolge zum Beispiel die Professorin Heike Mayer eine Erfindung patentieren lässt und ihr Doktorand dann eine Firma gründet, die in Bern bleibt, Mitarbeitende einstellt und stetig wächst. Die Daten zeigen, dass dieses lineare Verständnis nicht zutrifft.

Wie soll man über Universitäten nachdenken? Wir sollten uns darüber Gedanken machen, dass Universitäten lokal verankert und gleichzeitig global vernetzt sind. Dazu ein paar Daten zur UB: Wir sind stark gewachsen, die Zahl der Studierenden ist von 10'000 im Jahr 2000 auf nunmehr über 17'000 gestiegen. Wir verfügen über ein grosses Potenzial an Humankapital, das zum Teil in Bern bleibt, teilweise aber auch abwandert. Wir haben über 4'000 Beschäftigte, darunter viele Doktorierende, die zu sehr tiefen Löhnen arbeiten. Laut den von Gunter Stephan im Jahr 2000 erhobenen Daten entfalten wir einen Kaufkrafteffekt von mehr als 670 Mio. Franken in der Region, bei abnehmender Belastung des kantonalen Staatshaushalts: 1985 beanspruchte die Universität noch einen Anteil von 5,4% des kantonalen Budgets, heute liegt dieser Wert bei 2,9%.

Zu den Herausforderungen, die sich für die UB stellen: Die Zahl der Studierenden hat in den Jahren 2000 bis 2014 enorm zugenommen. Die UB ist nach der ETH am meisten gewachsen. Während in Bern 6'284 Studierende dazukamen, waren es rund 5'600 in Basel, 5'700 an der Universität Zürich, 2'600 in Genf und 4'100 in Lausanne. Gleichzeitig ist die Zunahme des Kantonsbeitrags in

Bern am geringsten: In dieser Periode bekam die UB 50 Mio. Franken mehr, während es bei der ETH 470 Mio. Franken waren. Auf die Zahl der Studierenden gerechnet war in Bern die Entwicklung des Kantonsbeitrags zwischen 2000 und 2014 negativ, nämlich minus 6'000 Franken pro Studentin oder Student. Die UB steht grossen Herausforderungen gegenüber, denn obwohl sie wächst, stehen ihr immer weniger Gelder zur Verfügung. Dies muss über Drittmittel kompensiert werden. Nur dank der Mittel von dritter Seite hat die UB auch in finanziellen Belangen Fortschritte gemacht.

Vom linearen Verständnis der Universität abzukommen bedeutet auch, dass wir neben der lokalen Verankerung und globalen Vernetzung über die Rolle der Universität in der Stadtentwicklung nachdenken müssen. Als Akteurin in der Stadtentwicklung spielt die UB eine wichtige Rolle, wie man beispielsweise am Von-Roll-Areal erkennt. Die UB agiert auch als Moderatorin im öffentlichen Diskurs. Das Forum für Gesellschaft und Entwicklung leistet wichtige Arbeit zu Themen wie Religion, Toleranz, Grenzen des Wachstums usw. Zudem ist die UB auch eine kulturelle Einrichtung, als Beispiel dient die Dürrenmatt-Professur, die jedes Jahr vergeben wird. Und die UB ist Impulsgeberin für nachhaltige Entwicklung. Diese Beiträge sind jedoch schwierig zu messen und lassen sich weniger gut erfassen als die Anzahl der Start-ups oder der angemeldeten Patente.

Die Daten zu den Absolvierenden zeigen, dass fast alle Absolventinnen und Absolventen einer Universität oder Fachhochschule (FH), besonders die mit einem Masterdiplom, im Schnitt fünf Jahre nach dem Abschluss einen Job bekommen. Die Erwerbslosenquote in dieser Gruppe liegt bei unter vier Prozent (Anhang 1, Folie 14). Das heisst, die UB leistet gute Arbeit, die Absolventinnen und Absolventen finden eine Stelle, vor allem im Espace Mittelland. Der Arbeitsmarkt absorbiert die Absolventinnen und Absolventen. Im Kanton Bern gibt es KMU, die immer mehr auf die Universitäten angewiesen sind. Wir führten letztes Jahr Interviews mit Exportfirmen im Emmental durch, zum Beispiel mit PB Swiss Tools, der Firma von Eva Jaisli in Wasen i. E., oder mit der Firma Nyco Flexible Packaging in Kirchberg, die Verpackungen für Emmi herstellt. Beide Firmen sind gestandene KMU, die über ein gutes Lehrlingssystem verfügen und schon immer gute Beziehungen zur FH in Burgdorf unterhalten haben. Beide sagten im Interview, die Universitäten würden für sie immer wichtiger, weil Innovationen realisiert werden müssten, was tiefgreifende Ideen erfordere, die wiederum an den Universitäten entwickelt werden. Das Gleiche sagte auch die Firma Jakob Rope Systems in Trubschachen, die momentan gemeinsam mit der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) und mit einer Universität ein Projekt ausführt, das der Entwicklung neuartiger Lawinenverbauungsnetze dient. Die Forschungseinrichtungen an universitären Hochschulen bieten die nachgefragten Kompetenzen an. Solche Verbindungen zwischen KMU und Universitäten herzustellen, ist eminent wichtig.

Universitäten spielen als wirtschaftliche Komponenten in der Entwicklung eine wichtige Rolle. Im Vergleich mit Zürich, Basel, Genf und Lausanne ist die Stadtregion Bern eher wenig entwickelt, was die unternehmerische Dynamik, also das Entrepreneurship, anbelangt. Es braucht Menschen, die sich dem Risiko auszusetzen und es wagen, Unternehmen zu gründen. In Bern sind dies rund 1,3 Firmen pro Jahr pro 1'000 Einwohnende, während es in Genf 2,3 Firmen sind. Das hat nichts mit der Universität, sondern eher mit dem Ökosystem zu tun, in dem sich die Unternehmen entwickeln. Ein solches Ökosystem besteht aus Faktoren wie der Politik, dem zur Verfügung stehenden Kapital, der Kultur, die eine Region bietet, der Unterstützung des Entrepreneurship, dem verfügbaren Humankapital und den Märkten.

Ich habe eine subjektive Analyse zum Kanton respektive zur Stadtregion Bern gemacht – dabei handelt es sich wohlgemerkt um keine forschungsgestützte These (Anhang 1, Folie 17): Die Universität hat Potenzial. Wie erwähnt hat es seit den 80er-Jahren nur 24 Start-ups gegeben, viele davon im medizinischen Bereich, aus dem Umfeld der Insel. In Sachen Neuentwicklungen von Seiten des Inselspitals wird sich noch einiges tun. Als Hauptstadtregion haben wir einen Nachteil, weil die Arbeitskräfte, die in Bern vorwiegend für die Bundesverwaltung arbeiten, wenig Anreize haben, sich selbstständig zu machen. Wenn man einen stabilen Job in der Bundesverwaltung hat, fehlt einem der Push-Faktor, zum Unternehmer zu werden. Zu den Märkten: Die Bundesverwaltung ist bestimmt eine Kundin. Es wäre aber noch herauszufinden, inwiefern die Bundesverwaltung und die ehemaligen Staatsbetriebe noch stärker als Kunden und Märkte agieren könnten. Man muss Netzwerke für Entrepreneure schaffen und mehr informelle Treffen kreieren, denn dadurch schafft man auch einen Zugang zu neuer Kundschaft.

Was die Politik anbelangt, fehlt es an einer expliziten kantonalen oder regionalen Entrepreneurship-Strategie. Das Innovationsgesetz (IFG) ist überarbeitet worden. Das ist ein guter Schritt, aber es fehlt an einem strategischen Zugang zum Unternehmertum, welcher aber wichtig wäre, weil es dabei um eine Dynamik geht, die die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton und in der Region voranbringen würde. Kapital ist genug vorhanden, das ist in der Schweiz eigentlich kein Problem, das nationale Umfeld ist gut. Die Forschung zeigt, dass die nötigen Mittel aufgebracht werden können, wenn gute Ideen bestehen. Auch die Kultur kann man ändern, indem man sich mehr auf Erfolgsgeschichten konzentriert und die Risikotoleranz fördert, so dass ein Scheitern nicht als endgültige Niederlage wahrgenommen wird. In europäischen Ländern ist es wahrscheinlich eher schwierig, diese Kultur zu ändern. Als unterstützende Faktoren verfügen wir über eine gute Lage und gute Infrastrukturen. Es gibt auch einige Ansätze, was Wettbewerbe für Unternehmen angeht. Aber auch im Hinblick auf diese unterstützenden Faktoren fehlt es insgesamt an einer kritischen Masse.

Die Universität ist ein Teil innerhalb eines komplexen Ökosystems, das Unternehmertum und damit auch wirtschaftliche Entwicklung fördert. Das heisst nicht, dass Universitäten oder Hochschulen nicht wichtig sind. Sie sind nur in Bezug auf die Annahme einer linearen Entwicklung – im Sinne, dass eine Universität auch Firmen produziert – nicht wichtig. Die Universität ist Teil eines grossen Ganzen und muss in diesem Kontext gesehen werden. Man muss die Universität weiter denken, beispielsweise bezüglich der Stadtentwicklung oder der Kultur einer Stadt. Und man muss sich im Kanton Bern die Frage stellen, wie man dieses Ökosystem stärken kann und welche Rolle die universitären Hochschulen innerhalb dieses Systems spielen.

2.2 Berner Fachhochschule: Zentralisierung ist mehr als die Summe der Einzelteile

Referent: Professor Herbert Binggeli, Rektor der Berner Fachhochschule BFH

Das Ziel meiner Ausführungen besteht darin aufzuzeigen, dass wir Teil des Ökosystems der Hochschulen sind. Ich möchte Sie animieren daraus abzuleiten, welchen Wert die BFH für den Bildungsstandort Bern hat und wo umgekehrt die Risiken liegen, wenn dieser Wert nicht erkannt wird. Diese Frage kann im Rahmen des Workshops noch vertieft werden. Zunächst möchte ich aufzeigen, was die BFH leistet, denn vielfach scheint nicht ganz klar zu sein, welche Aufgaben eine FH erfüllt. Die BFH ist eine junge Institution, die seit 1997 existiert. Demgegenüber bestehen die Universitäten viel länger, nämlich seit Jahrhunderten und es besteht allgemein der Eindruck, man wisse, was eine Universität sei. (Es folgt ein Film, der über die Grundlagen der BFH informiert. Er ist verfügbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=oEk_Ahlz6xY&feature=youtu.be).

Der Titel meines Referats sollte eigentlich „Standortkonzentration ist mehr als die Summe der Einzelteile“ heissen, zumal der Begriff Zentralisierung eher ein Schimpfwort darstellt, vor allem im Zusammenhang mit der Beziehung zwischen der Agglomeration und Stadt Bern mit dem Land. Sie kennen die Diskussion um Burgdorf und Bern, die den zwischen Stadt und Land herrschenden Konflikt aufzeigt. Aber nun zeichnet sich ja eine gute Lösung ab. Der Begriff der Zentralisierung evoziert vor allem die erwähnte Auseinandersetzung. Bei der BFH geht es um eine Standortkonzentration, die vor allem inhaltlich motiviert ist. Ich möchte aufzeigen, welchen Beitrag wir am Standort Bern innerhalb des Ökosystems der Bildung leisten. Das Thema Start-ups kommt auch zur Sprache, denn die BFH ist eine sehr wirtschaftsnahe Institution.

Die BFH stellt sich vor: fundiert, vielfältig, impulsgebend (Anhang 2, Folien 4-9)

Fachhochschulen sind Teil des schweizerischen Hochschulsystems. Ihre Charakteristika bestehen im Praxisbezug der Lehre und in der anwendungsorientierten Forschung. Wir betreiben wenig Grundlagenforschung, obwohl es neuerdings die vom SNF geförderte anwendungsorientierte Grundlagenforschung gibt. Die meisten unserer Forschungs- und Innovationsprojekte werden von der KTI gefördert. Wir sind regional eingebettet sowie national und international vernetzt. Die regionale und kantonale Einbettung sind für uns sehr wichtig. In der Schweiz existieren sieben FH. Die Zürcher Fachhochschule (ZFH) oder Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) ist nach der englischen Begrifflichkeit der Universities of applied sciences benannt. Die Fachhochschule für die Zentralschweiz (FHZ) ist die Hochschule Luzern. Bei den FH Westschweiz (HES-SO), Nordwestschweiz (FHNW) und Ostschweiz (FHO) handelt es sich um interkantonale Hochschulinstitute. Im Süden gibt es die Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana (SUPSI), die wie die FH in Zürich und Bern vom Kanton getragen wird.

Der Kanton Bern unterhält sowohl eine volle Universität als auch eine volle FH. Die BFH bietet 29 Bachelor- und 21 Masterstudiengänge an. Wir sind sehr breit angelegt. Wir haben rund 6'500 immatrikulierte Studierende in Bachelor- und Masterstudiengängen. Was die Grösse anbelangt, befinden wir uns im Vergleich mit den anderen FH in der Schweiz im Mittelfeld. Der Frauenanteil liegt bei 45%. Zum Genderthema ist zu sagen, dass die meisten technischen Disziplinen eher männerlastig sind, während der Anteil der Frauen in den sozialen Disziplinen und im Bereich Gesundheit höher liegt. Dies entspricht dem in der Schweiz herrschenden Rollenverständnis. Wir nehmen Studierende aus Zubringerschulen auf, die auch schon ein in dieser Art geprägtes Geschlechterverhältnis aufweisen. Wir beschäftigen zahlreiche Mitarbeitende – das ist ein Wirtschaftsfaktor – es handelt sich um 2'200 Mitarbeitende (Vollzeitäquivalent 1‘500 Stellen). Leider bedeutet dies nicht unbedingt, dass das Betreuungsangebot an der BFH überaus gut ist, zumal in der Statistik alle Leute im Mittelbau, also Mitarbeitende, die in den Forschungsprojekten arbeiten, als Angestellte mit Arbeitsvertrag auch inbegriffen sind. Wir verfügen über ein Budget von 281 Mio. Franken. 39% stammen von unserem Träger, dem Kanton. Dazu kommen Bundesbeiträge pro Studentin oder Student sowie Mittel aus Fachhochschulvereinbarungsbeiträgen, das heisst, für ausserkantonale Studierende bekommen wir einen pro-Kopf-Beitrag von den anderen Kantonen. Den Rest des Budgets machen Drittmittel aus, wir generieren rund 50 Mio. Franken pro Jahr, davon entfallen 33 Mio. Franken auf Forschungsprojekte. Wir könnten unseren Betrieb ohne Drittmittel nicht aufrechterhalten.

Mit der Struktur der verschiedenen Departemente hängt auch die Frage der verschiedenen Standorte Bern, Biel oder Burgdorf zusammen. Mit der Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften (HAFL) sind wir auch in Zollikofen ansässig. Die ehemalige Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft (SHL) wurde in die BFH integriert und ist nunmehr ein kantonales Depar-

tement der BFH. Das Departement Wirtschaft, Gesundheit und Soziale Arbeit (WGS) ist in Bern angesiedelt ebenso wie die Hochschule der Künste (HKB) – einzig das Opernstudio befindet sich in Biel. Die Eidgenössische Hochschule für Sport (EHSM) in Magglingen ist mit einem Anbindungsvertrag an die BFH affiliiert, zumal der Bund das erforderliche Hochschulumfeld nicht anbieten kann.

Leistungsauftrag und Angebot (Anhang 2, Folien 10-22)

Der Kernauftrag der BFH besteht in der Lehre. Wir haben einen erweiterten Leistungsvertrag, der neben der Ausbildung auch die Weiterbildung gewährleistet. Die Weiterbildung ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor: Es gibt Unternehmen, die ihr Personal in unsere Weiterbildungsangebote entsenden, im Sinne der Umsetzung des Konzepts des Lifelong-Learning, sowohl für Individuen als auch Unternehmen. Jährlich besuchen bis zu 3'000 Personen Weiterbildungsveranstaltungen an der BFH. Dazu kommt die angewandte Forschung und Entwicklung mit Wissens- und Technologietransfer und diversen Dienstleistungen. Die Aufstellung der Bruttokosten für die vier Leistungsbereiche Lehre, Forschung und Entwicklung, Weiterbildung und Dienstleistungen zeigt, dass 61% der Kosten auf das Konto der Lehre gehen. Von den weiteren Mitteln fliessen 30% in Forschung und Entwicklung, der restliche Anteil in die Weiterbildung und die Dienstleistungen. Die BFH ist also eine forschungsintensive Hochschule.

Bezüglich des Zugangs zur Fachhochschule ist zu sagen, dass die BFH als wissenschafts- und forschungsbasierte Hochschule einerseits Teil des Hochschulsystems und andererseits auch Teil oder Fortsetzung der Berufsbildung ist. Bei den meisten Zugängerinnen und Zugänger handelt es sich um Berufsleute mit eidgenössischem Fähigkeitsausweis und Berufsmaturität. 20% kommen von den Gymnasien, wobei viele von ihnen eine Ausbildung im Fachbereich Künste absolvieren, in dem spezielle Talente erforderlich sind und es einen Numerus Clausus gibt. Auch viele Studierende im Bereich Gesundheit sind gymnasial sozialisiert worden, zumal es nicht genug Fachpersonen Gesundheit (FaGe) mit Berufsmaturität gibt, die den Weg über die BFH einschlagen.

Ein Überblick über die Studiengänge zeigt, dass wir über ein äusserst vielfältiges Angebot verfügen. Automobiltechnik oder Medizininformatik werden ausschliesslich an der BFH angeboten. Beim Departement Architektur, Holz und Bau (AHB) wird Holztechnik exklusiv in Biel angeboten. Dies sind sogenannte unique selling propositions (USP), also Alleinstellungsmerkmale. Das Studienfach Betriebsökonomie ist sehr gut besucht. Die Absolventinnen und Absolventen aus dem Bereich Wirtschaft sind auf dem Arbeitsmarkt stark nachgefragt. Man kann allgemein sagen, dass alle Absolventinnen und Absolventen eine Beschäftigung finden: Im ersten Jahr nach dem Abschluss finden nur 2,5% nicht sofort eine Stelle, nach fünf Jahren sinkt die Rate auf 1,3%. Der Fachbereich Gesundheit umfasst die Bereiche Ernährung und Diätetik, Pflege, Hebamme und Physiotherapie. Die Soziale Arbeit stellt einen eigenen Fachbereich dar. An der HKB wird ein sehr breites Spektrum an Studiengängen angeboten. Auch in der Agronomie gibt es sehr spezialisierte Ausbildungszweige. Da der Studiengang Forstwirtschaft an der ETH aufgegeben wurde, stellt dieser einen USP der HAFL dar. Auch der Sport ist ein Alleinstellungsmerkmal innerhalb des Bereichs der FH in der Schweiz.

Erweiterter Leistungsauftrag (Anhang 2, Folien 23-31)

Die BFH leistet anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung. Wir bieten Aus- und Weiterbildungen sowie Dienstleistungen an. Der Praxisbezug ist für die Forschung eminent wichtig. Wir realisieren nur sehr wenige Projekte ohne Partner aus dem Bereich der Wirtschaft oder der sozialen Institutionen bzw. der Institutionen der öffentlichen Hand wie Sozialdienste oder Spitäler. Im

Bereich Technik laufen die Projekte meist in Partnerschaft mit Unternehmen aus der Privatwirtschaft, die am Transfer von Wissen und Technologie interessiert sind, während wir aus der Rückwirkung in Form der Wissensvermehrung einen Mehrwert erzielen. Der Gewinn ist immer bidirektional verteilt. Wir orientieren uns an den Bedürfnissen der Lehre, betreiben aber auch Forschung, durch die wir nicht nur Benefits für die Förderung und Entwicklung der Lehre, sondern auch eine Befriedigung der Bedürfnisse unserer Stakeholder aus der Wirtschaft erzielen. Wir bekommen Aufträge für Forschungsprojekte: Die Projekte stammen zur Hälfte aus der Privatwirtschaft, die andere Hälfte wird mittels Bundesförderung durch die KTI realisiert.

Einen weiteren Mehrwert bilden die Zentren, in denen wir unsere Kompetenzen zu Forschungszentren gebündelt haben. Durch die Bündelung erreichen wir schweizweite Alleinstellungsmerkmale. Auch die Universität bildet solche Zentren. Die BFH hat sieben Zentren definiert: Technologien in Sport und Medizin, Soziale Sicherheit, Nahrungsmittelsysteme, Holz – Ressource und Werkstoff, Arts in Context, Digitale Gesellschaft und Energiespeicherung. Das Energy Storage Research Center (ESReC) hat sich als eine erste interinstitutionelle Plattform des Swiss Innovation Parks am zukünftigen Innovationspark-Netzwerkstandort im INNOCAMPUS Biel/Bienne angesiedelt. Somit besteht bereits eine erste Partnerschaft. Man kann sagen, dass der Swiss Innovation Park am Netzwerkstandort Biel, zu dem der Bundesrat den Zuschlag gegeben hat, vor allem wegen der zukünftigen Partnerschaft mit den technischen Disziplinen der BFH zustande gekommen ist.

Die BFH ist eine regional verankerte Hochschule. Im Jahr 2014 waren wir an 482 Forschungsprojekten beteiligt. Wir unterhalten 242 Partnerschaften im Kanton Bern, 403 in der übrigen Schweiz und 205 Projektpartnerschaften mit dem Ausland. Wie Prof. Heike Mayer es vorhin erläutert hat, sind wir regional verankert und gleichzeitig national und international vernetzt. Die diversen Projekte bringen nicht nur für uns, sondern für die gesamte Region einen Mehrwert, indem neues Knowhow generiert wird. Zudem wurden im Jahr 2014 mit Forschungsprojekten 33,3 Mio. Franken an Drittmitteln generiert.

Im Bereich Weiterbildung bietet die BFH ein breites Spektrum an Angeboten an. Dies sind die bekannten Lehrgänge, die zum Master of Advanced Studies (MAS), Diploma of Advanced Studies (DAS) oder Certificate of Advanced Studies (CAS) führen. Zwischen diesen Weiterbildungsdiplomen und den konsekutiven Masterabschlüssen ist zu unterscheiden. Im Jahr 2014 nahmen rund 3'000 Personen ein solches Weiterbildungsangebot wahr. Oftmals werden die Teilnehmenden an Weiterbildungen von ihren Firmen dazu motiviert. Sie nehmen mit Projekten teil, die in diesen Firmen weiterentwickelt werden. Gestern fand die Diplomfeier einer Weiterbildung der Abteilung Technik und Informatik (TI) statt: Bei dieser Gelegenheit hat es sich einmal mehr gezeigt, dass in den Bereichen Innovationsmanagement, Medizintechnik und -informatik zu hochinteressanten Themen gearbeitet wird. Die Diplomandinnen und Diplomanden haben diese Weiterbildung berufsbegleitend absolviert und bringen nun einen Mehrwert in die Unternehmen zurück.

Standorte der BFH (Anhang 2, Folien 32-39)

Die aktuelle Standortsituation ist für die BFH problematisch und eine grosse Herausforderung. Wir leisten zwar auch im Rahmen der aktuellen zersplitterten Standortsituation bereits gute Arbeit. Man kann nicht sagen, dass wir erst durch die Konzentration der Standorte gut werden. Aber die Zusammenarbeit wird durch die räumliche Distanz erschwert. Es wird zunehmend interdisziplinär gearbeitet. In aller Regel sind die Forschungsthemen multi- oder interdisziplinär, die sehr fachspezifischen Forschungsthemen sind die Ausnahme. Besonders im Bereich Social Innovation sind die Themen sehr vernetzt. Wir verfügen über ein Institut Alter. Diese departementsübergreifende The-

matik kann nicht allein aus der Perspektive der Sozialen Arbeit aufgenommen werden, sondern schliesst Themen aus dem Bereich Gesundheit (Physiotherapie) oder aus dem Bereich Technik (Rehabilitationstechnik) sowie architektonische oder raumplanerische Themen ein. An konzentrierten Standorten ist die interdisziplinäre Zusammenarbeit besser zu bewerkstelligen. Man profitiert von der Nutzung einer gemeinsamen Infrastruktur. Konzentration führt zu weniger Redundanzen, Doppelspurigkeiten können abgebaut werden und die Identifikation wird erleichtert. Zudem ist der Betrieb an konzentrierten Standorten günstiger. Wir stehen in einem Konkurrenzumfeld. Moderne Campusbauten mit zeitgemässer und aktueller Infrastruktur wie in Olten und Brugg-Windisch wirken attraktiv auf Studierende. An konzentrierten Standorten bilden sich grosse Wissens-Cluster. Was die Entwicklung der BFH anbelangt, ist der Kanton Bern im Hintertreffen. Es ist Zeit, dass etwas geschieht. Ich bin froh, dass der nächste Entscheid in der Standortfrage bald gefällt werden kann.

Aktuell sind wir in Biel mit den Departementen TI, AHB und HKB vertreten. Bis ins Jahr 2025 wird es einen Campus auf dem ehemaligen Feldschlösschen-Areal geben, in unmittelbarer Nähe des Schweizerischen Innovationspark-Netzwerkstandorts Biel/Bienne. Im Bereich Automobiltechnik bleibt das heutige Abgaszentrum bestehen, ebenso wie das Dynamic Testcenter in Vauffelin. Ein weiterer Satellit ist die EHSM in Magglingen. In Bern sind wir gegenwärtig auf 26 unterschiedliche Standorte verteilt. Wie sieht die Zukunft in Bern aus? Es ist nunmehr öffentlich bekannt, dass der Campus Bern am Standort Weyermannshaus entstehen soll, falls der Grosse Rat dem von der Begleitgruppe gefällten Vorentscheid folgt. Dass auch Grossratsmitglieder aus der Region Burgdorf und die Stadtpräsidentin von Burgdorf die Idee eines Campus für Wirtschaft, Gesundheit, Soziale Arbeit und performative Künste in Bern unterstützen, bedeutet einen wesentlichen Fortschritt.

In Burgdorf sind momentan die Departemente TI und AHB angesiedelt. Der Maschinenbau, die bereits in Biel vertretene Elektro- und Kommunikationstechnik sowie das Architektur- und Bauingenieurwesen werden bis 2021 in den Technik-Campus nach Biel umgesiedelt. Dadurch erleidet Burgdorf tatsächlich einen grossen Verlust, zumal das Burgdorfer Technikum seit 1892 bestand. Für Burgdorf ist eine Kompensation vorgesehen. In einem ersten Szenario war vorgesehen, die Bereiche Wirtschaft, Gesundheit und Soziale Arbeit aus Bern herausreissen – als ob eine Hochschule ein Gefäss wäre, das man an einem beliebigen Ort abstellen und mit Studierenden auffüllen könnte. Aber die FH ist mehr als die Summe ihrer Teile.

Bei der Standortkonzentration der BFH in Bern geht es nicht nur um den schulischen Bereich, sondern auch um Partnerschaften: Die intensive Zusammenarbeit, die wir in Bern mit dem Inselspital pflegen, darf nicht zerstört werden. Dasselbe gilt für die Partnerschaft mit der UB. Wir betreiben gemeinsam mit der philosophisch-historischen Fakultät ein Programm für Doktorierende, die Graduate School of the Arts. Auch im Bereich Biomedical Engineering arbeiten wir eng mit der UB zusammen. Wir unterhalten weitere Partnerschaften mit der Pädagogischen Hochschule (PH Bern). Dieses funktionierende Ökosystem darf nicht zerstört werden, die verschiedenen Bereiche müssen zusammenbleiben, damit sie sich gemeinsam entwickeln können. Inzwischen ist vorgesehen, dass die Technische Fachschule von Bern nach Burgdorf zieht und dort gemeinsam mit der BFH ein Zentrum im Cleantech-Bereich aufbaut. Damit begegnen wir auch der Aufgabe der Förderung des Nachwuchses in den sogenannten MINT-Berufen, also in den Fachbereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik. Soweit mein Plädoyer zum Verständnis der BFH und zur Notwendigkeit einer besseren Positionierung unserer Standorte.

2.3 Die Schweizer Hochschulen: Zugänge und Übergänge in den Arbeitsmarkt

Referentin: Andrea Diem, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung SKBF

Die SKBF erstellt im Auftrag von Bund und Kantonen den Schweizer Bildungsbericht. Meine Präsentation enthält einige Grafiken aus dem Bildungsbericht 2014, in Kombination mit anderen Forschungsresultaten. Welche Bildungsqualifikationen wollen bzw. brauchen wir und wie viel sind wir bereit, dafür zu bezahlen? Mit meinem Referat möchte ich aufzeigen, dass die Bildungsforschung wertvolle Grundlagen zur Diskussion dieser Fragen liefern kann. Ich werde dies anhand von vier Thesen veranschaulichen, aus Zeitgründen fokussiere ich auf den Bereich der Hochschulen. Ich werde mich kurz zu den Vorläufer-Schulen äussern und insbesondere die Übergänge zum Arbeitsmarkt beleuchten.

Bevor ich die Thesen erläutere, werfe ich einen Blick auf das gesamte Bildungssystem: Von den Schülerinnen und Schülern, die die obligatorische Schule abschliessen, gehen etwa zwei Drittel in die berufliche Grundbildung, die zu grossen Teilen in Betrieben, das heisst in der dualen bzw. betrieblichen Berufslehre, angeboten wird. Daneben gibt es auch vollschulische Angebote: Die Maturitätsschulen nehmen etwa 20% der Schülerinnen und Schüler auf. Es ist gibt auch andere allgemeinbildende Schulen, die sogenannten Fachmittelschulen. Insgesamt schliessen zwischen 90 und 95% der Schülerinnen und Schüler eine Ausbildung auf der Sekundarschule II ab. Die Maturitätsquote liegt in der Schweiz momentan bei 20%, im Kanton Bern liegt bei 18%. Dieser Wert ist im internationalen Vergleich relativ tief, demgegenüber ist das System der beruflichen Grundbildung stark ausgebaut. Neben der gymnasialen Maturität gibt es die Berufsmaturität, die gesamtschweizerisch von ca. 15%, im Kanton Bern von 17%, abgeschlossen wird. Die Fachmaturitäten machen in der Schweiz 2,5%, im Kanton Bern ein Prozent aus. Der Zugang zu den Gymnasien ist stark beschränkt. Im Gegenzug besteht für Maturandinnen und Maturanden die freie Studienwahl. Anders als in anderen Ländern können Maturandinnen und Maturanden in der Schweiz frei wählen, welche Universität sie besuchen und welche Fachrichtung sie belegen wollen. Formal gesehen besteht auch die Möglichkeit, über den Weg einer Berufs- oder Fachmaturität an die universitären Hochschulen zu gelangen, nämlich mit der Passerelle, einem einjährigem Ausbildungsgang mit Ergänzungsprüfung. Diese Möglichkeit wird jedoch von relativ wenigen Personen genutzt.

Fahhochschulen rekrutieren Studierende aus einem breiten Feld, vor allem einen Grossteil der Absolventinnen und Absolventen von Berufsmaturitäten. Aber auch Leute mit gymnasialen Maturitäten oder Fachmaturitäten gehen an die FH oder die Pädagogischen Hochschulen. Im Gegensatz zu den Universitäten, der ETH und den FH, die im Tertiärbereich A zusammengefasst sind, weist die höhere Berufsbildung (Tertiär B) einen offeneren Zugang auf. Hier ist keine Maturität notwendig, man kann direkt nach der beruflichen Grundbildung eine höhere Fachschule besuchen, um eine höhere Fach- oder Berufsprüfung abzulegen.

These 1: Die Mischung von schulischen Angeboten und dualer Berufslehre auf Sekundarstufe II ist ein Balanceakt.

Es wird immer wieder über die Frage diskutiert, ob die Maturitätsquote zu hoch oder zu niedrig sei. Bei diesen Diskussionen ist zu berücksichtigen, dass die Nachfrage grösser ist als das Angebot an den Schulen ist. Das bedeutet, dass hauptsächlich sehr gute und gute Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, eine Maturitätsschule zu besuchen. Die Besten werden also von den Maturitätsschulen rekrutiert. Umgekehrt bedeutet dies, dass das durchschnittliche Niveau tendenziell

sinken würde, wenn die Maturitätsquote erhöht würde, zumal dann mehr Schülerinnen und Schüler mit guten und mittelmässigen Noten in die gymnasiale Ausbildung gelangten. Die Höhe der Maturitätsquote beeinflusst auch die Zusammensetzung der Lernenden, die eine berufliche Ausbildung absolvieren. Kantone mit hoher Maturitätsquote weisen geringere Erfolgsquoten bei den Lehrabschlussprüfungen auf. Das Kompetenzniveau der Jugendlichen, die für eine duale Ausbildung übrig bleiben, dürfte einen Einfluss auf die Bereitschaft der Betriebe haben, Lernende auszubilden. Wenn die Betriebe finden, dass die Bewerberinnen und Bewerber für eine Lehrstelle die erforderlichen Voraussetzungen nicht erfüllen, werden sie wahrscheinlich darauf verzichten, Lernende auszubilden.

Auch innerhalb der beruflichen Grundbildung gilt es auszubalancieren, wie hoch der Anteil der dualen Berufslehre gegenüber dem Angebot der beruflichen Vollzeitschulen sein soll. Vollzeitschulen haben den Vorteil, dass sie unabhängig von der wirtschaftlichen Lage und dem Lehrstellenangebot Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen und einen Abschluss gewährleisten können. Diese Angebote haben jedoch ihren Preis. Da die Kosten für die Ausbildung im dualen System zum grossen Teil von den Betrieben übernommen werden, werden die öffentlichen Finanzen entlastet. Das heisst, je höher der Anteil berufsbegleitender Lernender in einem Kanton ist, desto tiefer sind im Durchschnitt die Kosten für die Grundausbildung. Die duale Berufsbildung ist aber kein Selbstläufer: Innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren fallen etwa 15'000 bis 20'000 Betriebe weg, die ursprünglich Lernende ausgebildet haben. Das kann daran liegen, dass sie sich dazu entschieden haben, momentan oder auch in Zukunft keine Lernenden mehr auszubilden, oder weil sie aus dem Arbeitsmarkt ausgetreten sind. In der Schweiz müssen jedes Jahr etwa 6'000 Betriebe neu rekrutiert und vom Nutzen der Berufsbildung überzeugt werden.

These 2: Die Bildungspotenziale (Begabungen) werden nicht optimal ausgeschöpft.

Die Berufs- oder Studienwahl hängt wesentlich von sozialen Merkmalen ab. Was junge Erwachsene studieren oder welchen Beruf sie ergreifen, hängt beispielsweise vom Geschlecht oder der Schichtzugehörigkeit der Eltern ab. Das ist nicht nur vom Gesichtspunkt der Chancengerechtigkeit her problematisch. Nicht alle haben die gleichen Chancen, später ein hohes Salär zu erzielen oder einen Beruf mit hohem sozialem Prestige zu ergreifen. Auch volkswirtschaftlich kann es problematisch sein, wenn Personen ihre Ausbildungen oder Berufe nicht aufgrund ihrer Talente und Begabungen, sondern aufgrund sozialer Charakteristiken wählen. Die Grafik (Anhang 3, Folien 10 und 28) verdeutlicht, dass das Studium stark von der Bildung der Eltern abhängt. Für Kinder von Vätern und Müttern mit Tertiärbildung besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass sie auch ein Studium an einer Hochschule, insbesondere an einer universitären Hochschule ergreifen. An den FH ist die soziale Zusammensetzung ausgeglichener, insbesondere an den PH. Eine Ausnahme bilden die Fachbereiche Künste und Design, die eine sehr selektive Zusammensetzung aufweisen.

Man kann argumentieren, dass Kinder von Eltern aus höheren Bildungsschichten mit hohem sozioökonomischem Status auch bessere Leistungen aufweisen würden. Das mag teilweise zutreffen. Beim Anteil Schülerinnen und Schüler, die ein Gymnasium besuchen wollen, handelt es sich um solche mit hohen Kompetenzen in den verschiedenen Fächern. Von den Schülerinnen und Schüler mit hohen Kompetenzen in den Naturwissenschaften, die aus einem sozioökonomisch privilegierten Elternhaus stammen, wollen mehr als 80% das Gymnasium besuchen. Bei den Schülerinnen und Schülern mit hohen Kompetenzen, die aus eher benachteiligten Schichten stammen, sind es weniger als 60%. Dasselbe gilt für alle Fachbereiche. Dieser Unterschied fällt noch deutlicher aus, wenn die Schülerinnen und Schüler mittelmässige oder eher tiefe Kompetenzen aufweisen.

Sowohl an FH als auch an universitären Hochschulen hängt die Studienwahl auch vom Geschlecht ab: Es gibt wenig Frauen in den technischen Wissenschaften und fast keine Männer in den Gesundheitswissenschaften. Aus Sicht der Chancengleichheit ist dies problematisch, zumal die Frauenberufe leider immer noch schlechter entlöhnt werden und ein geringeres soziales Prestige aufweisen. Man könnte argumentieren, es seien genetische Faktoren, die Begabungen und Talente formten. Die Grafik, die den Frauenanteil in den MINT-Fachbereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik aufzeigt, entkräftet jedoch dieses Argument (Anhang 3, Folie 13): Zwar sind die Frauen in der Schweiz in den MINT-Fachbereichen tatsächlich stark unterrepräsentiert, der Frauenanteil liegt nur bei rund 15%. Wir schneiden aber vergleichsweise schlecht ab, in anderen Ländern liegt die Beteiligung der Frauen um einiges höher. Es muss demnach andere Faktoren geben, die die Studienwahl prägen. Wie verschiedene Forschungsbefunde nahelegen haben Geschlechterstereotypen, die bereits in der frühen Kindheit durch die Beeinflussung der Werthaltung aufgrund traditioneller Rollenzuschreibungen zu wirken beginnen, einen grossen Einfluss auf die Studienwahl. Aber auch Überlegungen zu einer späteren Familiengründung beeinflussen die Berufswahl.

These 3: Die Hochschulabsolventinnen und -absolventen werden vom Arbeitsmarkt gut aufgenommen, aber nicht alle Qualifikationen werden gleich stark nachgefragt.

Grundsätzlich gelingt den Hochschulabsolventinnen und –absolventen der Übergang in den Arbeitsmarkt gut. Die Erwerbslosenquote bei der Gruppe der Hochschulabsolventen ist erfreulich tief. Ein Jahr nach Studienabschluss liegt diese bei weniger als vier Prozent und fünf Jahre nach Studienabschluss bei zwei Prozent, schweizweit sind diese Quoten sogar noch besser. Ein Jahr nach Studienabschluss erzielen Universitäts- und FH-Absolvierende ähnlich hohe Einkommen, später sind bei den Abgängerinnen und Abgängern der universitären Hochschulen leicht höhere Lohnsteigerungen festzustellen. Aus systemischer Sicht ist es jedoch nicht nur von Bedeutung, dass die Absolventinnen oder Absolventen eine Erwerbstätigkeit finden, zumal der grösste Teil der Studienkosten durch die öffentliche Hand getragen wird. Wie die Grafik (Anhang 3, Folie 16) zeigt, gibt es nicht wenige, die eine Beschäftigung ausüben, die weder einen Hochschulabschluss verlangt, noch den im Studium erworbenen Qualifikationen angemessen ist. Bei den universitären Hochschulen ist sowohl ein als auch fünf Jahre nach Studienabschluss jede zehnte Person von einer mittelmässigen Passung betroffen. Erstaunlicherweise lässt sich feststellen, dass dieser Anteil bei den Absolvierenden der FH höher liegt, obwohl die FH deutlich stärker praxisorientiert sind als die universitären Hochschulen, die mehr theoretisch ausgerichtete Ausbildungen anbieten.

Je nach Fachbereich und in Betracht gezogenen Kriterien gibt es allerdings deutliche Unterschiede: Bei den ausbildungsinadäquaten Beschäftigungen lässt sich feststellen, dass Absolvierende des Bereichs Geistes- und Sozialwissenschaften häufiger von einer schlechten Passung betroffen sind als Absolvierende aus dem Bereich Wirtschaft oder dem Phil.-II-Bereich, in dem die exakten Naturwissenschaften, die technischen Wissenschaften sowie Human- und Veterinärmedizin zusammengefasst sind. Anders sieht die Situation aus, wenn als relevantes Kriterium das Erwerbseinkommen angelegt wird, zumal davon abhängt, wie viele Steuereinnahmen generiert werden: Hier sind Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler mit den Absolventinnen und Absolventen des Phil.-II-Bereichs gleich gestellt, in den Wirtschaftswissenschaften werden allgemein höhere Einkommen erzielt. Nochmal ein anderes Bild bietet sich bei der Erwerbslosenquote: Erstaunlicherweise lässt sich feststellen, dass der höchste Anteil der Erwerbslosenquote auf die Wirtschaftswissenschaften fällt. Wenn wir vom unterschiedlichen Nutzen der einzelnen Studienrichtungen sprechen, gilt es im Hinterkopf zu behalten, dass die Kosten der verschiedenen Ausbil-

dungen sehr unterschiedlich sind: Sie sind durchschnittlich gering bei Wirtschafts- oder Rechtswissenschaften oder bei Geistes- und Sozialwissenschaften, im Phil.-II-Bereich dagegen fallen hohe Ausbildungskosten an.

These 4: Es ist schwierig zu wissen, welche Qualifikationen wir (in Zukunft) brauchen.

Anhand der medialen und politischen Diskussionen könnte man meinen, Personen, die über eine Ausbildung im MINT-Bereich verfügen, würden vom Arbeitsmarkt sofort absorbiert, zumal in diesen Bereichen ein grosser Mangel besteht. Wir stellen jedoch fest, dass nicht alle Fachbereiche innerhalb des MINT-Bereichs gleich stark nachgefragt werden. Bei den Absolventinnen und Absolventen einer FH aus den Fachbereichen Chemie und Life Sciences, übt fast jede fünfte Person eine Erwerbstätigkeit aus, bei der sie oder er die im Studium erlangten Qualifikationen höchstens teilweise einsetzen kann. In den Bereichen Wirtschaft und Dienstleistungen zeigt sich ein ähnliches Bild: Hier übt jede vierte Person eine ihrer Ausbildungsqualifikation nicht angemessene Erwerbstätigkeit aus.

Forschungsbefunde legen nahe, dass nicht nur in den altbekannten Bereichen wie im Gesundheitsbereich und bei den MINT-Fächern ein Mangel an Fachkräften besteht, sondern dass der Verdacht naheliegt, dass in vielen anderen Berufsfeldern auch ein Fachkräftemangel existiert (Anhang 3, Folie 21). Die Grafik zu den Erwerbsabkommen von Absolventinnen und Absolventen einer Universität ein Jahr nach Studienabschluss verdeutlicht dies: Nach dem ökonomischen Gesetz von Angebot und Nachfrage sollte die Höhe des Einkommens ein Indiz liefern, welche Fachkräfte besonders nachgefragt werden, denn eine Verschärfung des Fachkräftemangels sollte tendenziell zu einem Anstieg der Löhne führen. Man stellt fest, dass die Berufe des Gesundheitswesens und die des Ingenieurwesens innert der letzten zehn Jahre bei den Einstiegssalären einen Lohnanstieg erfahren haben. Anders sieht die Situation bei den Berufen der Informatik aus, da verläuft die Kurve flach, wobei zu sagen ist, dass sie von Beginn an auf einem deutlich höheren Niveau liegt. Alle übrigen Berufe haben seit dem Jahr 2003 einen Lohnanstieg zu verzeichnen. Zwischen den Jahren 2001 und 2003 lässt sich insgesamt ein starker Einbruch erkennen, denn in Rezessionszeiten ist die Nachfrage nach Fachkräften deutlich geringer.

Als Fazit aus meinen Ausführungen lässt sich festhalten, dass die Bildungsforschung wertvolle Grundlagen für die politische Entscheidungsfindung liefert. Die folgenden Punkte können abgeleitet werden:

- Veränderungen in einem Bildungsbereich führen auch zu Veränderungen auf anderen Ebenen des Bildungssystems, wie das Beispiel der Maturitätsquote zeigt. Es ist notwendig, immer eine ganzheitliche Sicht zu bewahren.
- Zur Lenkung von Bildungsentscheidungen auf einer bestimmten Bildungsstufe muss oftmals bei den vorangehenden Ebenen angesetzt werden, wie das Beispiel der Studienwahl zeigt.
- Die Beurteilung, wie erfolgreich ein Bildungsangebot ist, kann je nach Beurteilungskriterium variieren, beispielsweise in Bezug auf die Erwerbs- oder die Passungsquote.
- Manchmal ist die Realität anders, als man denkt.

3 Podiumsdiskussion: Bildungsstandort Bern

Teilnehmer:	Alexander Tschäppät, Stadtpräsident Bern Raymond Anliker, Direktor bwd / Präsident Verein Berufsbildung Bern Peter Stämpfli, Unternehmer / Fokus Bern
Moderation:	Lisa Stalder, Redaktorin Der Bund

Lisa Stalder: Das Thema der heutigen Tagung birgt einiges Diskussionspotenzial. Nach den Referaten wollen wir in dieser Runde bestimmte Fragen zum Thema Bildungsstandort noch vertiefen. Im Zentrum unserer Diskussion steht der Vorschlag, den die Begleitgruppe unter der Leitung von Erziehungsdirektor Bernhard Pulver kommuniziert hat. Die aktuellen Entwicklungen in der Standortkonzentration der BFH werden sicherlich zur Sprache kommen, aber auch Themen wie die Finanzierung oder die Auswirkungen eines solchen Entscheids auf die Stadt, die Agglomeration und den Kanton. Ich stelle die Podiumsteilnehmer kurz vor:

- Raymond Anliker ist Direktor des Bildungszentrums für Wirtschaft und Dienstleistung (bwd) und Rektor der Wirtschaftsmittelschule Bern. Zudem ist er Vorsitzender des Vereins Berufsbildung Stadt Bern. Er hat Deutsch und Geschichte studiert und das höhere Lehramt absolviert.
- Peter Stämpfli ist Präsident des Verwaltungsrates des Druckereiunternehmens Stämpfli AG. 2012 hat er gemeinsam mit anderen die Unternehmerinitiative Fokus Bern ins Leben gerufen. Er hat eine Ausbildung als Druckingenieur absolviert.
- Alexander Tschäppät, Nationalrat, Stadtpräsident und eigenen Aussagen zufolge Berns grösster Fan, ist wohl allen Anwesenden bekannt. Er hat Rechtswissenschaften studiert und war lange Gerichtspräsident im Gerichtskreis der Stadt Bern.

Ich beginne die Diskussion mit einer persönlichen Frage an Herrn Tschäppät: Haben Sie Recht in der Absicht studiert, später Stadtpräsident und Nationalrat zu werden?

Alexander Tschäppät: Ich habe mich entschlossen, ans Gymnasium zu gehen, weil mir dieser Weg am wenigsten streng erschien und weil für mich in dieser Zeit die Freizeit unheimlich wichtig war. Auch die langen Semesterferien während des Studiums waren für mich ein Vorteil. Ich kam in der Schule gut mit und fand es toll, als Gymnasiast nicht schon um sieben Uhr morgens auf einer Baustelle antreten zu müssen. Es waren pragmatische Überlegungen, die mich zum Studium bewogen haben, der Lohn war für mich nicht ausschlaggebend. Da wusste ich noch nicht, was ich eigentlich werden wollte. Wer nicht weiss, was er werden will, studiert das gleiche Fach wie sein Vater. Mich haben die Rechtswissenschaften interessiert, meine beiden Brüder hatten indessen mit akademischen Studien nichts am Hut: Einer arbeitet als Berufsmusiker, der andere ist beim Film gelandet. Vom Elternhaus her gab es keinen Druck. Bei mir war es in erster Linie die Bequemlichkeit – aus diesem Grund musste ich dann auch einmal nachsitzen.

Lisa Stalder: Herr Stämpfli, aufgrund des Familienunternehmens scheint Ihr beruflicher Weg vorgegeben gewesen zu sein. Gab es in Ihrem Berufsleben Momente, in denen Sie dachten, dass Sie lieber einen ganz anderen Beruf – zum Beispiel Berufsmusiker – ausüben würden?

Peter Stämpfli: Nein, der Weg war in keiner Weise vorgegeben. Ich habe keinen dahingehenden Druck erfahren, dass ich in unseren Betrieb einsteigen müsste. Ich wählte den Weg über das Gymnasium, weil ich mich für Betriebswirtschaft interessierte. Den Entscheid, in die Unternehmung

zu gehen, fällte ich erst im Alter von 28 Jahren, als sich die Chance und eine glückliche Fügung mit der Nachfolgeregelung ergaben. Ich habe nicht Betriebswirtschaft studiert, sondern den Studiengang Druck und Verpackung am damaligen Technikum in Burgdorf absolviert. Glücklicherweise war die Ausbildung nicht ausschliesslich technologieorientiert, sondern umfasste auch viele betriebswirtschaftliche Inhalte.

Lisa Stalder: Herr Anliker, Sie haben Deutsch und Geschichte studiert. Gewisse Leuten würden sagen, da habe sich einer selbst verwirklichen wollen, ohne dabei gross an die Zukunft zu denken. Was meinen Sie dazu?

Raymond Anliker: Ich stamme aus einfachen Verhältnissen, mein Vater war Bodenleger. Ich habe das Gymnasium aus eigenem Antrieb gewählt, weil für mich diese Option aufgrund meiner schulischen Leistungen offenstand. Die Studienfächer Deutsch und Geschichte habe ich wegen meiner Interessen und aus persönlicher Neigung gewählt. Wir haben vorhin gehört, wie passgenau Ausbildungen auf die späteren beruflichen Funktionen ausgerichtet sind. Mein Ausbildungsweg scheint nicht sehr passgenau zu sein. Aber aus Germanisten kann etwas werden, wie auch das Beispiel von Herbert Binggeli zeigt. Dass ich heute mit Vehemenz einen Sektor vertreten kann, der hier bislang noch wenig zur Sprache gekommen ist, nämlich die Berufsbildung, überrascht mich selbst angesichts meiner Studienlaufbahn. Aber ich habe das Gefühl, am richtigen Ort angekommen zu sein.

Lisa Stalder: Sie haben also auch nicht von Anfang an gewusst, in welche Richtung ihre Karriere gehen soll?

Raymond Anliker: Ich hatte immer den Wunsch zu unterrichten.

Lisa Stalder: Wir kommen zum Thema Standortkonzentration der BFH in Biel und in Bern. Diese Woche hat die Begleitgruppe die von ihr favorisierte Version bekanntgegeben: In Bern soll es einen BFH-Campus mit den Bereichen Wirtschaft, Gesundheit, Soziale Arbeit sowie der HKB geben. Die Technische Fachschule Bern (TF Bern), die ehemalige „Lädere“, zieht nach Burgdorf um, wo ein mit der BFH gemeinsam geführtes Bildungszentrum, ein sogenanntes TecLab, vorgesehen ist. Was halten Sie von dieser Lösung, Herr Anliker?

Raymond Anliker: Die TF ist eine von neun Berufsbildungsinstitutionen in der Stadt Bern. An den Berufsschulen werden ungefähr 25'000 Jugendliche ausgebildet. Im Bereich der höheren Berufsbildung (HBB) bieten wir Angebote für rund 5'000 Studierende pro Jahr an. Als Standortvertreter, der daran interessiert ist, dass Stadt und Region Bern über ein gutes Berufsbildungsangebot verfügen, bedaure ich, dass die TF nach Burgdorf abwandert. Vor allem wenn man bedenkt, welches Segment dort in den Genuss einer Ausbildung kommt: Zum einen sind es Jugendliche, die im Lehrwerkstättenverhältnis gut qualifizierte Berufe innehaben, zum anderen ist die TF seit jeher auch eine Ausbildungsstätte für junge Leute, die in der Berufswahl nicht über gleich lange Spiesse verfügen – viele unter ihnen weisen einen Migrationshintergrund auf. Sie erhalten in der Lädere eine gute Ausbildung. Vom Mengengefüge her besteht für diese Ausbildungsplätze in der Stadt und Region Bern ein grösserer Bedarf als anderswo im Kanton. So gesehen bedeutet die favorisierte Variante einen Verlust für den Standort Bern. Aus einer Perspektive, die darauf fokussiert, welches gesamthafte Bildungsangebot wir brauchen, im Zusammenhang mit BFH-Standorten und mit der Entwicklungsmöglichkeit, die sich für die TF bietet, kann ich den Entscheid nachvollziehen. Auch mit dem Verständnis, dass die Angliederung an die BFH für die TF auch bedeutet, auf lange Frist gesichert zu sein, was sie bislang in der politischen Diskussion nicht war. Und wenn ich die

Sache als politischer Realist bzw. als realistischer Ex-Politiker anschaue, erkenne ich, dass diese Lösung auch das Resultat eines politischen Kompromisses ist, den man schliessen musste, weil es bestimmten Regionen gelungen ist, in den Entscheid des Grossrats die Bedingung einzuflechten, dass Burgdorf nicht zu kurz kommen darf. Dieser Entscheid ist nicht in der Stadt und Region Bern entstanden, sondern geht auf das Zusammenwirken anderer Regionen zurück.

Lisa Stalder: In diesem Zusammenhang wurde auch gesagt, Bern verfüge nicht über eine ausreichend starke Lobby im Grossen Rat. Raymond Anliker hat dargelegt, dass man den Standortentscheid je nachdem als Verlust oder als nachvollziehbare Lösung betrachten kann. Herr Tschäppät, wie nehmen Sie den Vorschlag auf?

Alexander Tschäppät: Wir haben das Ergebnis, dass eine Konzentration der Fachhochschulstandorte in Bern stattfinden muss, schon vor Jahren vorausgesagt. Der Hauptgrund liegt darin, dass die BFH in einem harten Konkurrenzkampf mit anderen Fachhochschulen steht. Für die diversen Angebote wird stark geworben, der Markt ist heftig umkämpft. Es wäre nicht vertretbar, aus regionalpolitischen Gründen einen Standort zu wählen, der nicht funktioniert. Die jungen Leute sind nicht bereit, aus sentimentalen Gründen in Burgdorf zu studieren. Wenn eine FH überleben will, muss sie sich dort befinden, wo die Musik spielt, nämlich in einer Stadt, in einem gut erschlossenen Gebiet, wo es zudienende Betriebe wie ein Inselspital oder eine Universität gibt. Die Stadt hat immer eine Standortkonzentration in Bern gefordert und muss sich nun gewissermassen dafür entschuldigen, obwohl wir dem Standort Burgdorf nichts wegnehmen. Am Anfang der schwierigen Diskussion stand der Entscheid, den Standort in Burgdorf aufzugeben und nach Biel zu verlagern. In der nachfolgenden Reaktion wollte man zuerst gewisse zukunftsweisende Bereiche aus dem gut funktionierenden System in Bern herausreissen und nach Burgdorf verpflanzen. Diese Logik mag regionalpolitisch sinnvoll scheinen – oder nur dem grossrätlichen Anti-Stadt-Reflex folgen – bildungspolitisch ist sie jedoch fatal. Dass der Verlust der TF in Bern schmerzt, liegt auf der Hand. Aber es wäre arrogant, alles in Bern behalten zu wollen. In den letzten Jahren war die Lädere auch ein Zankapfel bei Sparübungen. Wenn sie in Bern verbliebe, könnte es sein, dass sie eines Tages mindestens teilweise weggespart würde. Für manche Schülerinnen und Schüler bringt der Umzug Nachteile mit sich, die es in Kauf zu nehmen gilt. Die Sache hat den grossen Vorteil, dass die TF in Burgdorf keine existenziellen Probleme mehr haben wird, weil niemand im Grossrat es wagen wird, sie über das Budget anzugreifen. Der Entscheid liegt im Interesse der Lädere. Die Begleitgruppe hat auch die Aufgabe wahrgenommen, die Gemüter zu beruhigen und Verständnis zu wecken. Es ist zu sagen, dass der Erfolg des in Burgdorf vorgesehenen CleanTec-Labors davon abhängt, wie stark man sich dazu bekennt. Im Moment handelt es sich dabei noch um einen Papiertiger, eine Idee für ein unglaublich spannendes Projekt. Dessen Realisierung bedingt, dass der Grossrat die nötigen Mittel spricht, und zwar zusätzliche Mittel, ohne den anderen Institutionen Gelder zu entziehen.

Lisa Stalder: Herr Stämpfli, wie lautet Ihre Einschätzung aus unternehmerischer Sicht?

Peter Stämpfli: Mit Blick auf den Standort Bern hatte ich in der ersten Phase nach dem Grossratsentscheid den Eindruck, dass hier aus regionalpolitischen Gründen zwei Probleme, die an sich nichts miteinander zu tun haben, zusammengeführt werden, so dass daraus ein drittes Problem entsteht. Das scheint absurd, aber leider funktioniert der Kanton Bern über weite Strecken hin so, bis weit in alle Gebiete hinaus. Aber so kommen wir nicht weiter. Ich gehe bei meiner Beurteilung nicht von der politischen Situation aus. Wenn die BFH nach gründlicher Überlegung zum Schluss kommt, dass eine Konzentration in Bern und Biel für sie in jeder Hinsicht die beste Lösung ist, halte ich es für fatal, wenn die Politik daraufhin erklärt, dass nicht stimmen kann, was nicht stimmen darf.

Ich verstehe, dass es in Burgdorf bestimmte Angebote braucht, damit Burgdorf als regionales Zentrum seine Bedeutung bewahrt und als solches auch über Arbeits- und Ausbildungsplätze verfügt. Der gefundene Kompromiss scheint für alle Seiten stimmig. Ich persönlich hätte es vorgezogen, wenn die Steuerverwaltung in Burgdorf angesiedelt worden wäre, denn dadurch wäre in Bern viel Platz frei geworden. Das Argument mit der finanziellen Absicherung der TF, die der Umzug nach Burgdorf mit sich bringt, erachte ich als einen wesentlichen Punkt.

Alexander Tschäppät: Der Fairness halber ist zu sagen, dass eine Gesamtkonzentration in Bern aus der Optik der BFH der beste Entscheid gewesen wäre. Die Verteilung auf die Standorte Bern und Biel war bereits ein erster Kompromiss. Eine Verteilung auf drei Standorte hätte weitere Kompromisse erfordert. Nach Meinung der BFH hätte ein Gesamtcampus Bern die meisten Synergien und wahrscheinlich auch die grösste Kostenersparnis gebracht.

Lisa Stalder: Im Zusammenhang mit dem Stichwort „Hauptstadtregion Schweiz" heisst es oft, wir ständen in Konkurrenz zu den Grossregionen Zürich und Basel und dem Bassin Lémanique. Mit Blick auf die Diskussion zur BFH entsteht jedoch der Eindruck, wir würden eher mit Biel, Burgdorf oder vielleicht auch mit Zollikofen oder Thun konkurrenzieren.

Raymond Anliker: Ich betrachte die Dinge unter dem Aspekt der beruflichen Grundbildung. Im Kanton Bern existiert eine funktionierende Berufsschulorganisation. Es wurden Aufteilungen vorgenommen und es bestehen gewisse Konzentrationen, aber man hat bewusst auch Standorte in der Peripherie aufrechterhalten. Diese Zuteilung garantiert auch, dass die Lernenden nur kurze Wege auf sich nehmen und nicht durch den ganzen Kanton reisen müssen. Wir sprechen hier über eine grundsätzlich gut funktionierende Berufsschulorganisation, zu der es ab und an gewisse politische Störmanöver gibt, wenn es um die Frage der Standorte geht. Ich erinnere an den Sündenfall mit der höheren Fachschule für Fashion, Textiles und Business Management (stf), die in das „Zentrum der Modebranche" nach Spiez verlegt worden ist. Dieser Entscheid geschah wider besseres Wissen und lässt sich vor allem als Entscheid gegen den Standort Bern deuten. Es gibt solche Beispiele, bei denen es um die Frage – Bern, Biel, Thun oder Interlaken? – geht. Es stellt ein Problem dar, wenn in den Regionen andere Bedürfnisse angemeldet werden, als eine vernünftige Aufteilung an sich voraussetzt.

Alexander Tschäppät: Es ist leider so, dass immer noch ein Gefühl besteht, Bern stehe in Konkurrenz mit Zollikofen, Spiez usw. Laut Heike Mayers These geht es ja in erster Linie darum, dass in der Umgebung von Bildungsstätten – der Perimeter wäre noch zu definieren – Arbeitsplätze, Schulen und ein weites Angebotsspektrum vorhanden sein müssen. Nur wenn dies gewährleistet ist, kann man darüber streiten, ob sich die Swisscom in Ittigen, Bern oder Gümligen niederlassen soll. Die heutige Zeit erlaubt der Stadt den Luxus nicht mehr, sich am Bewerbungskampf zu beteiligen, wenn eine Unternehmung einen Standortentscheid fällt. Unternehmen, aber auch Schulen, sind heute äusserst flexibel und agieren sehr kostenorientiert. Wir können in erster Linie dafür sorgen, dass der Standort attraktiv und gesichert ist. Dafür zu sorgen, dass dieses Verständnis wächst, erachte ich als eine grosse Aufgabe für die Kommissionen und Gruppierungen in der Agglomeration. Als die CS ihr Rechenzentrum aus Kostengründen von der Weltpoststrasse nach Gümligen verlegte, pflegte ich zu sagen, es spiele für Bern keine Rolle, weil vor allem wichtig sei, dass die CS in der Stadtregion bleibe. Es gilt, das antiquierte Konkurrenzdenken abzustreifen. Heute bemühen wir uns vor allem um das Verbleiben der Unternehmen aus dem Bereich des Service Public, die sich in Bern während langer Zeit wohlgefühlt haben, weil wir ihnen als einzige Stadt gewisse Vergünstigungen beispielsweise bei der Liegenschaftsteuer, anbieten konnten. Die unternehmenssteuerlichen Unterschiede sind inzwischen nicht mehr entscheidend. Diese Unternehmen haben

sich mittlerweile zu hochrentablen Unternehmen entwickelt: Unter der Marke Rail City halten die SBB einen sehr grossen Liegenschaftsbestand, die PostFinance agiert als Bank mit Gewinnaussichten usw. Wir können uns den Luxus, innerhalb der Region um Standorte zu ringen, nicht mehr leisten, sondern müssen uns darauf konzentrieren zu verhindern, dass die Unternehmen zum Beispiel Winterthur als neuen Standort wählen oder ins Bassin Lémanique abwandern. Es geht in erster Linie darum, gute Ausbildungs- und Arbeitsplätze in Bern zu erhalten. Die umliegenden Gemeinden ziehen daraus in steuerlicher Hinsicht auch einen Nutzen, da die Leute zumeist nicht am Arbeitsort, sondern in der Agglomeration wohnen. Die Idee der Hauptstadtregion unterstützt den Standort Bern. Was die Angebote zur Weiterbildung anbelangt, bin ich der Ansicht, dass sich diese an besterschlossenen Orten befinden sollten, am besten gleich beim Hauptbahnhof. Wenn im Zuge des Umbaus des Berner Bahnhofs die Räumlichkeiten der RBS am Bollwerk frei werden, könnte dort an zentralster Lage beispielsweise ein Kompetenzzentrum Weiterbildung entstehen.

Peter Stämpfli: In dieser schnell getakteten Zeit ist der Druck in der Wirtschaft sehr hoch. Für die vielen Leute, die sich dazu entschliessen, neben dem Job eine Weiterbildung zu machen, sind ein zentral gelegener Schulort und kurze Wege entscheidend. Deswegen ist es wichtig, dass Universität, FH und höhere Fachschulen in Bern vor Ort sind. 40% der kantonalen Bevölkerung leben in der Region um Bern, hier werden 60% der Wertschöpfung des gesamten Kantons generiert. Das ist ein Faktum. Es ist widersinnig, die Standorte so auszuwählen, dass man damit einer bestimmten Gemeinde einen Gefallen tun kann. Für die jungen Leute in der Grundausbildung scheinen die Wege nicht das entscheidende Kriterium zu sein. In anderen Kantonen gibt es Orte, an denen bestimmte Berufsausbildungsangebote konzentriert worden sind, welche gut funktionieren. Hier sind andere Überlegungen ausschlaggebend, nämlich die Qualität der Ausbildung und wie sie sich finanzieren lässt. Es macht keinen Sinn, Gelder aus der Bildung abzuziehen, weil man einen speziellen Standort besonders fördern will. Im Kanton Bern fehlt eine Gesamtsicht: Was geschieht mit den unterschiedlichen Stadt-, Land- und Bergregionen? Was sind die Zielsetzungen für den gesamten Kanton? Weil die Gesamtsicht und der gemeinsame Blick aufs Ganze in allen Parteien fehlen, geschehen unglückliche Entscheide, wie das Beispiel mit der Verlegung einer einzelnen Sparte nach Spiez beweist.

Raymond Anliker: Die Standortattraktivität der Hauptstadtregion Bern ist wesentlich vom Vorhandensein eines guten Bildungsangebots abhängig. Dies gilt auf allen Ebenen, also auch im kleinräumigen Bereich bei den Volksschulen und im Sekundarstufenbereich bei der Berufsbildung und den Gymnasien. Im Moment ist das Angebot in der Hauptstadtregion ausgezeichnet. Die Politik sollte sich dieses Wertes bewusst sein. Ich könnte Ihnen detailliert aufzeigen, wie gut die Zusammenarbeit zwischen den in der Region Bern angesiedelten Berufsfachschulen, dem lokalen Gewerbe, der Verwaltung und anderen Dienstleistern funktioniert. Wir sprechen hier über öffentliche Projekte, über die Zusammenarbeit verschiedener Branchen, über gemeinsam geteilte Infrastrukturen oder auch über grosse Anlässe, die gemeinsam organisiert werden. Dieses Angebot muss man behüten und bewahren. Für die nächste Sparrunde gibt es schon wieder potenzielle Opfer aus dem städtischen bzw. regionalen Angebot. Es ist wichtig, dass die Bildungsinstitutionen auf politischer Ebene den nötigen Support bekommen. Leider hat dies in der Vergangenheit nicht immer funktioniert. Wenn zum Beispiel irgendwo auf dem Land eine Schule für Gartenbau geschlossen zu werden droht, engagiert sich der versammelte Gemeinderat der betreffenden Gemeinde für den Erhalt dieses Standorts. In dieser Beziehung weisen Stadt und Region eine gewisse Beisshemmung auf, weil der Vorwurf der Arroganz schnell folgt.

Lisa Stalder: Ich nehme das Stichwort Arroganz auf. Der Titel der Tagung lautet ja: Stadt und Agglomeration engagieren sich. Noch ist nichts entschieden, aber mit dem Vorschlag der Begleit-

gruppe rückt der Campus Weyermannshaus um einiges näher. Vielleicht gibt es Stimmen in der Agglomeration, die meinen, damit könne sich Alexander Tschäppät oder seine Nachfolge ein Denkmal setzen und es wäre doch besser, den Campus beispielsweise in Ostermundigen zu bauen, wo in der Umgebung des Bahnhofs einiges Potenzial vorhanden ist, oder in Köniz oder Zollikofen. Mit anderen Worten: Warum muss der Campus ausgerechnet in Bern sein?

Alexander Tschäppät: Man muss die Grössenordnung eines solchen Vorhabens bedenken. Auch die Nähe zur Universität und zur Insel sind wichtige Elemente. Im Weyermannshaus steht ein geeignetes Areal zur Verfügung. Es ist nicht einfach, einen anderen Ort zu finden, an dem mit dem Bau eines Komplexes solchen Ausmasses theoretisch schon ab dem Jahr 2017/18 begonnen werden kann. In Burgdorf gäbe es in zeitlicher Hinsicht Probleme, denn zuerst muss man in Biel bauen, um die Infrastrukturen in Burgdorf frei zu bekommen. Das kann vom Timing her nicht aufgehen. Bern bietet viele Vorteile, wie sich aus der Evaluation der verschiedenen Standorte ergibt. Zum Problem der Finanzierung und den Sparübungen: Ärgerlicherweise leistet sich der Grossrat den Luxus, einerseits nicht sehr kostengünstige Entscheidungen zu treffen, so zugunsten eines Textilfachschulstandorts in Spiez oder eines Doppelcampus Biel-Bern, mit einem Angebot in Burgdorf, was bestimmt nicht im Sinne der Kosteneinsparung ist. Andererseits werden auf der Ebene der obligatorischen Schulen Sparübungen vorgenommen, es wird Druck aufgesetzt und die Klassen werden vergrössert. Es ist paradox, wenn auf den höheren Ebenen bildungspolitisch teure Entscheide gefällt werden, während an der Basis, bei der Grundausbildung gespart wird. Dazu kommen raumpolitische Fragen, die sich auf die Gestaltung der Quartiere beziehen. Der Trend geht dahin, dass Leute, die es sich leisten können, ihre Kinder von Anfang an nicht in die öffentlichen Kindergärten und Schulen, sondern auf Privatschulen schicken, weil sie befürchten, dass das Bildungsniveau an der Volksschule in ihrem Quartier schlecht sei, wodurch ihren Kindern die Chance auf gute Zukunftsaussichten versperrt wären. Solchen Tendenzen muss man entgegenwirken, denn all jene, die sich keine Privatschule leisten können, sollen bildungspolitisch die gleichen Chancen haben. Der Grossrat muss aufhören, Gelder aus regionalpolitischen Überlegungen zu verschleudern, nur um die ländlichen Regionen zu beruhigen, und stattdessen die Mittel dort einsetzen, wo Bildung anfängt.

Lisa Stalder: Damit sind wir beim Thema Finanzierung: Was die Finanzierung des TecLab in Burgdorf anbelangt, ist laut Erziehungsdirektor Bernhard Pulver vor allem auch die Wirtschaft gefordert, in dessen Entwicklung zu investieren. Herr Stämpfli, Sie als Unternehmer sind gefragt – erachten Sie diese Art der Finanzierung als sinnvoll?

Peter Stämpfli: Das kann ich nicht beurteilen, weil ich Konzept und Inhalte des TecLabs nicht kenne. Ich bin zuversichtlich, dass die Wirtschaft mitzieht, wenn die Sache Hand und Fuss hat und gute Beziehungen aufgebaut werden können. Unternehmen und KMU, die eigene Entwicklungen leisten und beispielsweise das Material betreffende Fragen haben, sind auf die Hilfe namentlich der FH angewiesen. Diese erbringen Forschungs- und Entwicklungsleistungen, welche den unternehmerischen Rahmen sprengen würden. In Biel funktioniert die Zusammenarbeit seit langem exemplarisch. Ich zweifle nicht daran, dass dies auch in Burgdorf gelingt.

Lisa Stalder: Herr Anliker, wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Schulen in Ihrem Fachbereich?

Raymond Anliker: Da gibt es eine Vielzahl an Beispielen. Wir arbeiten sehr eng mit den Branchen zusammen, stehen in gemeinsamen Trägerschaften und bilden Weiterbildungskooperationen. Was die öffentliche Hand anbelangt, unterstützen wir öffentliche Projekte zum Beispiel in den Bereichen

der politischen Bildung, der Integration oder der Gesundheitsförderung. Die Verbindungen zu Wirtschaft, Dienstleistung und Verwaltung sind gut eingespielt.

Peter Stämpfli: In Bezug auf die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Schulen sind generell folgende Aspekte wichtig: Die Zusammenarbeit funktioniert auf Ebene der Berufsbildung und der höheren Fachschulen sehr gut, zumal diese traditionell den Unternehmen sehr nahe stehen. Auch die FH rückt immer näher an die Unternehmen heran, während die Universitäten nach wie vor weit entfernt zu sein scheinen. Unser Unternehmen bildet eine Ausnahme, weil es auch einen juristischen Verlag umfasst und deshalb intensive Verbindungen zur juristischen Fakultät unterhält. Im Raum Bern sind aber noch viele andere Firmen ansässig und es bietet sich eine Menge an Möglichkeiten zur Zusammenarbeit an. Bei der heutigen Veranstaltung haben wir uns vor allem auf den Bereich der universitären Hochschulen und der FH konzentriert, der Bereich der höheren Fachschulen stand nicht im Fokus. Man kann sich das Bildungssystem als Pyramide vorstellen: Die Basis bilden die Berufsausbildungen, als weiterer Bildungsschritt folgen die höheren Berufsfachschulen, dann die FH und die Universitäten. Wenn wir die Fachschulen nicht pflegen und weiter entwickeln, bricht ein wichtiges Segment aus dem Gebilde heraus. Für unser Unternehmen stellen die höheren Fachschulen die wichtigste Weiterbildungsstufe dar. Hochschulabsolventinnen und -absolventen arbeiten bei uns nur in sehr ausgewählten Bereichen, noch beschäftigen wir relativ wenige Leute, die eine FH absolviert haben. Unsere Mitarbeitenden sind vor allem Personen, die eine Berufsschule besucht und weitere Ausbildungen an einer Fachschule absolviert haben. Diese Menschen sind befähigt, zwischen technologischen und marktspezifischen Entwicklungen, der Arbeit in der Praxis und den fachfremdem Kundinnen und Kunden zu vermitteln. Diese Übersetzungstätigkeit ist von fundamentaler Wichtigkeit, ohne diese Leute könnte unser Unternehmen in diesen schnelllebigen Zeiten nicht mithalten. Viele Aus- und Weiterbildungen im Bereich Tertiär B werden privat finanziert. Die verschiedenen Studiengänge sind nicht gerade billig und viele Unternehmen beteiligen sich an den Ausbildungskosten ihrer Mitarbeitenden. Die Finanzierung auf diesem Bildungsweg ist in diesem Sinne nicht staatlich eingebettet, daher wird dieser Bereich gemeinhin eher beiseitegeschoben.

Raymond Anliker: Das ist ein wichtiger Punkt. Der Bereich der Berufsbildung funktioniert in der Region Bern sehr gut. Was die Grössenordnung angeht, werden in der nicht-formalisierten Tertiär B-Ausbildung pro Jahr annähernd gleich viele Abschlüsse abgelegt wie Bachelor- und Masterdiplome an den FH und Universitäten. Trotz der Tatsache, dass diese Ausbildungen in der Regel privat bezahlt und berufsbegleitend absolviert werden müssen, und dass dabei ein international nicht bekanntes Diplom herausschaut, weil in diesem Bereich noch keine Titelformalisierung stattgefunden hat, nimmt dieser Ausbildungsbereich ein grosses Volumen ein. Dem ist Sorge zu tragen, denn hier sind keine gleich langen Spiesse vorhanden. Es ist gut, wenn man von den Leuchttürmen, also den Universtäten und FH spricht, weil sie wichtige Faktoren sind. Aber der Bereich Tertiär B darf nicht vernachlässigt werden.

Alexander Tschäppät: Wie das TecLab in Burgdorf funktionieren soll, stellt eine Nagelprobe dar. In Bezug auf den Glauben, dass die Wirtschaft einsteigen soll, halte ich es mit Luzius Theiler, der davor warnt, dass dadurch gewisse Abhängigkeiten entstehen. Zudem lernt uns die Erfahrung mit Spin-offs, dass zwar Kapital vorhanden ist, aber die Bereitschaft, das Risiko zu tragen, klein ist. Wenn man Burgdorf eine echte Chance als Standort für ein Cleantech-Labor geben will, muss sich auch der Staat zu dieser Institution bekennen und Mittel beisteuern. Wenn das Labor dereinst funktioniert, wird auch die Wirtschaft mitziehen. Man darf aber nicht darauf hoffen, dass die Wirtschaft den Aufbau des Labors finanzieren wird.

Lisa Stalder: Ich möchte die Diskussion mit einem Ausblick beenden. Wir haben heute vom Ökosystem Bildung gehört. Ich möchte von Ihnen gerne wissen, wie das Ökosystem Bildungsstandort Bern in zwanzig oder dreissig Jahren aussieht.

Raymond Anliker: In Zukunft sollte nach wie vor die Überzeugung vorhanden sein, dass die duale Grundbildung als Grundfeste zu betrachten ist und als regional erhaltenswertes Gut gilt, das einen Beitrag zu einer florierenden Hauptstadtregion leistet, mit vielen neu angesiedelten Betrieben, die von der Nähe zwischen Ausbildung, Arbeit und Wirtschaft profitieren.

Peter Stämpfli: Ich hoffe, dass in einem ersten Schritt sowohl die Bevölkerung als auch die Wirtschaft zur Kenntnis nehmen, wie gut das Ausbildungssystem in unserer Region ist. Dies zu erkennen, ist von grosser Wichtigkeit, damit sich das Ökosystem Bildung weiter entwickeln kann. Mir fehlt heutzutage noch der natürliche Austausch: Bei vielen Veranstaltungen bleibt die Wirtschaft unter sich, Universitäten und FH werden nicht automatisch einbezogen. Ich hoffe, dass diese Zusammenarbeit in Zukunft zunimmt und von allen gelebt wird.

Lisa Stalder: Herr Tschäppät, wird die Politik auch in Zukunft jener Faktor sein, der die Standortfrage erschwert, wenn nicht verunmöglicht?

Alexander Tschäppät: Ich habe keine Angst um die Zukunft im Bildungsbereich. Mit der Masterplanung Insel hat die Stadt Bern einen enormen Schritt getan. Auf einem bis zu 700'000 m^2 grossen Areal entsteht dort ein Konzentrat aus Medizin, Spitalpflege und angewandter Forschung. Das ist ein gigantisches Potenzial. Dazu kommt der Campus Weyermannshaus, der dort genau am richtigen Ort gebaut werden soll. Es ist zu sagen, dass das Wachstum der Universität leider meist zulasten des Wohnraums in den Quartieren geht. Es darf aber nicht sein, dass das Wachstum der Ausbildungsstätten zulasten der Wohnbevölkerung geht. Man muss aufpassen, dass es in den studentischen Quartieren nicht nur Copy Quicks und Imbissbuden gibt, sondern dass die Bedürfnisse einer sozial durchmischten Quartierbevölkerung auch gedeckt sind. Es gilt, das Wachstum, das unweigerlich kommt, geschickt zu lenken.

Fragen aus dem Publikum

Rahel Wagner-Schaub: Wenn Bern als Bildungsstandort weiter wachsen soll, braucht es auch die entsprechende Infrastruktur. Die Ablehnung des Projekts Tram Region Bern zeigt auf, dass die Bevölkerung anscheinend noch nicht bereit ist, derart grosse Projekte mitzutragen.

Alexander Tschäppät: Das ist bestimmt ein Problem. Die erwähnte Idee eines Kompetenzzentrums Weiterbildung im Bahnhof ist für mich keine Vision für übermorgen. Mit dem Inselspital haben wir in Bern die grösste Arbeitgeberin des Kantons. Mit dem Von-Roll-Areal verfügt die UB über einen grossen Standort und im Weyermannshaus folgt der BFH-Campus. Die städtische ÖV-Infrastruktur hat diese Entwicklungen noch nicht nachvollzogen. Wir haben es mit Mühe und Not geschafft, das Inselareal mit einer Buslinie zu erschliessen, während das Von-Roll-Areal mit dem Postauto erschlossen ist. Da ist noch eine Menge zu tun. Die Standorte inmitten des Stadtgebiets sind richtig gewählt, weil sie auf bestehenden Infrastrukturen aufbauen und kein zusätzliches Kulturland beansprucht werden muss, um die Erschliessung zu realisieren.

Stéphanie Penher: Ich war früher Primarlehrerin, dann Romanistin, bin jetzt im Verkehrsbereich tätig und auch Mitglied der AKO. Ich habe eine Frage an Raymond Anliker: Sie haben gesagt, dass

die „Klientel“ der TF Bern eher aus sozial benachteiligten Schichten stammt. Was geschieht mit den jungen Leuten, wenn die Lädere nach Burgdorf umzieht?

Raymond Anliker: Es hat schon einmal einen ähnlichen Sündenfall gegeben, als an der Berufsmittelschule Bern ein Ausbildungsangebot gestrichen worden ist, das nachweislich zu einem hohen Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund besucht wurde. In der Bildungsverwaltung geht man davon aus, die Streichung derartiger Angebote führe dazu, dass sich die Jugendlichen anders orientieren, vielleicht in eine Berufslehre einsteigen oder andere Anschlüsse finden würden. Was mit der „Klientel“ der TF geschieht, kann ich Ihnen nicht sagen. Es kann sein, dass einige unter den Betroffenen später in einem anderen Bereich wieder auftauchen und finanzielle Kosten generieren, nämlich im Sozialbereich, weil sie den Einstieg in die Berufsbildung nicht finden. Der Kanton Bern weist eine schweizweit überdurchschnittlich hohe Abschlussquote auf Sekundarstufe II auf. Diesen Erfolg verdanken wir nicht zuletzt der Tatsache, dass sich der Kanton Bern noch eine schulisch organisierte Grundbildung leistet. Wenn er im Zuge zukünftiger Sparmassnahmen auf dieses Angebot verzichten will, wird diese Quote sinken und es wird mehr Jugendliche geben, die keinen formalen Abschluss erlangen, irgendwohin diffundieren und allenfalls weitere Kosten für die öffentliche Hand generieren.

Sonja Morgenegg-Marti: Ich bin Direktorin der gibb. Im Bereich der HBB werden Kaderleute für die Wirtschaft ausgebildet, die gibb offeriert ein grosses Angebot an Studiengängen. Herr Tschäppät hat erwähnt, dass sich diese Angebote an möglichst zentralen Orten befinden sollten. Wir erfüllen dieses Kriterium, denn wir befinden uns in der Nähe des Bahnhofs. Wir bieten auch ein grosses Labor an. Nun spricht man von einem Cleantech-Labor in Burgdorf, wo auch HBB-Bildungsgänge beispielsweise im Bereich Gebäudetechnik, angeboten werden sollen. Widerspricht dies nicht der Aussage, dass Weiterbildung möglichst zentral anzubieten sei und dass bestehende Infrastrukturen genutzt werden sollen? Obwohl die nötigen Infrastrukturen in Bern vorhanden sind, will man solche Angebote nun auch in Burgdorf anbieten – wie ist dies zu verstehen?

Alexander Tschäppät: Dies ist vor allem als Kompromiss und nicht als bestmögliche Lösung zu verstehen. Das ist eben der Preis bei diesem Dominospiel, bei dem man damit begonnen hat, bildungspolitische Grundsätze zu regionalpolitischen Themen zu machen, was ständige Korrekturen nach sich zieht. Wahrscheinlich ist Burgdorf nicht der geeignetste Standort für ein Cleantech-Labor. Aber aus der Logik von Burgdorf betrachtet, vermindert dieser Entscheid den durch den Verlust der technischen Disziplinen der BFH verursachten Schmerz. Das Burgdorfer Technikum war einst eine Institution, auf die man stolz sein konnte. Am Ende bleibt in Burgdorf nichts als die leeren Hallen. Daher gibt es diesen Kompromiss, der aus Sicht der Bildungslogik nicht den besten Entscheid darstellt.

Eric Brandt: Ich bin unter anderem auch Präsident des Fanclubs der Hauptstadtregion. Ich bin dafür, dass die Regionen gestärkt werden, denn die Regionen sind wichtig. Trotzdem sollten Orte für die Bildung in den Zentren angeboten werden. Ich nehme das Beispiel des Abend-Technikums, das zuerst in Bern gegründet und später nach Burgdorf verlegt wurde, was zur Folge hatte, dass viele Studierende aus dem Oberland das Abend-Technikum nicht mehr besuchen konnten. Institutionen dieser Art müssen sich im Zentrum befinden, zum Vorteil der ganzen Region. Von daher ist der Standort in Biel vielleicht auch nicht ganz günstig. Es ist wichtig, dass das Zusammenspiel mit der Wirtschaft funktioniert, zumal sich daraus wieder ein Angebot entwickeln könnte, das eine berufsbegleitende Ausbildung, vielleicht während der Abendstunden, ermöglicht.

Herbert Binggeli: Das Studium an der BFH ist als modulares System aufgebaut. Die einzelnen Module können auch berufsbegleitend absolviert werden. Ein Überbleibsel des Abend-Technikums ist das Weiterbildungszentrum für Technik und Informatik an der Wankdorffeldstrasse in Bern. Ursprünglich entwickelten sich aus dem Abend-Technikum die Hochschule für Technik und Architektur in Bern oder die Ingenieurschule Biel, aus denen nach einer Reorganisation schliesslich die BFH mit departementaler Struktur entstand. Es ist nach wie vor möglich, ein Studium berufsbegleitend zu absolvieren.

Luzius Theiler: Die regionalpolitischen Entscheide werden hier ziemlich verteufelt. Aber das Bildungswesen ist kein isoliertes Gebilde, bei dem man streng nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten die kostengünstigste und einfachste Lösung treffen kann. Es mag sein, dass es am einfachsten wäre, möglichst alles in Bern zu konzentrieren. Aber diese Entwicklung zieht andere Entwicklungen nach sich, die man nicht unterschätzen darf, zum Beispiel die Pendlerströme. Der Berner Bahnhof wird für hunderte Millionen Franken umgebaut, gleichzeitig wird bei der Bahn Personal abgebaut. Es stellt sich die Frage, ob wir uns ein Verkehrswesen, das darauf basiert, dass alles konzentriert und zentralisiert wird, überhaupt leisten können, denn die zunehmenden Pendlerströme erfordern einen Ausbau der Infrastruktur. Ich möchte Raymond Anliker fragen, ob es wirklich eine schlaue Lösung ist, die jüngsten Auszubildenden, die vielfach noch bei den Eltern wohnen und neben der anstrengenden Ausbildung auch ein bisschen Freizeit geniessen wollen, auf die Reise nach Burgdorf zu schicken?

Alexander Tschäppät: Ich stimme Ihnen zu, dass es wichtig ist, die Diskussion über die Mobilität zu führen. Aber Sie Herr Theiler gehören zu denen, die die Siedlungsentwicklung in der Nähe der Arbeitsplätze bekämpfen. Ich dagegen finde es logisch, dass die Leute in der Nähe ihrer Arbeitsplätze oder Bildungsinstitutionen wohnen können. Vor diesem Hintergrund geht es für mich nicht auf, wenn man Wohnbauprojekte wie auf dem Viererfeld oder dem Gaswerkareal oder andere Siedlungsentwicklungen bekämpft, aber gleichzeitig die Mobilitätsströme beklagt.

Luzius Theiler: Wie viele Leute können denn im Weyermannshaus noch wohnen, wenn dort ein Campus gebaut wird?

Alexander Tschäppät: Bestimmt mehr als heute.

Herbert Binggeli: Der Standort Weyermannshaus befindet sich nicht in einem Wohngebiet. Man muss sich bewusst sein, dass sich die Fachbereiche, die im Campus konzentriert werden sollen, bereits in Bern befinden, und zwar über die ganze Stadt verteilt. Die Konzentration ist inhaltlich motiviert. Es werden keine neuen Bereiche nach Bern überführt, was neue Verkehrsströme auslösen würde. Wenn die BFH aus den verschiedenen Gebäuden auszieht, die sie jetzt belegt, ergeben sich vielleicht interessante Möglichkeiten für das Wohnen. Im Hinblick auf die Standortkonzentration in Bern kann man das verkehrspolitische Argument nicht beiziehen.

Raymond Anliker: Ich bin der Meinung, dass die Grundbildung dort angeboten werden soll, wo die Jugendlichen sind und wo es Lehrstellen gibt. Es ist nur an möglichst zentralen Orten garantiert, dass wir kurze Wege haben. Wenn es Standortverlagerungen in der Grundbildung gibt, besteht das Risiko, dass neue Verkehrsströme entstehen.

Lisa Stalder: Damit sind wir am Ende der Diskussion angelangt. Ich danke den Teilnehmern auf dem Podium und dem Publikum für die engagierte Diskussion.

4 Workshops: Präsentation der Ergebnisse

4.1 Workshop I: Berufsbildung als regionaler Wirtschafts- und Standortfaktor

Leitung:	Raymond Anliker
Sprecher/in:	Peter Marbet, Melanie Mettler (AKO)
Teilnehmer/innen:	Daniela Lutz-Beck, Bern; Katharina Annen, Kehrsatz; Fabienne Bachmann, Belp; Daniel Bichsel, Zollikofen; Fritz Brönnimann, Wald BE; Nadja Kehrli, Bern; Walter Lanz, Münchenbuchsee; Arduino Lavina, Münchenbuchsee; Ruedi Lüthi, Köniz; Thomas Marti, Köniz; Stéphanie Penher, Bern Hans-Jörg Rhyn, Zollikofen; Barbara Stucki, Konolfingen; Peter Traber, Zollikofen; Rahel Wagner-Schaub, Ostermundigen; Erika Walther, Worb.

Inhalt und Fragestellung

Im Zentrum des Workshops steht die Berufsbildung in Stadt und Agglomeration Bern mit über 20‘000 Lernenden in der Grundbildung und 5000 Studierenden in der höheren Berufsbildung. Die Teilnehmenden diskutieren die Thesen, warum regionale Standortinteressen zu wenig vehement vertreten werden und warum die Bedeutung einer starken höheren Berufsbildung nicht erkannt wird. Sie diskutieren konkrete Fragestellungen zur Behebung dieser Malaise und tragen Vorschläge ins Plenum.

These 1: Die Bedeutung einer guten Berufsbildung in Stadt und Agglomeration als Standortfaktor wurde bis anhin in der politischen Diskussion zu wenig gewichtet und zu wenig eindeutig vertreten.

These 2: Noch wird zu wenig von der Nähe von Bildungsinstitutionen zu Wirtschaft, Verwaltung, Kultur und Dienstleistung profitiert. Die Akteurinnen und Akteure kennen sich nicht. Die Bedeutung der höheren Berufsbildung (Tertiär B) wird vernachlässigt.

Ergebnisse und Diskussion

Peter Marbet: Den Ausgangspunkt zu unserer Diskussion bildeten zwei Thesen (siehe oben). Hinsichtlich der Frage der Berufsbildung als Standortfaktor stellen wir fest, dass sogenannte weiche Standortfaktoren eine wichtige Rolle spielen. Wenn es beispielsweise um den Entscheid geht, dass sich eine Unternehmung an einem bestimmten Standort ansiedelt, ist nicht in erster Linie der Steuerfuss ausschlaggebend. Ein gutes Bildungsangebot kann eine schlechte steuerliche Situation kompensieren. Jemand brachte den Einwand ein, man müsse für die ganze Region und nicht nur für die Stadt denken. Das zeigt auf, dass das regionale Denken in der Region Bern wenig ausgeprägt ist, es gibt keine regionale Identität. Als Gegenbeispiel dient das Oberland: Dort erachtet man es als selbstverständlich, eine starke regionale Identität zu leben. Das ist in der Region Bern leider anders, schon Zollikofen und Bern werden als unterschiedliche Gemeinden bzw. verschiedene Welten wahrgenommen. Die weichen Standortfaktoren werden in der politischen Diskussion zu wenig gewürdigt.

Eine Politisierung des Bereichs der Berufsbildung kann problematisch sein, da sie kontraproduktive Auswirkungen zeitigen könnte. Das System der Berufsbildung ist gut verankert, es sollte nicht problematisiert bzw. zum Problem gemacht werden. Demgegenüber steht die Tatsache des herr-

schenden Verteilungskampfes: Wenn man den gut funktionierenden Bereich der Berufsbildung einfach sich selbst überlässt, nicht aktiv wird und nichts weiter unternimmt, kann es geschehen, dass Entscheide gefällt werden, die einschneidende Veränderungen nach sich ziehen, wie der Umzug der Textilfachschule von Bern nach Spiez. Die Berufsbildung ist anerkannt, vor allem in ländlichen Gegenden sind Berufslehren gut verankert. In städtischen Gebieten wählt ein höherer Prozentsatz der Jugendlichen anstelle einer Berufslehre den Weg via Gymnasium. Die Gemeindevertretungen meldeten zurück, die Gymnasien seien in den Gemeinden stark präsent. Im Bereich der Beratungen für Schülerinnen und Schüler sind die Gymnasien tendenziell aktiver als die berufsbildenden Institutionen. Es wäre wünschenswert, die Berufsbildung beim Übergang von der Volksschule in die weiterführenden Schulen stärker einzubeziehen. Die Stärke der Berufsbildung liegt in der Vernetzung mit dem Arbeitsmarkt und mit der Wirtschaft. Es sollte gelingen, die Wirtschaft, also die Betriebe und KMU, dafür zu gewinnen, besonders auch im Hinblick auf mögliche Standortentscheide. Hier ist nicht nur die Region, sondern vor allem auch eine brancheninterne Vernetzung gefordert.

Wenn mehr staatliche Gelder in die höhere Berufsbildung fliessen, entsteht dadurch möglicherweise die Gefahr, dass man sich zu sehr vom Arbeitsmarkt entfernt. So gesehen bringt eine schwache staatliche Finanzierung den Vorteil einer grösseren Nähe zum Arbeitsmarkt mit sich. In dieser Frage gingen die Meinungen in unserer Runde auseinander und wir kamen auf das Thema der ungleich langen Spiesse zu sprechen: Ich will dies anhand eines Beispiels illustrieren, von dem mir jemand in der Pause berichtet hat. Es geht dabei um eine junge Person, die nach dem Abschluss einer Gärtnerlehre keine Anstellung auf dem Beruf finden kann und deswegen in Betracht zieht, mit der Berufsbildung auf höherer Ebene fortzufahren und eine Ausbildung im Bereich Forstwirtschaft zu machen. Um Förster zu werden, muss man einen Lehrgang an einer höheren Fachschule absolvieren, die Kosten für die Ausbildung betragen rund 30'000 Franken. Anscheinend liegt da ein Konzept zugrunde, gemäss dem die höheren Berufsbildungsgänge auf berufstätige Personen, deren Arbeitgeber sich an der Finanzierung der Ausbildung beteiligen, ausgerichtet sind. Dies trifft im geschilderten Fall jedoch nicht zu. Die betreffende Person sieht sich nun gezwungen, eine Ausbildung an einer Fachhochschule ins Auge zu fassen, wo sie einen anderen Beruf quasi zum Nulltarif erlernen kann. Eine solche Steuerung ist unsinnig und kann nicht im Interesse des Systems liegen. Hier zeigen sich die Schwierigkeiten, die das Problem der ungleich langen Spiesse mit sich bringt.

Zum Schluss der Diskussion legten wir den Fokus auf Ideen, die in Bezug auf den Umgang mit dieser Thematik sinnvoll erscheinen: Da sich die Akteure schlecht kennen, braucht es vermehrt Anlässe, um eine Vernetzung herbeizuführen. Ein Gemeindevertreter nimmt die Anregung mit, bei den Informationsveranstaltungen zum Schulaustritt, bei denen bislang vor allem Gymnasien stark involviert sind, den Sektor der Berufsbildung mehr zu gewichten. Die höheren Berufsausbildungen sind vor allem auf Bundesebene reglementiert. Somit besteht eine Distanz zur Ebene der Gemeinden. Um die Berufsbildung zu fördern, muss man auch das Gespräch mit Bundesparlamentsmitgliedern suchen. Unter dem Punkt „Problemstellung ausformulieren“ diskutierten wir generell, wo das Problem eigentlich liegt: Ist es überhaupt ein Thema, dass Bildung als Standortfaktor nicht genügend anerkannt wird? In meiner Rolle als Berufslehrer halte ich fest, dass es bei diesem Themenfeld eine gewisse Sensibilität braucht. Was die Verteilungskämpfe anbelangt, vor allem auch auf Ebene von Bund und Kanton, darf Bildung als Faktor nicht ausser Acht gelassen werden. In unserer Diskussionsrunde wurde – überspitzt formuliert – auch infrage gestellt, dass überhaupt ein Problem existiert.

Melanie Mettler: Ich möchte ergänzen, dass es eine Verbundaufgabe darstellt, der allgemeinen Gefährdung der Berufsausbildungen entgegenzutreten. Damit ein ausreichendes Aktivierungspotenzial entstehen kann, muss das Thema von Politik, Wirtschaft, KMU und Schulen gemeinsam aufgenommen und angegangen werden.

4.2 Workshop II: Die Zukunft der Berner Fachhochschule

Leitung:	Prof. Dr. Herbert Binggeli
Sprecher/in:	Ingrid Kissling-Näf, Ueli Jaisli (AKO)
Teilnehmer/innen:	Eric Brandt, Wald BE; Hans Ulrich Gränicher, Bern; Christa Kühn, Worb; Stephie Staub-Muheim, Köniz; Luzius Theiler, Bern; Hans Rudolf Vogt, Oberdiessbach; Beat Wegmüller, Muri-Gümligen

Ergebnisse und Diskussion

Ingrid Kissling-Näf: Wir sind bei unserer Diskussion nicht von Thesen ausgegangen. Zu Beginn informierte uns Prof. Herbert Binggeli detailliert über die Strategie der BFH. In der anschliessenden Diskussion stand die Standortfrage im Zentrum, dabei analysierten wir zuerst die Entwicklungsschwerpunkte: Die BFH ist Teil des Hochschulstandorts Bern. Mein persönlicher Eindruck ist, dass der Hochschulstandort Bern von der Hauptstadtregion oder von Bern und der Agglomeration nicht integral verteidigt wird.

Beim Konzept der Fachhochschule (FH) geht es um Partnerschaften, die im In- und Ausland entwickelt werden. Ein Bezug zur Region wird durch eine starke regionale Verankerung ermöglicht. Typisch für die FH sind die Zwei- bzw. zunehmend auch die Dreisprachigkeit. Ein Vergleich mit den Entwicklungen von anderen FH zeigt, dass diese die Entwicklung zur Konzentration schneller durchgemacht haben. Bei der Realisierung der Fachhochschule Nordwestschweiz waren vier Kantone involviert. Diese Entwicklung ist in Bern erst in die Wege geleitet worden und am Anlaufen. In diesem Zusammenhang ist zu sagen, dass die Lösung eigentlich auf dem Tisch liegt: Es gibt eine Begleitgruppe. Von den drei ausgearbeiteten Varianten zeichnet sich die Doppelstandortlösung Biel - Bern am deutlichsten ab. Ob sie politisch vom Grossen Rat genehmigt wird, ist eine andere Frage. Der Regierungsrat wird per Anfang 2016 einen Bericht vorlegen, dann folgt die breite Diskussion. Wir diskutierten über die sich abzeichnende Lösung und fragten uns, wie mit diesem Dossier umzugehen sei. Alle, mit einer Ausnahme, erachten die Konzentration der Kräfte auf zwei Standorte als eine sinnvolle Lösung, die es der BFH erlaubt, an Entwicklungspotenzial zu gewinnen.

Weiter nahmen wir die Frage auf, worin das Anliegen bzw. die Funktion der Hauptstadtregion, der Agglomerationsgemeinden und insbesondere auch der AKO bestehen: Was können wir zum jetzigen Zeitpunkt tun, um die Entwicklung politisch zu beflügeln? Die (finanziellen) Entscheide werden auf Kantonsebene gefällt. Es braucht zusätzliche Investitionen von privater Seite, wenn im Weyermannshaus ein Campus mit Wohnmöglichkeiten und anderen Facilities realisiert werden soll. Über die Anlage eines zukünftigen Campus wurde natürlich auch angeregt diskutiert. Die Stadt Biel weist eine starke Identifikation mit der FH als Innovationspartnerin auf. Es kommt nicht allein auf die politische Unterstützung für ein solches Projekt, sondern vor allem auch darauf an, wie es um die Identifikation bestellt ist. In Biel ist die Situation einfacher als in Bern, weil man auf eine lange Geschichte der Mikrotechnologie zurückblicken kann. Das entsprechende Potenzial im Sinne der Weiterentwicklung ist in Biel vorhanden. Der Bieler Stadtpräsident Erich Fehr setzt sich sehr für die

FH ein. In Anbetracht des bevorstehenden Entscheids wäre zu erwarten, dass sich Stadt und Agglomeration Bern für die FH in Bern engagieren. Allerdings scheinen seitens der Stadt gewisse Hemmungen zu bestehen. Man will nicht zu stark auftreten, weil man denkt, dies könnte auf dem Land gegenläufige Tendenzen auslösen. Um die Sache in Schwung zu bringen, muss man den neuen Campus vor allem gut verkaufen. Man muss die inhaltlichen Elemente aufzeigen, die hauptgewichtig in den Bereichen Gesundheit, Wirtschaft, Soziale Arbeit und Kunst liegen. Mit der Mikrotechnologie und ihrer technischen Ausrichtung deckt die Bieler FH ein klar umrissenes Feld ab, während die Stossrichtung in Bern noch genau zu definieren ist.

Zum Schluss erörterten wir, ob dieses Dossier mit Unterstützung der Gemeindepräsidien über die Regionalkonferenz Bern-Mittelland laufen soll. Die RKBM ist ein wichtiges Organ, um die Sache weiter zu fördern. Sie kann mittels Stellungnahmen aktiv werden und zu politischen Aktivitäten anregen. Ein Mitglied unserer Gruppe zeigte sich gegenüber den Entwicklungen im Fachhochschulbereich distanziert. Sein Argument lautete, im Stadtgebiet gebe es schon viele Arbeits- und Ausbildungsstätten, aber es fehle an Wohnraum. Die Stadt brauche neue Wohnungen dringender als einen Campus im Weyermannshaus.

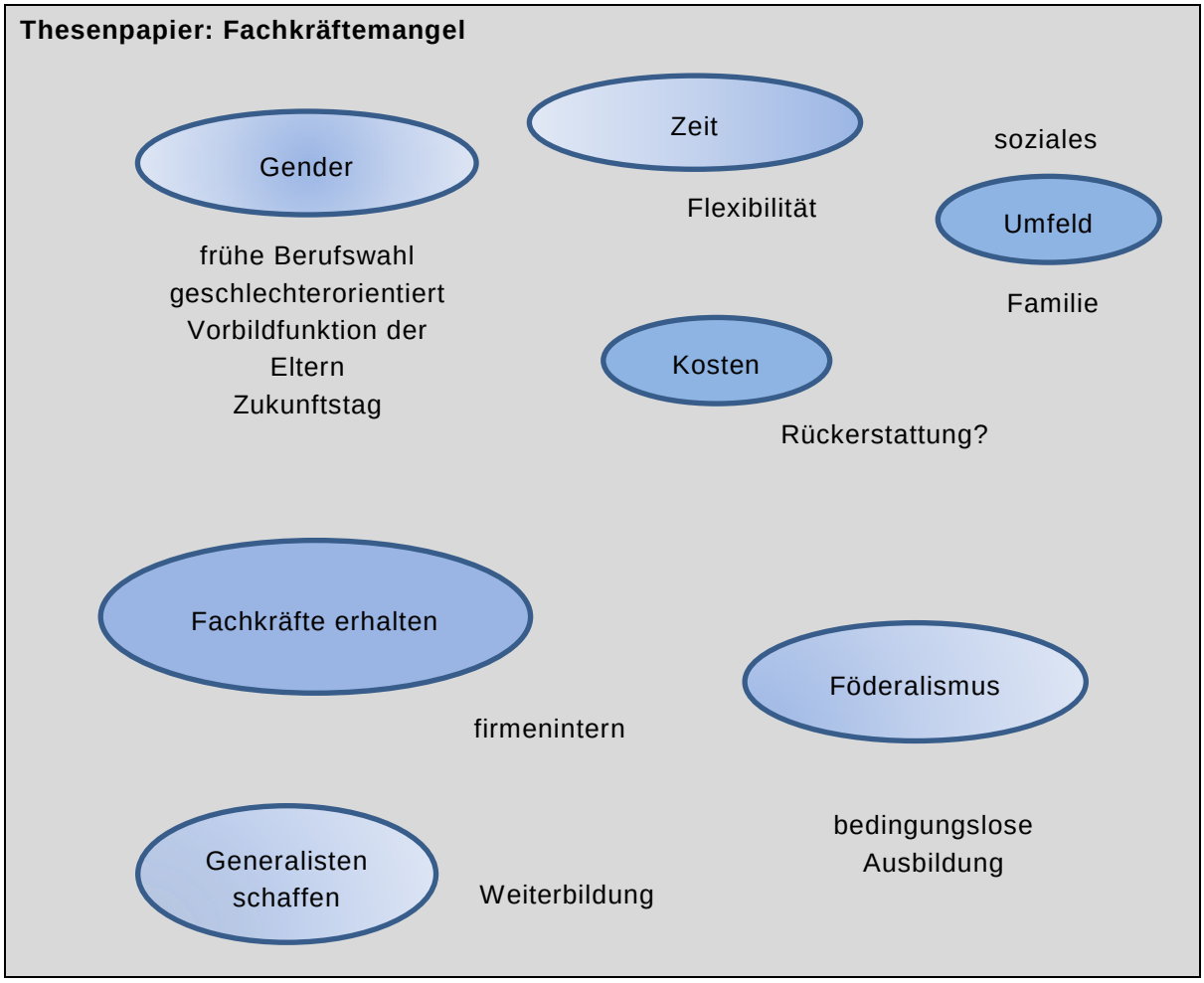
Ueli Jaisli: Die Mehrheit in unserer Runde hat gegen den Bildungsstandort Bern oder einen Campus in Bern nichts einzuwenden. Bei der Entscheidfindung sind die Auswirkungen auf das umliegende Quartier und das nahe Umfeld zu berücksichtigen: Im betreffenden Gebiet befinden sich viele Gewerbebauten, in denen sich Gewerbebetriebe zu relativ günstigen Mietzinsen niedergelassen haben. Es gibt brachliegende Areale in Bümpliz, die allenfalls für eine Umsiedlung der betroffenen Betriebe zur Verfügung stehen. Das Schwimmbad Weyermannshaus wird zum Glück nicht tangiert. Der zukünftige Campus soll an einem Ort realisiert werden, der sich heutzutage als optisch nicht besonders attraktiv präsentiert, und ein bisschen den Anschein eines Slums erweckt. Der Bau eines Campus würde eine infrastrukturelle Aufwertung mit sich bringen, von der das Quartier profitieren kann. Ein Campus bedeutet auch einen Impuls für die Wirtschaft. Was die Öffentlichkeitsarbeit anbelangt, ist auf mehr Informationen zu hoffen. Um die Leute von der Idee mit dem Campus überzeugen zu können, muss man ein gutes Argumentarium zusammenstellen.

4.3 Workshop III: Möglichkeiten und Grenzen von Bildungsforschung für die Bildungspolitik

Leitung:	Andrea Diem
Sprecher:	Marc Niklaus, Zollikofen
Teilnehmer/innen:	Marie Therese Anderegg, Allmendingen b. Bern; Markus Dietiker, Zollikofen; Patrizia Mordini, Bern; Christoph Salzmann, Köniz; Samuel Tschumi, Zollikofen; Peter Wagner, Ostermundigen

Inhalte und Fragestellung

Im Zentrum des Workshops steht folgende Frage: Wie erhalten wir die benötigten Fachkräfte, und dies auf möglichst finanzverträgliche Weise? Sie wird von den Teilnehmenden anhand des untenstehenden Thesenpapiers diskutiert.



Ergebnisse und Diskussion

Marc Niklaus: Wir widmeten uns den Fragen, wie man es schafft, die dringend benötigten Fachkräfte zu erhalten und wie diese Aufgabe möglichst finanzverträglich bewerkstelligt werden kann. Da es sich um eine ausufernde Thematik handelt, teilten wir uns in zwei Gruppen auf. Folgende Aspekte wurden besonders eingekreist:

Der Zeitaspekt: Wenn man den Fokus auf den Bedarf an Fachkräften legt, fällt zunächst eine zeitliche Schwierigkeit auf. Bildlich gesprochen lässt sich das Problem so illustrieren: Wenn man im Regen steht, ist man schlecht bedient, wenn der Regenschirm erst noch erfunden werden muss. Es kann sein, dass es nicht mehr regnet, wenn man dann endlich einen Schirm zur Hand hat. – Immerhin weiss man beim Wetter, dass der nächste Regen bestimmt kommt. In der Arbeitswelt liegen die Dinge ähnlich: In gewissen Bereichen herrscht ein akuter Mangel an Fachkräften. Bis über den politischen Prozess eine Lösung realisiert werden kann und man in den Genuss eines Effekts kommt, besteht das ursprüngliche Problem vielleicht gar nicht mehr. Die Wirtschaft handelt in solchen Situationen schneller und sie kann raschere Lösungen erbringen, als es über bildungspolitische Massnahmen möglich ist. Dabei ist auch der Faktor der mobilen Flexibilität zu beachten: Dass ein bestehender Fachkräftemangel an einem Ort behoben werden kann, bedeutet nicht, dass dies andernorts auch gelingt. Heutzutage können die Lernenden ihre Schulen auch aus der Distanz besuchen, es ist ihnen möglich, grosse Distanzen zu überwinden. Diese Entwicklung sprengt den Raum der Hauptstadtregion oder des Kantons. Man muss die Dinge vermehrt gesamtschweizerisch oder in einem noch grösseren Umfeld betrachten.

Das Thema Gender: Für die Bildungspolitik wäre es von Vorteil, wenn die jungen Leute ihre Berufswahl möglichst früh treffen würden. In der Realität ist es jedoch unmöglich, die berufliche Laufbahn der Kinder schon vom Vorschulalter an lenken. Den Zeitfaktor im Hinblick auf die Schaffung von zukünftigen Ausbildungsplätzen zu nutzen stellt sich als schwierig heraus, zumal sich viele Entwicklungen als nicht sehr prognosefähig erweisen und es fast unmöglich ist, sie im Vornherein zu erfassen. Nach wie vor gibt es für Mädchen oder Jungen typische Vorlieben für bestimmte Fächer. Jugendliche in der Ausbildung zeigen geschlechtsspezifische Interessen. Die Differenz zwischen den Geschlechtern wird schon in der Kindheit gefödert, beispielsweise durch die Spielwarenindustrie. Die Fächerbelegung weist geschlechterspezifische Unterschiede auf, in Bezug auf die verschiedenen Fächer divergieren die Leistungsstärken bei den Schulabschlüssen je nach Geschlecht enorm. Dieser Umstand schlägt sich in den Belegungszahlen der diversen Ausbildungseinrichtungen nieder. In diesem Zusammenhang spielt das Thema Vorbildfunktion der Eltern eine Rolle. Früher hiess es, wenn der Vater Schreiner ist, wird der Sohn auch Schreiner. Das steht im Gegensatz zum System, das man heute umzusetzen versucht, bei dem gleiche Chancen für alle herrschen. Man lässt den Jugendlichen die freie Wahl, es stehen ihnen alle Möglichkeiten offen.

Die Qual der Wahl zu haben, ist die eine Seite des Problems. Auf der anderen Seite kann man nicht allen das bieten, was sie gerne hätten. Manchmal braucht es einschränkende Eingriffe in Form eines Numerus Clausus. Wenn in bestimmten Bereichen ein Überangebot an Fachkräften besteht, muss man die Entwicklung steuern, um nicht hochqualifizierte Leute zu produzieren, denen am Ende die Arbeitslosigkeit droht. Die Vorbildfunktion der Eltern kommt bei Veranstaltungen wie dem Zukunftstag zum Tragen: An diesem Tag dürfen Kinder die Eltern bei der Arbeit begleiten und bekommen einen Einblick in die Berufswelt. Da dies für Kinder in der Regel die einzige Möglichkeit ist, um die Berufswelt hautnah zu erleben, entwickeln sie eine starke Identifikation. Das soziale Umfeld ist von geschlechtsspezifischen Unterschieden geprägt: Schon im Kindergarten gibt es eine Ecke mit Puppen, die für Mädchen reserviert ist, während Knaben, die mit Puppen spielen, eher die Ausnahme darstellen. In unserer Gesellschaft leben viele Menschen aus anderen Kulturen. Das hat Auswirkungen in Bezug auf die Vorbildfunktion der Familie: Mädchen können heutzutage eine Ausbildung als Lastwagenmechanikerinnen absolvieren. Ich wage aber zu bezweifeln, dass die Möglichkeit, eine Ausbildung in einem eher männlich geprägten Berufsumfeld zu wählen, für Mädchen aus muslimischen Familien gleichermassen offensteht.

Der Kostenfaktor: Der Staat bildet an den Universitäten hochqualifizierte Leute aus. Wegen der hohen Kosten hat er umgekehrt das Interesse, dass die vielen gut ausgebildeten Leute in der Wirtschaft Fuss fassen können. Es macht keinen Sinn, Fachkräfte zu produzieren, die keine Stellen finden, weil kein Bedarf für sie vorhanden ist. In der Diskussion wurde in diesem Zusammenhang die folgende, mit vielen Wenn und Aber dekorierte Idee aufgegriffen: Es wäre denkbar, eine Rückerstattungspflicht einzuführen. Die Leute sollen für die Kosten, die ihre Ausbildung verursacht hat, dem Staat gegenüber rückerstattungspflichtig werden. Mich persönlich ärgert es, wenn Leute, die eine universitäre Ausbildung absolviert haben, danach eine ganz andere Berufswahl treffen, indem sie zum Beispiel als Lastwagenchauffeur arbeiten oder in einen Kibbuz auswandern. Die Gesellschaft hat für ihre Ausbildung viel bezahlt, aber oftmals fliessen diese Investitionen nicht zurück. Einige Uniabsolventinnen und -absolventen verdienen in ihrem Beruf so gut, dass sie es sich leisten können, nur ein Teilpensum zu arbeiten. Aus staatlicher Sicht wäre es besser, wenn Leute, die ein hohes Einkommen generieren können, weil der Staat für die Kosten ihrer Ausbildung aufgekommen ist, möglichst viel arbeiten und Steuern bezahlen, anstatt sich darauf zu verlegen, eine optimale persönliche Work-Life-Balance zu halten. In Skandinavien bekommen Studentinnen und Studenten bei Studienbeginn ein Darlehen, das sie später zurückerstatten müssen.

Gewährleisten des Erhalts von Fachkräften: Beim Militär besteht die Möglichkeit, dass man den Leuten eine Ausbildung finanziert, wenn sie im Gegenzug eine langfristige Verpflichtung eingehen. Die amerikanische Armee funktioniert nach diesem System. Auch die Schweizer Armee versucht, die Karrieren ihrer Leute zu unterstützen. In der Privatwirtschaft laufen ähnliche Programme. Ich kann mich an eine Veranstaltung kurz vor dem Abschluss des eidgenössischen Handelsdiploms erinnern: Verschiedene Firmen stellten sich vor. Sie unterbreiteten interessierten Kandidatinnen und Kandidaten ein Angebot, sich beruflich bei ihnen zu engagieren und gleichzeitig die Ausbildungslaufbahn weiterhin zu verfolgen. Die bedingungslose Übernahme der Ausbildungskosten durch den Staat ist nicht nur bezüglich einer Rückerstattungspflicht zu hinterfragen, denn es verhält sich auch so, dass in der Schweiz sehr ungleiche Bedingungen herrschen, was Stipendien anbelangt. Eine Tücke des föderalistischen Systems besteht darin, dass man zum Beispiel im Kanton Aargau wesentlich einfacher ein Stipendium bekommt als im Kanton Bern.

Für mich ergibt sich in Bezug auf den Erhalt von Fachkräften als Fazit, dass es sinnvoll ist, grundsätzlich eine generalistische Richtung zu verfolgen. Wir sollten Generalistinnen und Generalisten ausbilden, die fähig sind, sich im Rahmen einer Weiterbildung konkret und fokussiert nach den Anforderungen des Arbeitsmarkts zu richten. Die freien Arbeitsplätze von heute sind jetzt und nicht erst in fünf oder zehn Jahren zu besetzen.

5 Fazit der Agglomerationskommission

Die Agglomerationskommission kann erneut auf eine erfolgreiche und informative Tagung zurückblicken. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzten sich intensiv mit den Fragen rund um den Bildungsstandort Stadt und Region Bern auseinander und nutzten die Gelegenheit, Kontakte mit Parlaments- und Exekutivmitgliedern aus anderen Regionsgemeinden zu knüpfen und bestehende Beziehungen zu vertiefen. Die externen Referentinnen und Referenten und die anwesenden Expertinnen und Experten aus dem Bildungsbereich lieferten wichtige Informationen u.a. zur Zusammenarbeit und zum Wissenstransfer zwischen Hochschulen und der Wirtschaft und zum aktuellen Stand der Bildungsforschung in der Schweiz. Besonders intensiv wurde die Frage der geplanten Standortkonzentration der BFH diskutiert, die aktuell in den zuständigen Gremien auf kantonaler Ebene beraten und voraussichtlich 2016 entschieden wird.

Der bewährte Aufbau der Tagung mit Fachreferaten und Podiumsdiskussion sowie den nachmittäglichen Workshops wurde beibehalten. Die Ausführungen der Referentinnen und Referenten bildeten den Ausgangspunkt für das anschliessende Podium, auf dem Stadtpräsident Alexander Tschäppät, Peter Stämpfli und Raymond Anliker engagiert über die regionale Bildungspolitik und die Perspektiven des Bildungsstandorts Bern diskutierten. Die Teilnehmer waren sich einig darin, dass die Standortattraktivität der Hauptstadtregion Bern auch vom Vorhandensein eines guten und umfassenden Bildungsangebots auf allen Stufen abhängig ist. In der Frage der künftigen Standorte der BFH sprach sich das Podium übereinstimmend für eine Konzentration im gut erschlossenen städtischen Raum aus, da dadurch der gesamte Bildungsstandort Bern gestärkt werde und das bereits bestehende Angebot weiter optimiert werden könne.

In den Workshops wurden die Inputs aus den Fachreferaten und aus der Podiumsdiskussion vertieft. Die Ergebnisse zeugen von interessanten und engagierten Debatten in den einzelnen Gruppen und machen deutlich, dass die Teilnehmenden auch in diesem Jahr die Diskussion und den Erfahrungsaustausch im kleinen Kreis schätzten. Die Agglomerationskommission freut sich über den gelungenen Anlass. Zusammen mit den regelmässigen Vernetzungsanlässen mit Parlamenten und Exekutiven der umliegenden Gemeinden trägt die jährliche Tagung zur Vertrauensbildung in der Region bei und ist ein wichtiges Element der Beziehungspflege zwischen den unterschiedlichen Akteuren. Darüber hinaus bietet die AKO mit ihrer Tagung eine Plattform für die Diskussion und Entwicklung von Ideen zur künftigen Zusammenarbeit von Stadt und Region Bern.

Anhang

1 Präsentation Referat 1:
Prof. Heike Mayer: Bildung und regionale Wirtschaftsentwicklung: Was ist die Rolle von Hochschulen?

2 Präsentation Referat 2:
Prof. Herbert Binggeli: Zentralisierung ist mehr als die Summe der Einzelteile.

3 Präsentation Referat 3:
Andrea Diem: Die Schweizer Hochschulen: Zugänge und Übergänge in den Arbeitsmarkt

4 Präsentation Workshop 1:
Raymond Anliker: Berufsbildung als regionaler Standort- und Wirtschaftsfaktor

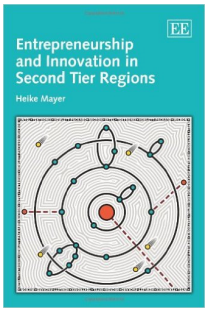
Bildung und regionale Wirtschaftsentwicklung: Was ist die Rolle von Hochschulen?

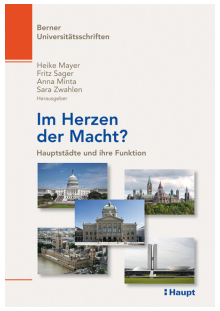
Heike Mayer
Professorin für Wirtschaftsgeographie & Regionalforschung
Geographisches Institut
& Zentrum für Regionalentwicklung (CRED)
Universität Bern

Tagung der Agglomerationskommission, 6. November 2015
Bildungsstandort Bern: Stadt und Agglomeration engagieren sich

Zu meiner Person

- Studium, Promotion und Professur in den USA; seit 2009 in Bern
- Forschung zur Rolle von Innovation und Unternehmertum in der Regionalentwicklung
- Studien über die regionale Rolle der Universität
- Derzeit: SNF Projekte zu Hauptstädten; Unternehmertum in peripheren Regionen: Klein- und mittelgrossen Städten in der Schweiz; Entwicklung von Berggebieten und ländlichen Räumen; Innovationspolitik





Welche Bedeutung hat der Faktor Bildung für die wirtschaftliche Entwicklung von Stadt und Region?

4 Thesen

UNIVERSITÄT BERN

1. Hochschulen sind zwar wichtige Institutionen in einer regionalen Wirtschaft, sie sind aber **nicht zwingend die wirtschaftlichen Motoren** der regionalen Entwicklung.

2. Hochschulen leisten den **wichtigsten Beitrag** für die regionale Wirtschaftsentwicklung **durch ihre Aus- und Weiterbildungsfunktion**.

3. Hochschulen **sind lokal verankert und global vernetzt**. Sie spielen eine wichtige **Rolle** in der Entwicklung einer Stadt und Region, **die weit über die wirtschaftlichen Effekte hinausgeht.**

4. Ein **unternehmerisches Ökosystem** ist nötig, damit sich die wirtschaftlichen Effekte der Hochschulen auf die Dynamik der Region auswirken können.

4

Beschäftungs- und Einkommenseffekte

Imageeffekte

Aus- und Weiterbildung

Innovationsfunktion

Antennenfunktion

FuE-Aufträge und -Kooperationen

Beratungstätigkeit

Quelle: Ernst Basler & Partner (2011) Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der HTW Chur

5

Silicon Valley

Stanford Industrial Park, 1951 (Quelle: Margaret O'Mara)

Cambridge, UK

Cambridge Science Park, 1970 (Quelle: Wikipedia)

Berlin Adlershof

Technologiepark Adlershof, 1991 (Quelle: Wikipedia)

Innovationspark Dübendorf

Nationaler Innovationspark, 2015 (Quelle: Volkswirtschaftsdirektion)

Wenig signifikante Wirkungen

UNIVERSITÄT BERN

- **Daten aus den USA**
  - 426 bis 705 Spin-off Firmen/Jahr (Lester 2008; AUTM annual)
  - 2,8 Spin-Off Firmen und 2,32 Lizenzen pro Jahr (HEFCE 2004)
  - 1 Spin-Off Firma / $368 Millionen FuE (Audretsch 2013)

- **Studien zeigen, dass… (Harrison & Leitch 2010):**
  - Spin-Off Firmen meistens technologieorientiert sind,
  - klein starten, aber auch klein bleiben,
  - in der Regel über limitierte intellektuelle Ressourcen verfügen,
  - ihren Wettbewerbsvorteil auf Marktwissen und nicht unbedingt auf techn. Wissen basieren.

7

Unsere Forschung zeigt geringe Effekte

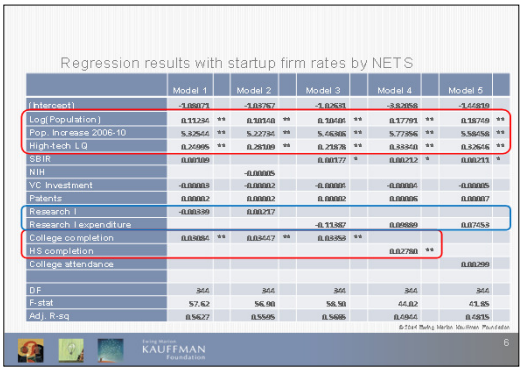
UNIVERSITÄT BERN

Wirkt sich die Präsenz einer forschungsintensiven Hochschule auf das lokale Unternehmertum aus?

Analyse von 356 Metropolregionen in den USA

Statistische Auswertungen zeigen: Nein!

Aus- und Weiterbildungs-funktion sind wichtig


Regression results with startup firm rates by NETS

	Model 1	Model 2	Model 3	Model 4	Model 5
(Intercept)	-1.08071	-1.03757	-1.02531	-3.82058	-1.14819
Log(Population)	0.11234 **	0.10148 **	0.10491 **	0.17791 **	0.18766 **
Pop. Increase 2006-10	5.32544 **	5.22784 **	5.46366 **	5.77356 **	5.56558 **
High-tech LQ	0.24995 **	0.25109 **	0.21878 **	0.33450 **	0.32646 **
SBIR	0.00709		0.00177 *	0.00212 *	0.00211 *
NIH		-0.00005			
VC Investment	-0.00003	-0.00002	-0.00001	-0.00004	-0.00005
Patents	0.00002	0.00002	0.00002	0.00005	0.00007
Research I	-0.00339	0.00217			
Research I expenditure			-0.11387	0.09889	0.07458
College completion	0.09864 **	0.08447 **	0.08353 **		
HS completion				0.02780 **	
College attendance					0.00299
DF	344	344	344	344	344
F-stat	57.62	56.98	58.58	44.82	41.85
Adj. R-sq	0.5627	0.5595	0.5685	0.4944	0.4815

Ewing Marion Kauffman Foundation

6

Quelle: Motoyama & Mayer (forthcoming) Revisiting the Roles of the University in Regional Economic Development. *Growth & Change.*

8

Regionale Wettbewerbsvorteile basieren nicht unbedingt auf Hochschulen

UNIVERSITÄT BERN

Wie wichtig waren die folgenden Faktoren für die Entwicklung ihrer Firma?

	Kansas City	Portland	Boise	Seattle
Informal local access to innovative people, ideas, technologies	4.12	4.23	4.16	4.31
Attractive local quality of life for staff and management	3.94	4.39	4.28	4.27
Local availability of managerial/professional staff	3.65	3.88	3.57	3.75
Access to local business services	3.63	3.35	3.49	3.16
Proximity to local customers	3.34	3.0	3.21	3.18
Access to local sources of capital, finance	3.23	2.83	3.12	3.14
Supportive local training organizations	3.11	2.7	3.04	2.25
Local shareholders	2.93	2.84	2.78	2.72
Proximity to local suppliers, subcontractors	2.91	2.98	3.09	2.94
Research links with other firms or organizations in the region	2.82	2.72	2.7	2.57
Quality of local research staff	2.75	3.13	3.04	2.91
Research links with universities	2.66	2.65	2.69	2.13
N	161	204	139	279

Quelle: Motoyama & Mayer (forthcoming). Revisiting the Roles of the University in Regional Economic Development. *Growth & Change.*

9

Abkehr vom linearen Verständnis (Forschung → Innovation → Unternehmertum) nötig

Was ist dann die Rolle der Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen?

10

Hochschulen:
Lokal verankert, global vernetzt

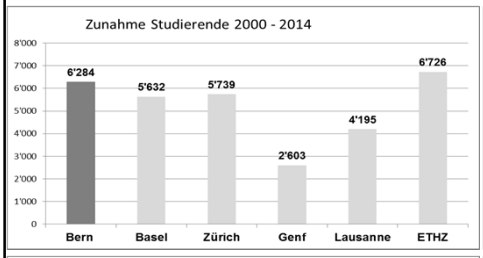
- Immer mehr Studierende an Hochschulen
  - Universität Bern: 17`428 (2014); 14`926 (2011); 10`193 (2000)
- Hochschulen beschäftigen zahlreiche Akademiker
  - Universität Bern: 4`032 (2014)
- Hochschulen pumpen zusätzliche Kaufkraft in den Kanton
  - Universität Bern: CHF 671 Mio (Stephan et al. 2009)
- Und das bei abnehmender Belastung des Staatshaushalts
  - Universität Bern:
    1985: 5.4%; 1994: 4.1%; 2002: 3,6%; 2014: 2,9%

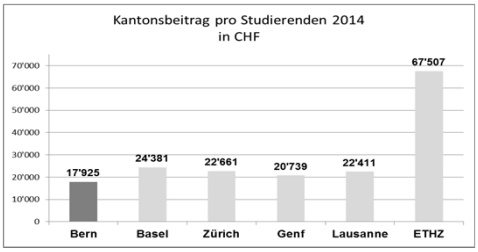
- Hochschulen sind Orte des nationalen und internationalen Wissensaustausches und internationaler Beziehungen. Diese Vernetzung verschafft dem Kanton Zugang zur internationalen Wissensgemeinschaft

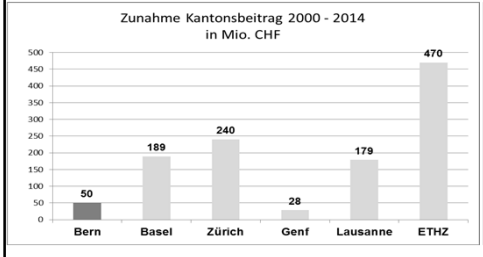
Quelle: Universität Bern 2015, Vortrag Paul Messerli November 2002, Stephan et al. 2009

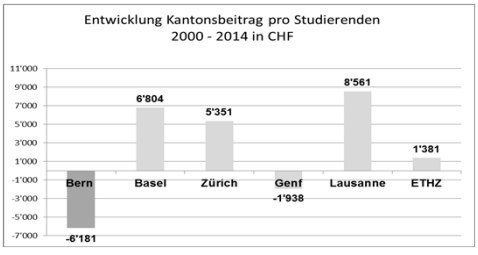
11

Herausforderungen der Universität Bern







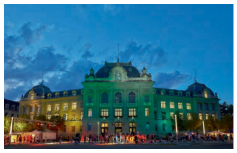


Quelle: Universität Bern 2015

12

Die Universität leistet weitere Beiträge in der Stadt- und Regionalentwicklung …

- … als Akteurin in der Stadtentwicklung (von Roll Areal, Swiss Innovation Park in Biel, etc.)
- … als Moderatorin im öffentlichen Diskurs (Forum für Universität und Gesellschaft, etc.)
- … als kulturelle Einrichtung (Dürrematt Gastprofessur, etc.)
- … als Impulsgeberin für nachhaltige Entwicklung (Blue University, etc.)



Blue University Bern

Absolventen finden Jobs

- Fünf Jahre nach Hochschulabschluss liegt die Erwerbslosenquote unter 4% (Espace Mittelland: 1,6%)
- Master und FH Bachelor schneiden besonders gut ab

T 3.2.1 Erwerbslosenquote gemäss ILO der Hochschulabsolvent/innen ein Jahr und fünf Jahre nach Studienabschluss, nach Hochschultyp, Examensstufe und Grossregion des Wohnorts, Kohorte 2008

			Genferseeregion		Espace Mittelland		Nordwestschweiz		Zürich		Ostschweiz		Zentralschweiz		Tessin		Total – CH		Ausland	
			%	+/–	%	+/–	%	+/–	%	+/–	%	+/–	%	+/–	%	+/–	%	+/–	%	+/–
Total		2009	7,1	0,8	4,1	0,5	3,2	0,6	2,3	0,4	1,6	0,5	3,2	0,8	5,1	1,4	4,0	0,3	4,6	1,1
		2013	2,7	0,8	1,6	0,5	1,9	0,7	1,4	0,5	0,4	0,4	1,4	0,8	2,8	1,7	1,7	0,3	2,1	1,1
UH	Bachelor	2009	10,4	3,9	5,5	2,4	11,3	5,9	4,9	3,2	4,2	5,1	**	**	14,3	6,8	7,9	1,7	7,9	7,3
		2013	0,0	0,0	3,5	3,7	**	**	0,0	0,0	**	**	**	**	**	**	2,2	1,5	**	**
	Master	2009	9,1	1,2	6,2	1,0	3,8	1,0	3,2	0,6	2,5	1,1	4,3	1,5	4,2	1,9	5,4	0,4	4,2	1,6
		2013	3,4	1,2	2,0	0,8	2,0	1,0	1,3	0,5	0,7	0,8	1,9	1,6	3,9	2,8	2,1	0,4	3,6	2,2
	Doktorat	2009	5,1	2,4	5,9	2,6	1,2	1,1	2,2	1,3	3,1	3,2	3,3	3,1	**	**	3,5	0,9	2,7	1,6
		2013	3,9	3,2	0,5	0,8	2,1	2,5	0,4	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	**	**	1,5	0,9	1,3	1,6
FH	Bachelor	2009	6,1	1,3	2,5	0,8	4,3	1,3	1,5	0,6	1,4	0,8	3,0	1,5	6,8	3,2	3,3	0,4	8,5	3,7
		2013	2,1	1,1	1,3	0,7	1,4	1,0	2,5	1,3	0,5	0,9	1,9	1,5	0,0	0,0	1,7	0,5	0,7	1,1
PH	Lehrdiplome	2009	0,5	0,8	0,5	0,4	0,0	0,0	0,3	0,4	0,3	0,4	0,7	0,9	2,5	3,2	0,4	0,2	**	**
		2013	0,0	0,0	1,1	1,3	2,5	2,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	**	**	0,7	0,5	**	**

+/– gibt die Spannweite des 95%-Vertrauensintervalls an
** Zellhäufigkeit < 25

Quelle: Befragung der Hochschulabsolvent/innen, Erst- und Zweitbefragung, Kohorte 2008

© BFS, Neuchâtel 2015

KMU im Kanton Bern: FHs spielten schon immer eine Rolle, Unis werden wichtiger

Eva Jaisli, CEO PB Swiss Tool, Wasen i.E.

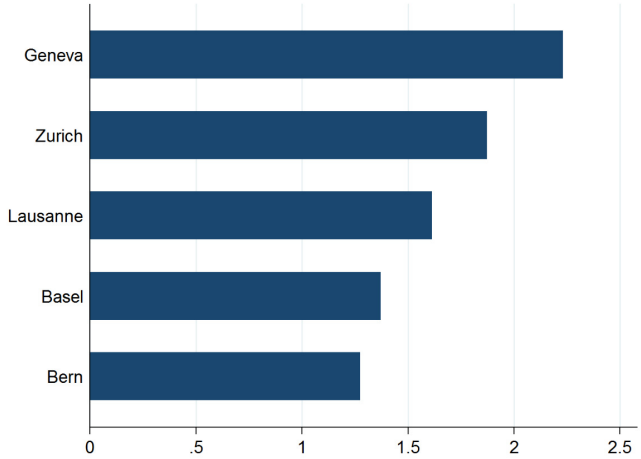
Bernhard Jäggi, Geschäftsführer Nyco Flexible Packaging (Clondalkin Group), Kirchberg

Duales Ausbildungssystem als Grundfeste
Eingespielte Zusammenarbeit mit FHs
Universitäten werden wichtiger, v.a. um neue Impulse zu geben

Quelle: Interviews mit UnternehmerInnen im Emmental, September 2014 (im Rahmen des Forschungsprojekts Entrepreneurship in peripheren Regionen); Bilder: Janina Keller

15

Geringe Gründungsdynamik

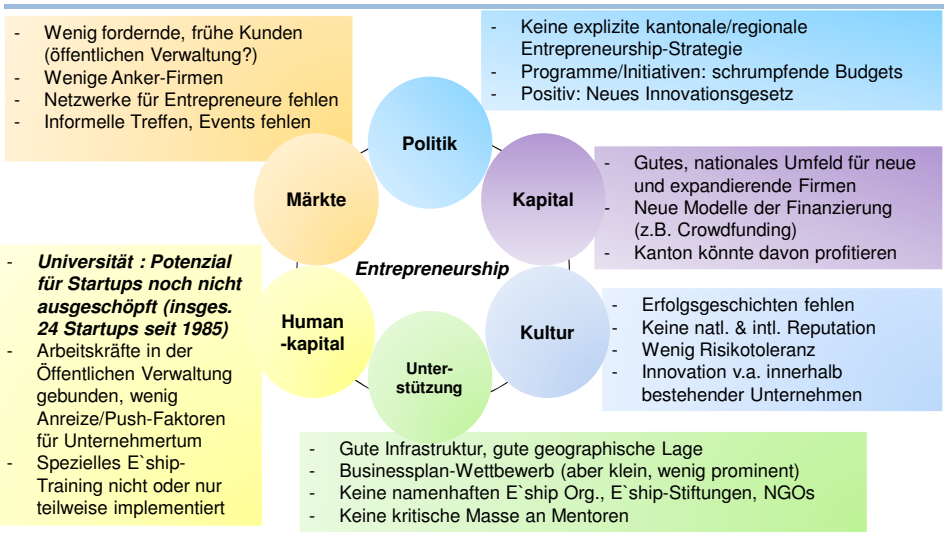


Anzahl Startup Unternehmen pro 1,000 Einwohner, 2012

Quelle: Source: Swiss Federal Statistical Office 2015: Business Demography 2013; Swiss Federal Statistical Office 2015: Municipalities Statistics 2013

16

Das Berner Startup-Ökosystem: Eine erste, oberflächliche Analyse



Quelle: Entrepreneurial Ecosystem von Isenberg (2011); Daten basieren auf eigenen (z.T. subjektiven) Beobachtungen; wissenschaftliche Analyse des Startup-Ökosystems steht noch aus

17

Schlussbemerkung

- Hochschulen können einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung von Stadt und Region leisten. Ihr Beitrag reicht aber weit über die wirtschaftlichen Effekte hinaus.
- Abkehr vom linearen Verständnis von Innovation und Unternehmertum nötig.
- Um wirtschaftlichen Effekte lokal zu nutzen, muss das Umfeld bzw das Startup-Ökosystem stimmen.
- Wie kann das Startup-Ökosystem im Kanton Bern gestärkt werden und welchen Beitrag leisten darin die Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen?

18

Herzlichen Dank

UNIVERSITÄT BERN

> **Fragen, Anregungen?**

Heike Mayer
Professorin für Wirtschaftsgeographie und Regionalforschung
Hallerstrasse 12
3012 Bern
Telefon: 031 631 88 86
Email: mayer@giub.unibe.ch
Webseite: www.giub.unibe.ch\eg

Berner Fachhochschule
Haute école spécialisée bernoise
Bern University of Applied Sciences

Berner Fachhochschule BFH

Agglomerationstagung 2015

Prof. Dr. Herbert Binggeli
Rektor

BFH:

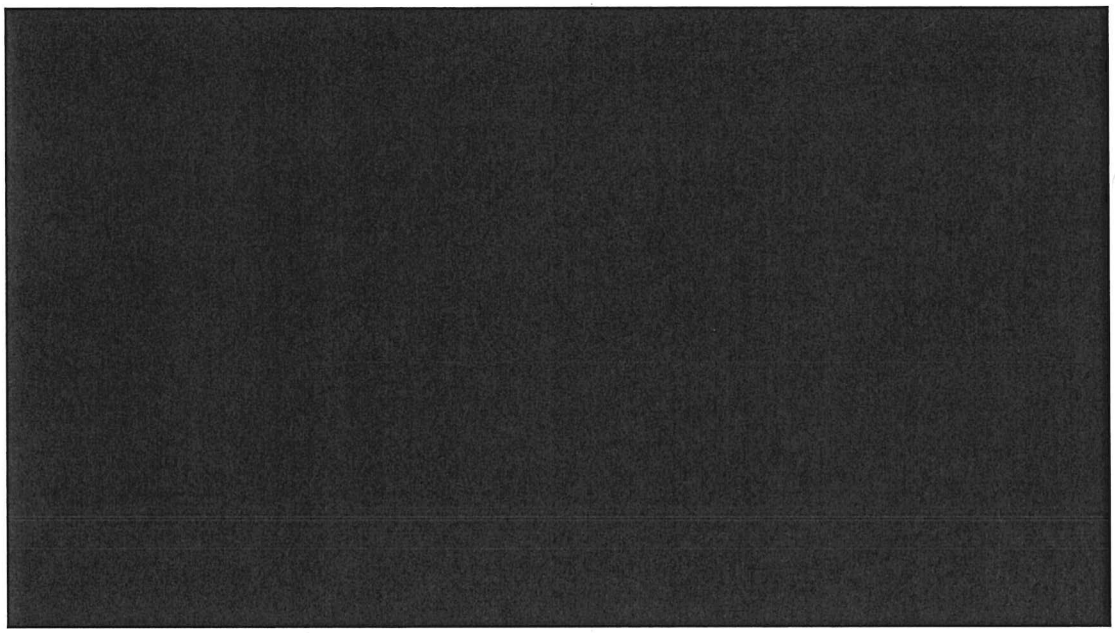
Zentralisierung ist mehr als die Summe der Einzelteile

Schwerpunkte des Referats

- Die BFH stellt sich vor
- Grundlagen:
  Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz HFKG
  Gesetz über die Berner Fachhochschule FaG
  Leistungsauftrag des Regierungsrates
- Standorte
- Ziele einer Konzentration → Die Zentralisierung ist mehr als lediglich die Summe der Einzelteile

Die BFH stellt sich vor

Berner Fachhochschule:
«fundiert, vielfältig, impulsgebend»



Positionierung der Fachhochschulen

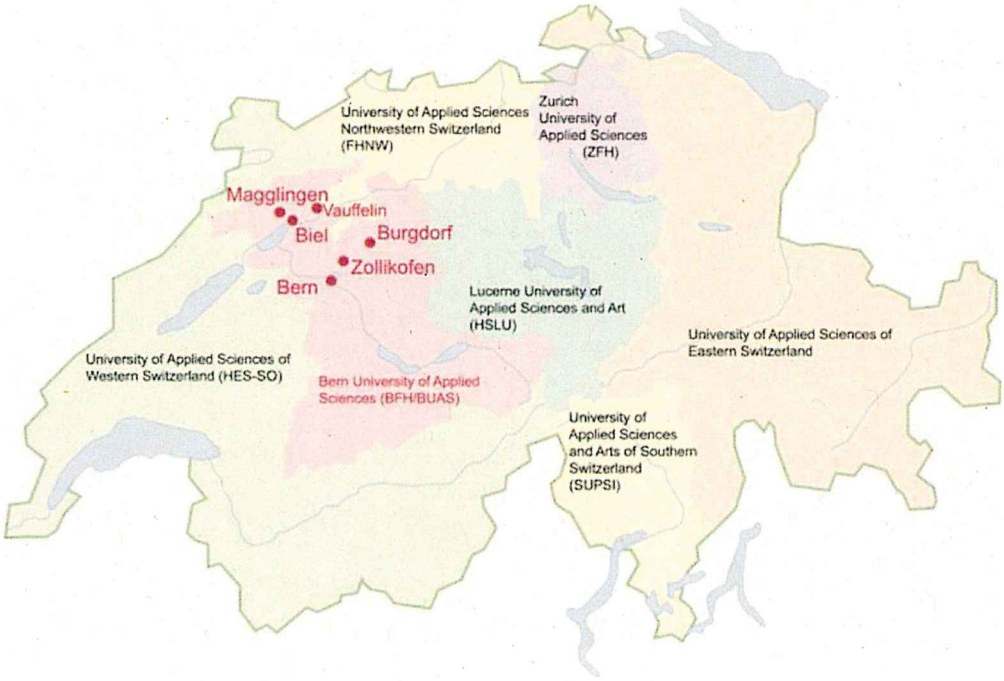
Teil des schweizerischen Hochschulsystems

Drei Hochschultypen
- Universitäten (10 kantonale Universitäten und zwei ETH)
- Fachhochschulen (7 kantonale, 1 private)
- Pädagogische Hochschulen (20)

Charakteristikum der Fachhochschulen
- Praxisbezug der Lehre, Anwendungsorientierung der F&E

Wirkungsgrad der Fachhochschulen
- Regional eingebettet, national und international vernetzt

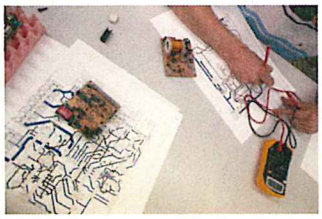
Die BFH im schweizerischen FH-Umfeld



Berner Fachhochschule: Zahlen und Fakten

Bachelorstudiengänge	29
Masterstudiengänge	21
Unterrichtssprachen	Deutsch, Französisch, teilweise Englisch
Studierende	6'598
Frauenanteil	45%
Weiterbildung	2497 Personen (EMBA, MAS, DAS, CAS)
Mitarbeitende	2'243 Personen (1'516 Vollzeitäquivalente)
Ertrag	CHF 281 Millionen (39% Beitrag Kanton Bern)

Technik und Informatik (Biel/Burgdorf)



Architektur, Holz und Bau (Biel/Burgdorf)

Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften HAFL (Zollikofen)

Wirtschaft, Gesundheit, Soziale Arbeit (Bern)

Hochschule der Künste Bern (Bern/Biel)

Eidg. Hochschule für Sport Magglingen EHSM

Grundlagen: HFKG, FaG und Leistungsauftrag des Regierungsrates

Leistungsauftrag der BFH

Der Leistungsauftrag umfasst :

Kernaufgabe

- Lehre
  Bachelorstudiengänge
  Masterstudiengänge

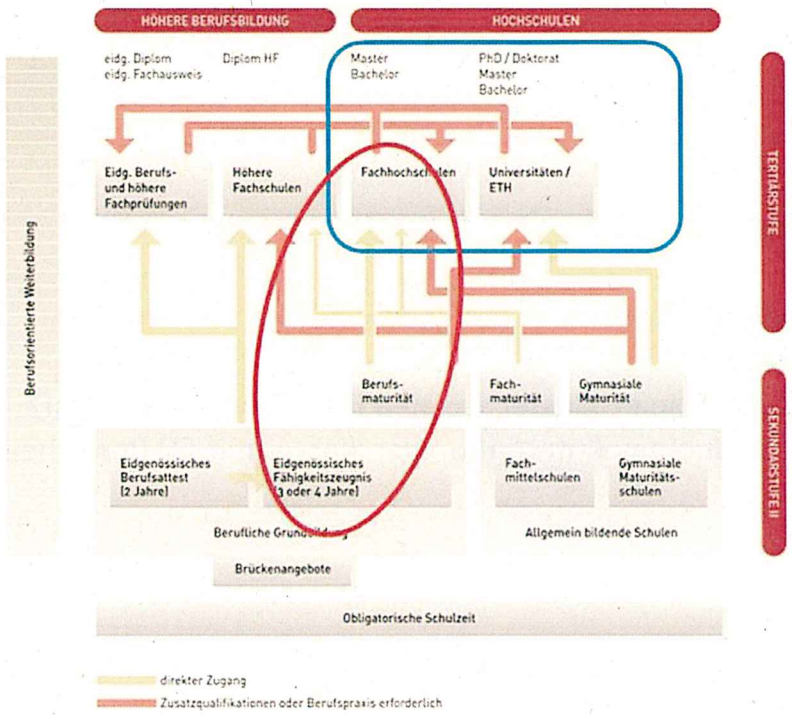
erweiterter Leistungsauftrag

- Weiterbildung
- Angewandte Forschung und Entwicklung (inkl. Wissens- und Technologietransfer WTT)
- Dienstleistungen

Der vierfache Leistungsauftrag

Bruttokosten der Leistungsbereiche
Coûts bruts par domaine de prestations

Zugangswege zur Fachhochschule



Technik und Informatik TI

- **Bachelorstudiengänge**
  - *Automobiltechnik*
  - Elektro- und Kommunikationstechnik
  - Maschinentechnik
  - Mikro- und Medizintechnik
  - Informatik
  - *Medizininformatik*
- **Masterstudiengänge**
  - Engineering
  - Biomedical Engineering (in Zusammenarbeit mit der Universität Bern)

Architektur, Holz und Bau AHB

- **Bachelorstudiengänge**
  - Architektur
  - *Holztechnik*
  - Bauingenieurwesen
- **Masterstudiengänge**
  - Engineering
  - Architecture (Joint Master mit den FH Fribourg und Genf)
  - Wood Technology (Internationaler Master mit FH Rosenheim)

Wirtschaft, Gesundheit, Soziale Arbeit WGS Fachbereich Wirtschaft

- **Bachelorstudiengänge**
  - Betriebsökonomie
  - Wirtschaftsinformatik
  - Multimedia Production (zusammen mit der HTW Chur)
- **Masterstudiengang**
  - Business Administration
  - Wirtschaftsinformatik

Wirtschaft, Gesundheit, Soziale Arbeit WGS
Fachbereich Gesundheit (NC)

- **Bachelorstudiengänge**
  - Pflege
  - Physiotherapie
  - *Ernährung und Diätetik*
  - Hebamme

- **Masterstudiengänge**
  - Nursing
  - Physiotherapy

Wirtschaft, Gesundheit, Soziale Arbeit WGS
Fachbereich Soziale Arbeit

- **Bachelorstudiengang**
  - Soziale Arbeit

- **Masterstudiengang**
  - Social Work

Hochschule der Künste Bern HKB (NC)

- **Bachelorstudiengänge**
  - Musik
  - Musik und Bewegung/Rhythmik
  - Kunst
  - Vermittlung in Kunst und Design
  - Theater
  - *Literarisches Schreiben*
  - Visuelle Kommunikation
  - Konservierung

Hochschule der Künste Bern HKB

- Masterstudiengänge
  - Music Performance
  - Specialized Music Performance
  - Music Pedagogy
  - Composition/Theory
  - Contemporary Arts Practice
  - Conservation-Restoration
  - Communication Design
  - Theater
  - Art Education

Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften HAFL

- **Bachelorstudiengänge**
  - *Agronomie*
  - *Forstwirtschaft*
  - Food Science & Management (Lebensmitteltechnologie)
- **Masterstudiengang**
  - Life Sciences

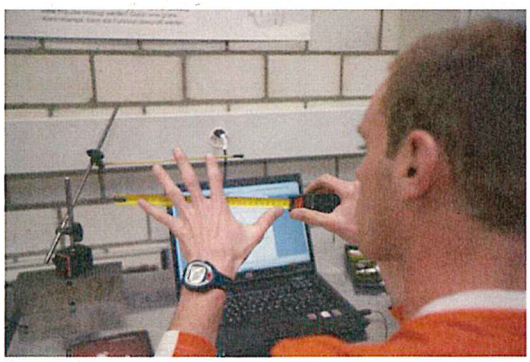
Eidgenössische Hochschule für Sport EHSM (angegliedert)

- **Bachelorstudiengang**
  - *Sport*
- **Masterstudiengang**
  - Sports

Erweiterter Leistungsauftrag

Erweiterter Leistungsauftrag

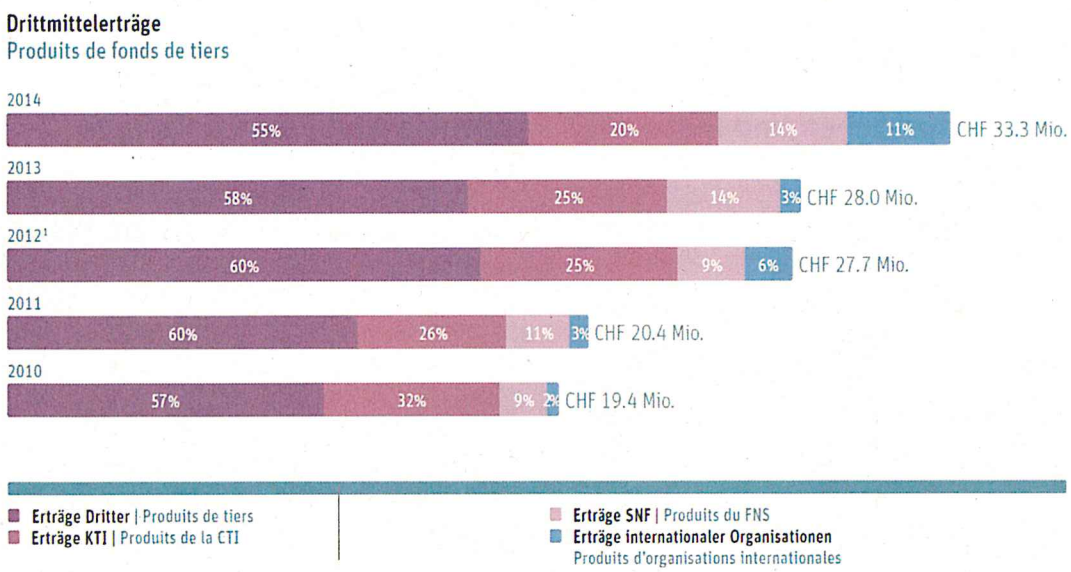
- Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung aF+E
- Weiterbildung WB
- Dienstleistungen DL



Bündelung von Forschungskompetenzen

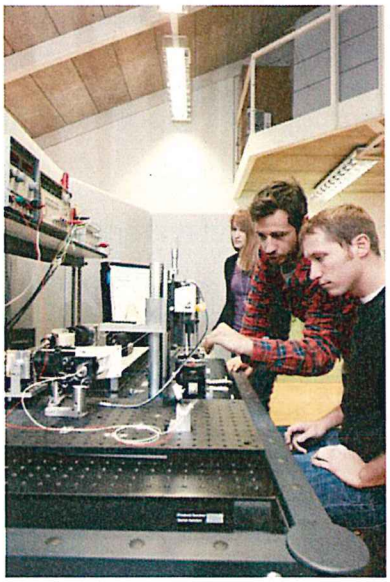
- BFH-Zentren sind durch die Bündelung von Forschungskompetenzen aus unterschiedlichen Disziplinen in der Fachhochschullandschaft einzigartig.
  - Technologien in Sport und Medizin
  - Soziale Sicherheit
  - Nahrungsmittelsysteme
  - Holz – Ressource und Werkstoff
  - Arts in Context
  - Digitale Gesellschaft
  - BFH-CSEM-Zentrum Energiespeicherung

Forschung in Zahlen



Profil der Forschung an der BFH

- Praxisbezug
- Vielfalt



Nutzen der Forschung an der BFH

Forschung an der BFH orientiert sich an ...

- den Bedürfnissen der Lehre (u.a. Masterstudiengänge, Weiterbildung),
- den Bedürfnissen der Wirtschaft,
- gesellschaftlichen und kulturellen Problemen und Fragestellungen.

Forschung: Projektpartnerschaften

Projektpartnerschaften nach geografischer Herkunft
Partenariats de projets selon l'origine géographique

205
Partnerschaften Ausland
Partenariats avec l'étranger

242
Partnerschaften Kanton Bern
Partenariats canton de Berne

403
Partnerschaften übrige Schweiz
Partenariats reste de la Suisse

850
Total

2014

Exklusive Eidgenössische Hochschule für Sport Magglingen EHSM.

Haute école fédérale de sport de Macolin HEFSM non incluse.

Weiterbildungsangebote

- **Breites Spektrum an Weiterbildungsangeboten**
  - Certificate of Advanced Studies (CAS)
  - Diploma of Advanced Studies (DAS)
  - Master of Advanced Studies (MAS)
  - Executive Master of Business Administration (EMBA)
  - Weiterbildungskurse
- **Voraussetzungen**
  - Hochschulabschluss oder äquivalente Vorbildung
  - Mindestens zwei Jahre einschlägige Berufserfahrung
  - Weiterbildungsspezifische zusätzliche Zulassungskriterien

2497 Personen haben sich 2014 in einem EMBA, MAS, DAS oder CAS weitergebildet

Dienstleistung

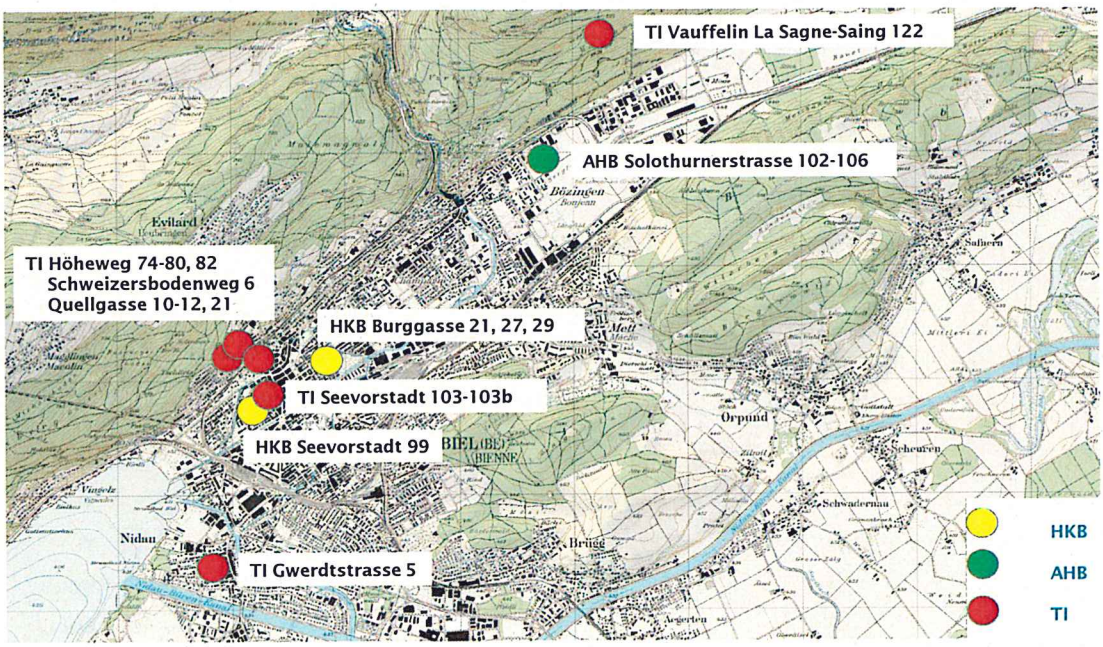
Die BFH konzentriert sich auf Dienstleistungen, die für Lehre und Forschung einen Mehrwert generieren.

Standorte der BFH

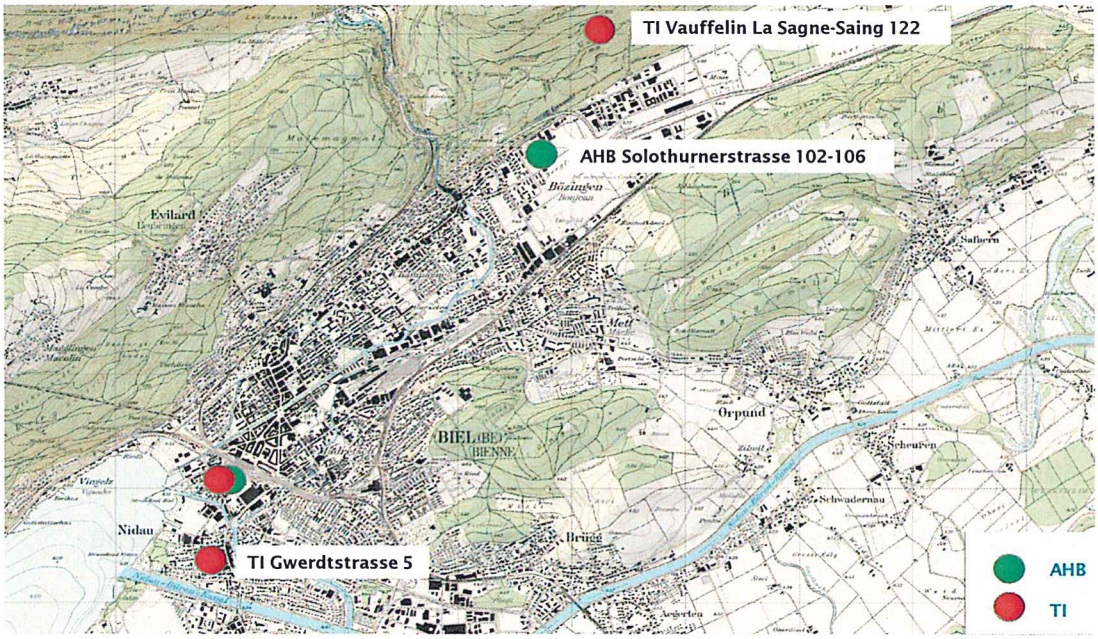
Herausforderung Standorte heute

- Die geographische Zersplitterung der BFH ist problematisch.
  Sie erschwert:
  - die Zusammenarbeit im Allgemeinen
  - den Aufbau interdisziplinärer Zusammenarbeit
  - die Nutzung gemeinsamer Infrastruktur
  - den Abbau von Doppelspurigkeiten
  - die Identifikation mit der BFH
- Die Konkurrenz schläft nicht! → zahlreiche neue Campusbauten
- Die geographische Zersplitterung schwächt die Attraktivität der BFH für Studierende und Mitarbeitende
- Geographische Zersplitterung erschwert die Übersicht für externe Partner

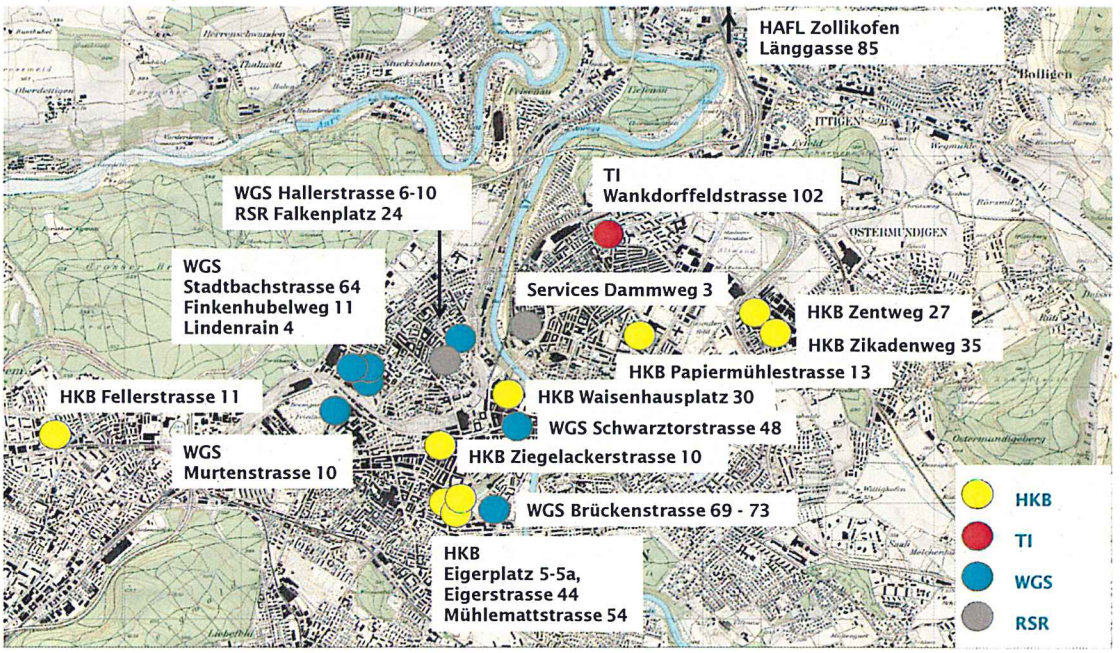
Standorte Biel / Bienne 2015



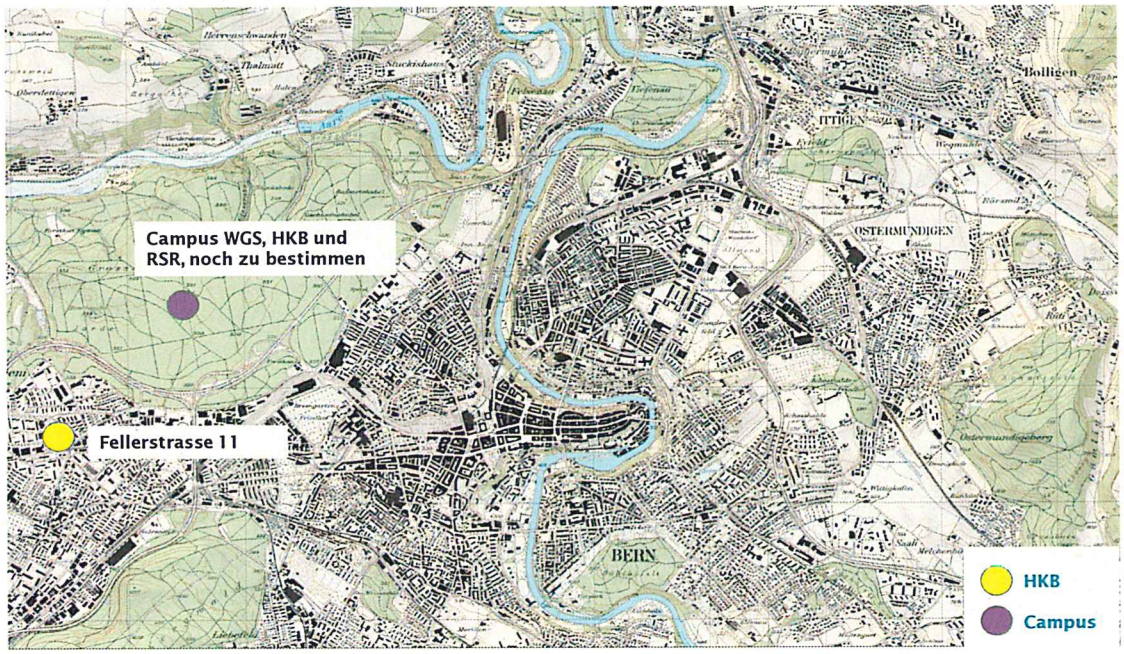
Standorte Biel / Bienne 2025



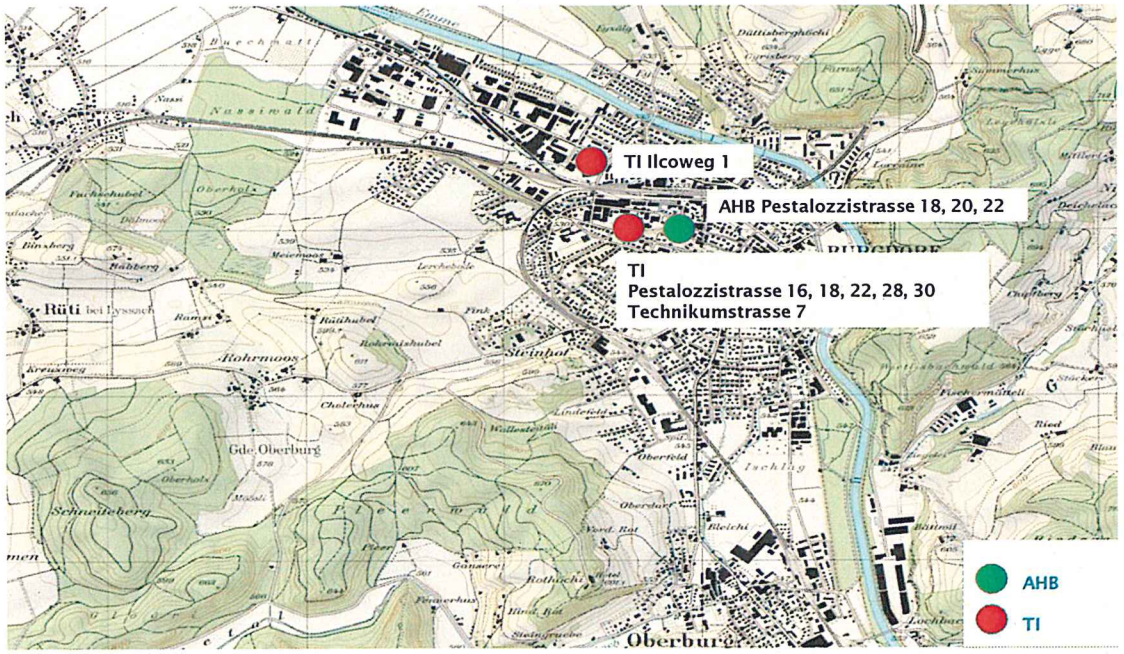
Standorte Bern 2015



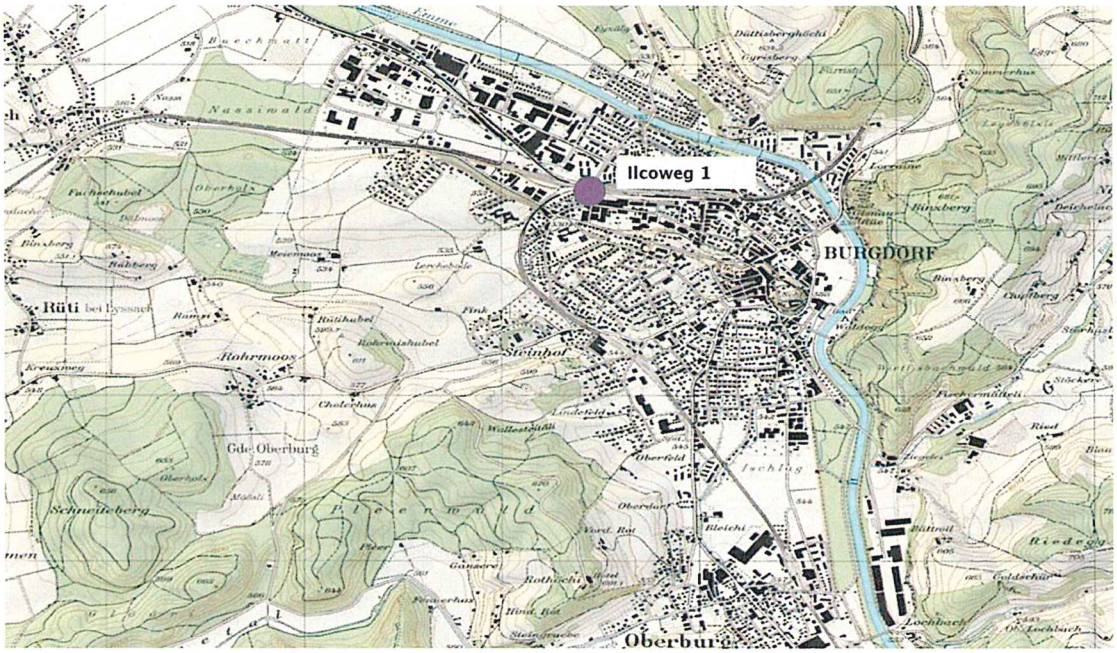
Standorte Bern Soll-Situation 2025



Standorte Burgdorf 2015



Standorte Burgdorf 2025



SKBF | CSRE

Schweizerische Koordinationsstelle
für Bildungsforschung

Die Schweizer Hochschulen: Zugänge und Übergänge in den Arbeitsmarkt

Andrea Diem, Wissenschaftliche Mitarbeiterin SKBF

6. November 2015

Agglomerationstagung 2015 - «Bildungsstandort Bern» - Zollikofen

SKBF | CSRE

Wieviel von welcher Bildung?

- Welche Bildungsqualifikationen wollen bzw. brauchen wir – und was sind wir bereit dafür zu zahlen?
- Bildungsforschung kann wertvolle Grundlagen liefern für die politische Entscheidungsfindung

Inhalt des Referats

- Veranschaulichung anhand von 4 Thesen zu aktuellen bildungspolitischen Diskursen
- Fokus auf Hochschulen
  - Vorläuferschulen
  - Übergang in den Arbeitsmarkt

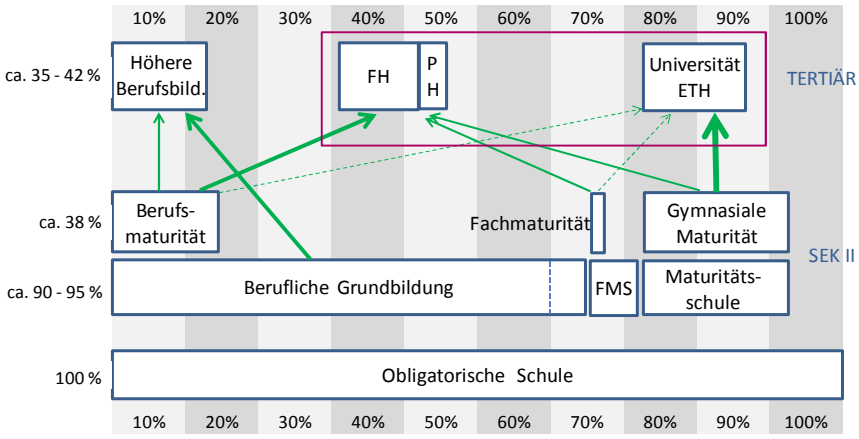
SKBF | CSRE

Thesen

1. Die Mischung von schulischen Angeboten und dualer Berufslehre auf Sekundarstufe II ist ein Balanceakt.
2. Die Bildungspotentiale (Begabungen) werden nicht optimal ausgeschöpft.
3. Die Hochschulabsolventinnen und -absolventen werden gut vom Arbeitsmarkt aufgenommen, aber nicht alle Qualifikationen gleich stark nachgefragt.
4. Es ist schwierig zu wissen, welche Qualifikationen wir (in Zukunft) brauchen.

SKBF | CSRE

Überblick über das Bildungssystem



SKBF | CSRE

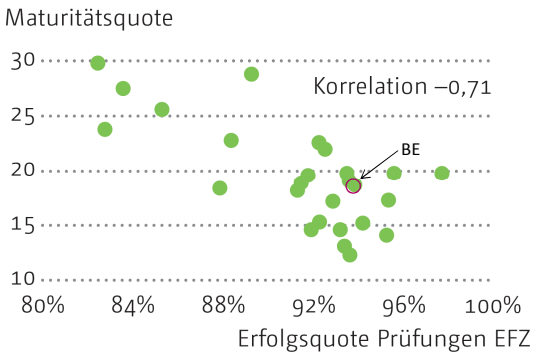
These 1:

Die Mischung von schulischen Angeboten und dualer Berufslehre auf Sekundarstufe II ist ein Balanceakt.

SKBF | CSRE

Die Maturitätsquote beeinflusst den Erfolg der beruflichen Grundbildung

Je höher die Maturitätsquote, desto tiefer die Erfolgsquote bei den Lehrabschlussprüfungen

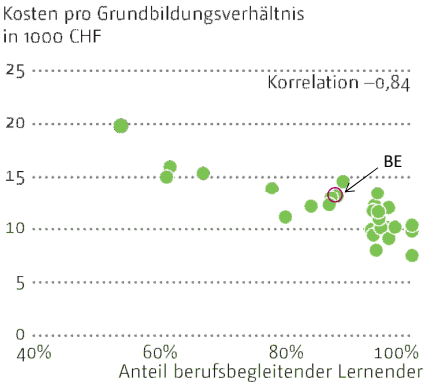


Quelle: Bildungsbericht Schweiz 2014, Abb. 110

SKBF | CSRE

Berufliche Grundbildung: Duale Berufslehre vs. berufliche Vollzeitschule

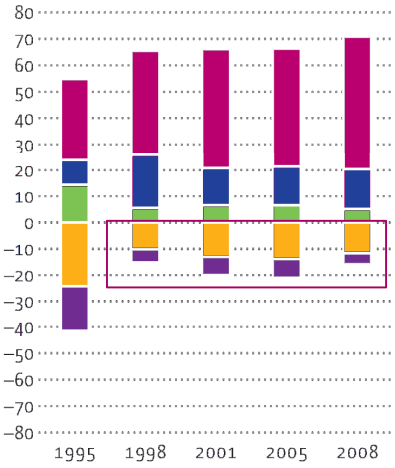
Betriebliches Engagement entlastet öffentliche Finanzen



Quelle:
Bildungsbericht Schweiz 2014, Abb. 112

SKBF | CSRE

Die duale Berufsbildung ist kein Selbstläufer



Ausbildungsbetriebe: Veränderungen gegenüber der Vorerhebung

1995: Veränderung gegenüber 1985

- Marktaustritt
- Aufgabe der Ausbildung
- Markteintritt
- Aufnahme der Ausbildung
- Weiterbestand aus Vorerhebung

Quelle: Müller & Schweri, 2012

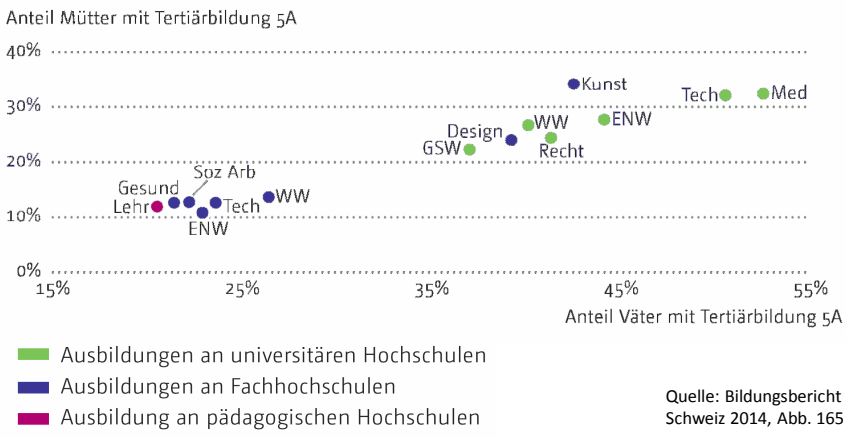
SKBF | CSRE

These 2:

Die Bildungspotentiale (Begabungen) werden nicht optimal ausgeschöpft.

SKBF | CSRE

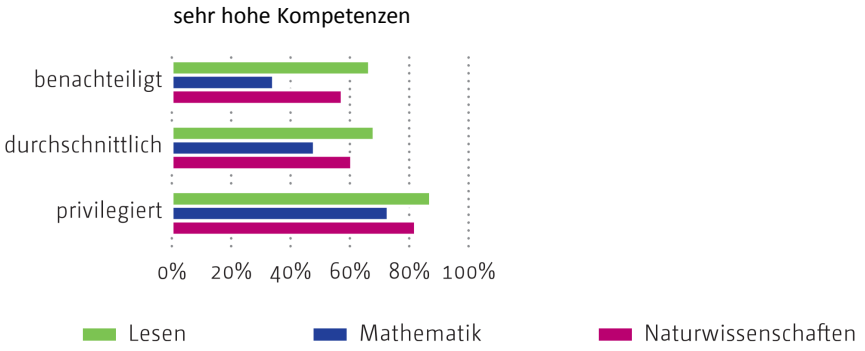
Studium hängt von der Bildung der Eltern ab



Quelle: Bildungsbericht Schweiz 2014, Abb. 165

SKBF | CSRE

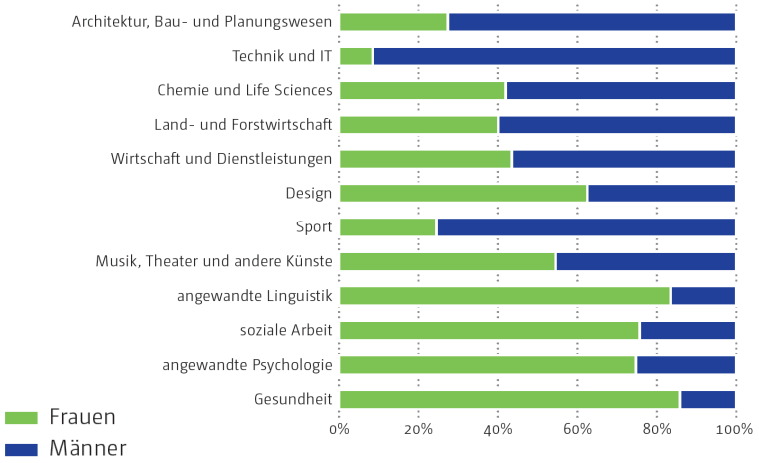
Die Absicht, das Gymnasium zu besuchen, variiert nach sozio-ökonomischer Herkunft



Quelle: Bildungsbericht Schweiz 2014, Abb. 137

SKBF | CSRE

Studienwahl hängt vom Geschlecht ab

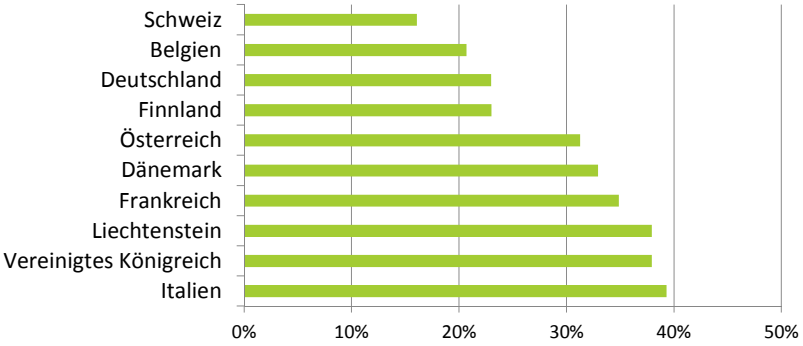


Quelle: Bildungsbericht Schweiz 2014, Abb. 206

SKBF | CSRE

CH: Frauen in MINT stark unterrepräsentiert

Anteil Frauen bei Bachelor-Abschlüssen in Naturwissenschaften, Mathematik, Informatik und Ingenieurwesen



Quelle: Eurostat

SKBF | CSRE

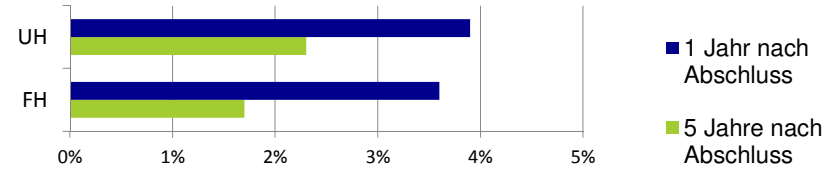
These 3:

Die Hochschulabsolventinnen und -absolventen werden gut vom Arbeitsmarkt aufgenommen, aber nicht alle Qualifikationen gleich stark nachgefragt.

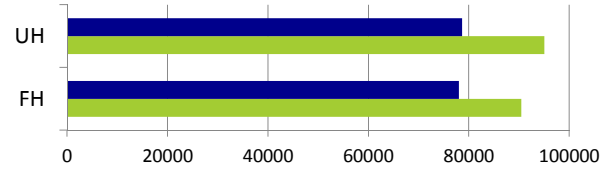
SKBF | CSRE

Der Übergang in den Arbeitsmarkt gelingt gut

Erwerbslosenquote nach ILO



Standardisiertes Bruttoerwerbseinkommen (in CHF)

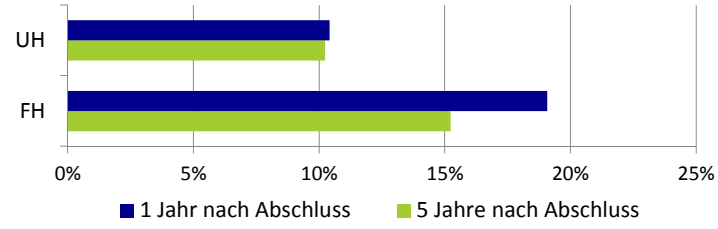


Quelle: BFS

SKBF | CSRE

…aber: nicht alle Jobs sind den Qualifikationen angemessen

Anteil Absolvent/innen mit ausbildungsinadäquater Beschäftigung

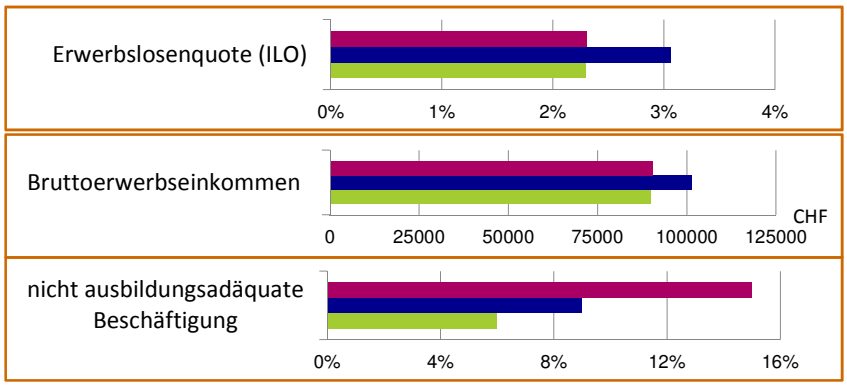


Definition: kein Hochschulabschluss verlangt und den im Studium erworbenen Qualifikationen höchstens teilweise angemessen

Quelle: Absolventenbefragungen 2013, eigene Berechnung

SKBF | CSRE

Unterschiede nach Fachbereich und Kriterium

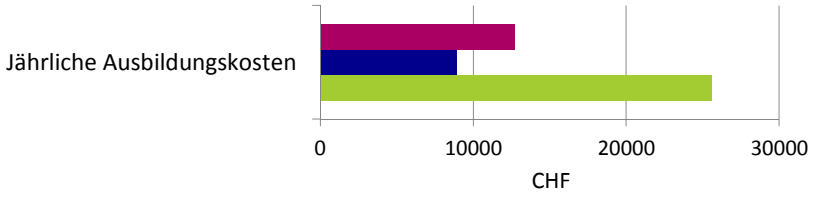


- Geistes- und Sozialwissenschaften
- Wirtschaftswissenschaften
- Phil. II (Exakte und Naturwiss., Techn. Wiss., Zahn- und Veterinärmedizin)

Quelle: BFS, eigene Berechnungen

SKBF | CSRE

Unterschiede auch in den Ausbildungskosten



- Geistes- und Sozialwissenschaften
- Wirtschaftswissenschaften
- Phil. II (Exakte und Naturwiss., Techn. Wiss., Zahn- und Veterinärmedizin)

Quelle: BFS

SKBF | CSRE

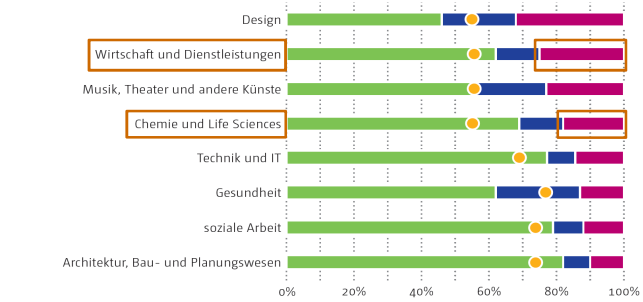
These 4:

Es ist schwierig zu wissen, welche Qualifikationen wir (in Zukunft) brauchen.

SKBF | CSRE

Suboptimale Passung auch in vermeintlich stark nachgefragten Bereichen

Passung Ausbildung – Arbeitsplatzanforderung 1 Jahr nach Studienabschluss



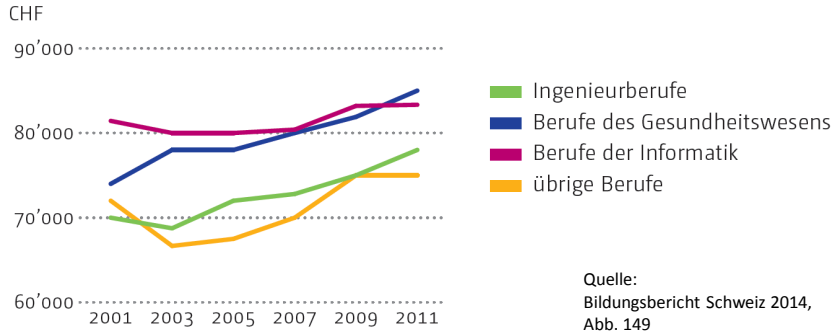
Quelle: Bildungsbericht Schweiz 2014, Abb. 201

- Hochschulabschluss verlangt
- kein Hochschulabschluss verlangt, aber hohe Passung zwischen fachlichen Qualifikationen und Job
- kein Hochschulabschluss verlangt und tiefe oder mittlere Passung zwischen fachlichen Qualifikationen und Job
- hohe Zufriedenheit in Bezug auf Passung mit den beruflichen Qualifikationen

SKBF | CSRE

Fachkräftemangel nicht nur in den bekannten Berufsfeldern

Erwerbseinkommen der UH-Absolvent(innen) 1 Jahr nach Abschluss



Quelle:
Bildungsbericht Schweiz 2014, Abb. 149

SKBF | CSRE

Fazit

- Bildungsforschung kann wertvolle Grundlagen liefern
- Veränderungen in einem Bildungsbereich führen auch zu Veränderungen auf anderen Ebenen des Bildungssystems (Bsp. Maturitätsquote) → Gesamtsicht ist notwendig
- Zur Lenkung von Bildungsentscheidungen auf einer Bildungsstufe muss oftmals auf früherer Ebene angesetzt werden (Bsp. Studienwahl)
- Die Beurteilung darüber, wie erfolgreich ein Bildungsangebot ist, kann je nach Beurteilungskriterium variieren (Bsp. Erwerbslosenquote vs. Passungsquote)
- Manchmal ist die Realität anders, als man denkt (Bsp. Passung bei Naturwissenschaftler/innen)

SKBF | CSRE

Ausblick Workshop

Möglichkeiten und Grenzen von Bildungsforschung für die Bildungspolitik

Diskussion der Frage:
Wie erhalten wir die benötigten Fachkräfte, und dies auf möglichst finanzverträgliche Weise?

SKBF | CSRE

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

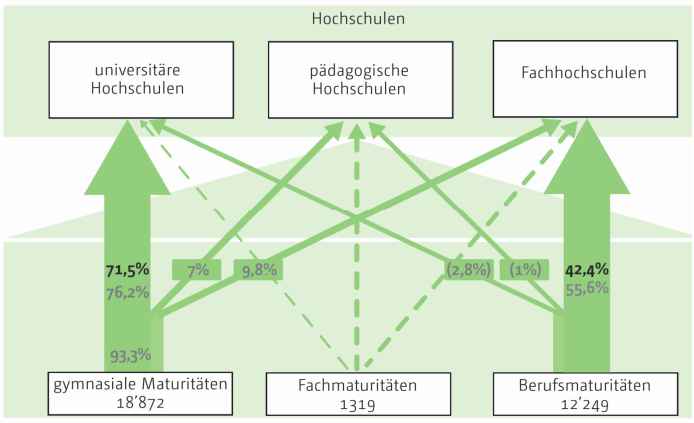
SKBF | CSRE

Anhang

SKBF | CSRE

Zugänge zu den Hochschulen

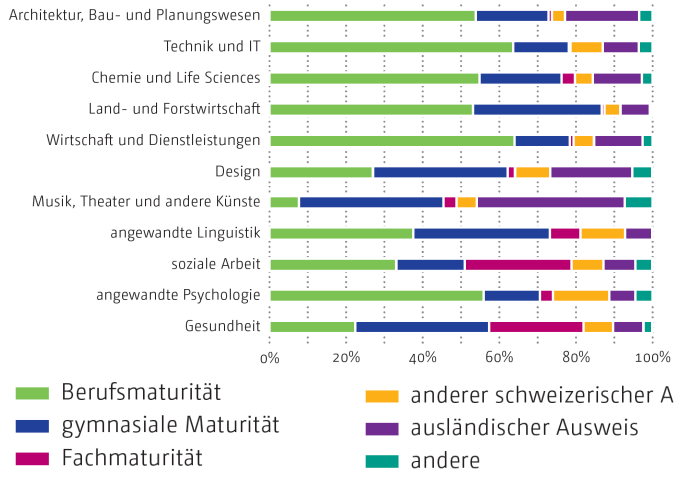
Übertritte der Kohorte 2010 bis spätestens 1 Jahr nach der Maturität.
Graue Zahlen: Gesamtübertritt Kohorte 2008; Werte in Klammern basieren auf älteren Kohorten



Quelle: Bildungsbericht Schweiz 2014, Abb. 150

SKBF | CSRE

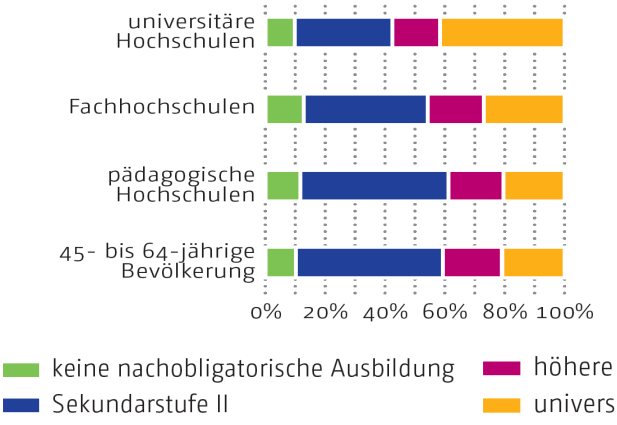
Fachhochschulen rekrutieren aus breitem Feld



Quelle: Bildungsbericht 2014, Abb. 195

SKBF | CSRE

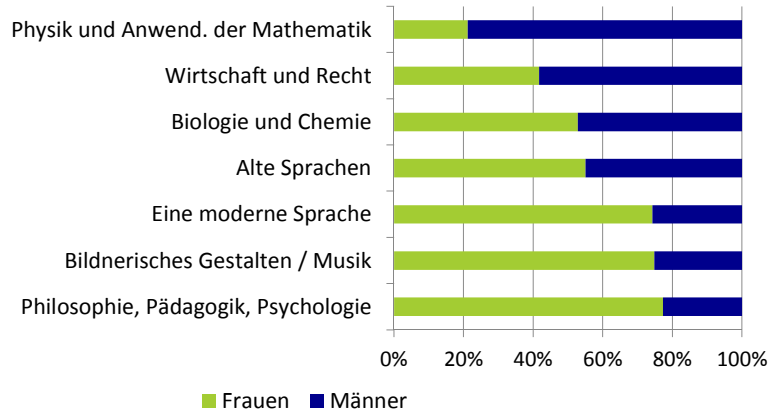
Studium hängt von der Bildung der Eltern ab – insbesondere bei den Universitäten



Quelle: Bildungsbericht 2014, Abb. 164

SKBF | CSRE

Geschlechter wählen unterschiedliche SPF

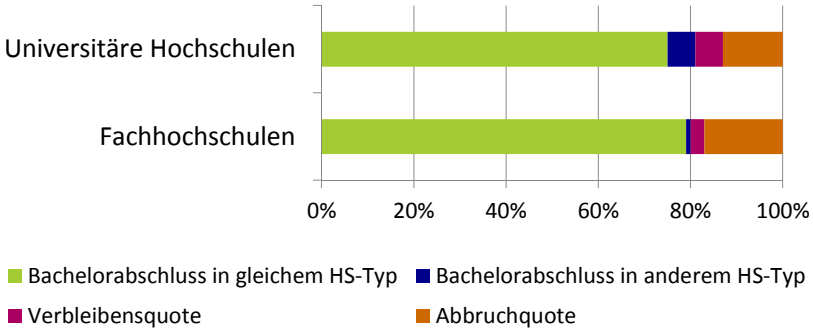


Quelle: BFS

SKBF | CSRE

Studienerfolg

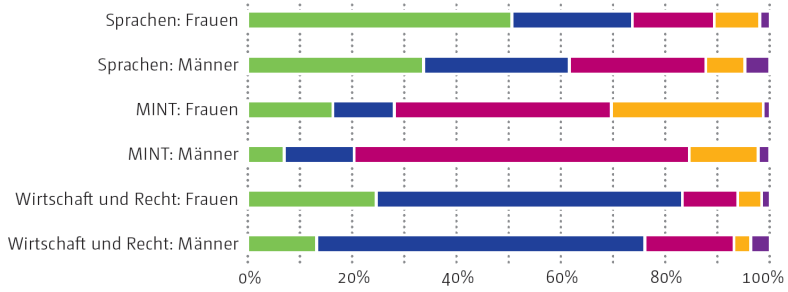
Studienerfolg 6 bis 7 Jahre nach Studienbeginn



Quelle: Bologna-Barometer 2012, BFS

SKBF | CSRE

Die Studienwahl wird durch das Schwerpunktfach (SPF) beeinflusst



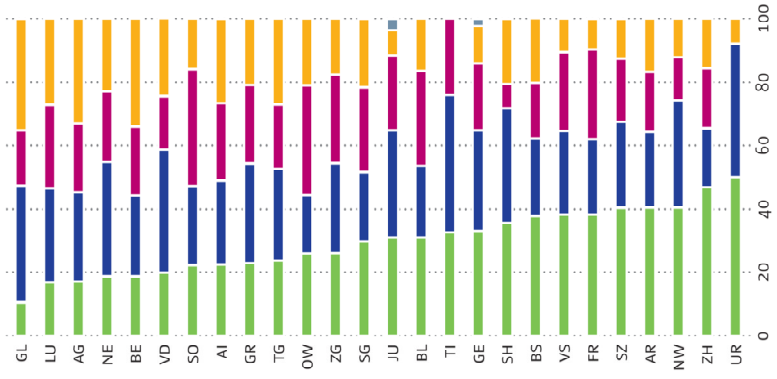
Wahl des Studienfachs

- Geistes- und Sozialwissenschaften
- Wirtschaftswissenschaften
- MINT
- Medizin und Pharmazie
- interdisziplinär und anderes

Quelle: Bildungsbericht 2014, Abb. 130

SKBF | CSRE

Schwerpunktfächer variieren nach Kanton



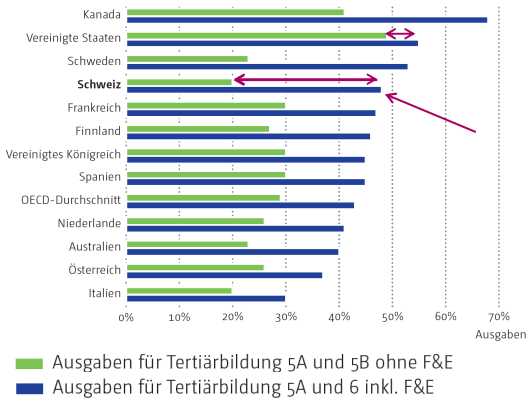
- Sprachen (Latein und/oder Griechisch, moderne Sprachen
- MINT (Biologie und Chemie, Physik und Anwendungen der Mathematik)
- Wirtschaft und Recht
- bildnerisches Gestalten, Musik, PPP
- keine Angaben

Quelle: Bildungsbericht 2014, Abb. 124

SKBF | CSRE

Ausgaben pro Studierende(n) im Tertiärbereich

relativ zum BIP pro Kopf, 2010

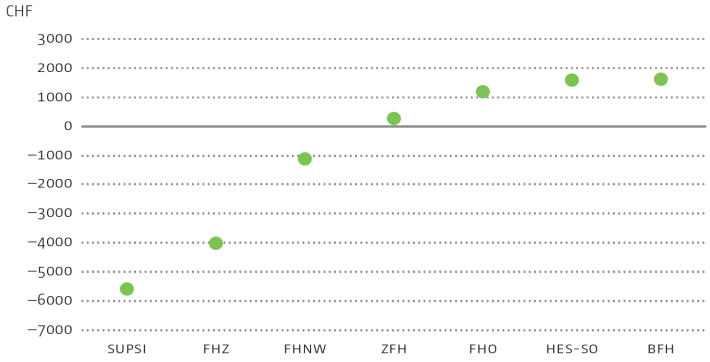


Quelle: Bildungsbericht 2014, Abb. 183

SKBF | CSRE

Ausgaben variieren nach Fachhochschule

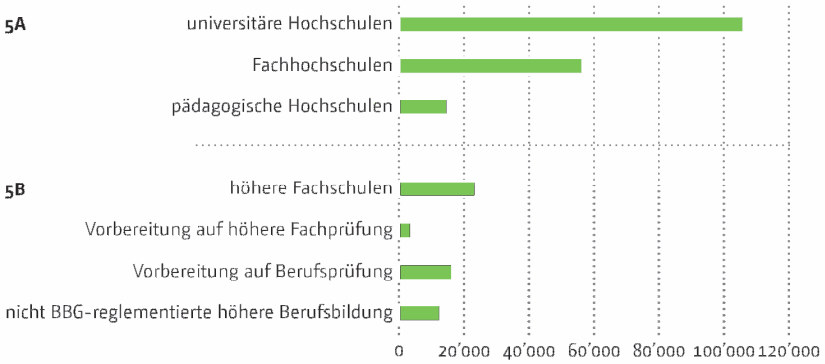
Indexwerte: fachbereinigte Abweichungen der jährlichen Ausgaben pro Studierenden-VZÄ vom Durchschnitt (= 28'500 CHF), 2011



Quelle: Bildungsbericht 2014, Abb. 204

SKBF | CSRE

Tertiäres Bildungswesen



SKBF | CSRE

Kriterien zur Beurteilung des Bildungssektors

- Effektivität: Zielerreichung
  - Werden die Bildungszielen erreicht?
- Equity: Chancengerechtigkeit
  - Stehen allen die gleichen Chancen zu?
  - Ziel: nur Leistung, nicht soziale Merkmale sollten die Bildungslaufbahn bestimmen
- Effizienz des Mitteleinsatzes: Kosten-Nutzen-Verhältnis
  - In welchem Verhältnis stehen die Kosten zu den erlangten Zielen?
  - Werden die Mittel am „richtigen Ort“ eingesetzt?

SKBF | CSRE

Bildung ist wichtig

- Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen der Schweiz
  - erhöht Produktivität
  - begünstigt Innovationen
  - begünstigt reflektiertes, verantwortliches Handeln
- Tertiäre Bildung von besonderer Bedeutung
- Bildung wird in Zukunft zusätzlich an Bedeutung gewinnen, wenn sich aufgrund des demographischen Wandels das inländische Fachkräfteangebot verknappt (und nicht auf ausländische Fachkräfte zurückgegriffen wird)

SKBF | CSRE

Ziele der Hochschulbildung

- Vermittlung von Fachwissen → Hoch qualifizierte Arbeitskräfte für den Arbeitsmarkt ausbilden
- Vermittlung von Allgemeinbildung → Verantwortungsbewusste, reflektierte Bürger/innen

BERUFS BILDUNG Stadt Bern

Agglomerationstagung 2015

Workshop 1

«Berufsbildung als regionaler Wirtschafts- und Standortfaktor»

Raymond Anliker

Vorsitzender Verein BSBe

Direktor bwd

BERUFS BILDUNG Stadt Bern

Ablauf des Workshops

- **Input 1** Zahlen und Fakten zur Berufsbildung
- **Input 2** Beispiele zur Zusammenarbeit
- **Diskussion These 1**
- **Diskussion These 2**
- **Diskussion Fragestellungen**
- **Fazit** Sicherstellung Ergebnisse für Plenum

BERUFS BILDUNG Stadt Bern

Berufsbildung in Stadt und Agglomeration Bern

9 Schulen

- **BFF** (Heinz Salzmann)
- **be-med** (Christoph Hänssler)
- **BSD** (Adrian Ruprecht)
- **bwd** (Raymond Anliker)
- **BZ Pflege** (Peter Marbet)
- **gibb** (Sonja Morgenegg-Marti)
- **TFB** (Andreas Zysset)
- **SfG** Bern/Biel (Stefan Gelzer)
- **WKS** (Christian Vifian)

BERUFS BILDUNG Stadt Bern

Grundbildung in Stadt und Agglomeration Bern

197 Berufe

1’160 Klassen

21’810 Lernende
(+1’801 BM-Lernende)

ca. 3’000 Mitarbeitende

BERUFS BILDUNG Stadt Bern

Höhere Berufsbildung

- Vorbereitung Eidg. Fachprüfungen
- Vorbereitung Eidg. Fachausweis
- Höhere Fachschulen
- Diplomlehrgänge
- Weiterbildung

für über 5'000 Studierende in praktisch allen Berufsfeldern

BERUFS BILDUNG Stadt Bern

Die Höhere Berufsbildung ist ebenso gewichtig wie die Hochschulbildung

Tertiärstudiums-Diplomierte 2012, ohne Doppelzählungen Bachelor/Master/Doktorat

Tertiär A
Hochschulen

28 500 Diplomierte

wovon
14 300 Diplomierte Uni/ETH
11 200 Diplomierte Fachhochschulen
3000 Diplomierte Pädagogische Hochschulen

Total 46 000 Liz, Bachelor, Master und Dr.

Tertiär B
Höhere Berufsbildung

27 000 Diplomierte

wovon
7100 Diplomierte Höhere Fachschulen
3000 Eidg. Diplome HFP
13 100 Eidg. Fachausweise BP
3800 Eidg. nicht reglementierte HBB-Abschlüsse

Quelle: BFS © Strahm/hep verlag

BERUFS BILDUNG Stadt Bern

Berufsbildung in Stadt und Agglomeration Bern

- Standortfaktor
- Kompetenzzentrum
- Wertschöpfung
- Arbeitsplätze
- Innovation
- Branchennähe

BERUFS BILDUNG Stadt Bern

Beispiele Zusammenarbeit

- «Rent-a-Stift»
- «Entrepreneurship»
- «Projekt Clean-it»
- «Du hast die Wahl»
- Ausbildungspartner BZ Pflege
- Beiräte WKS
- Events WKS
- Einbezug der Branchenverbände in HBB
- Labors, Praxisraum, Autolehrhalle (gibb)

BERUFS BILDUNG Stadt Bern

Beispiele Zusammenarbeit (Forts.)

- Berufsvorbereitung BFF mit Betrieben
- Bewerbungstrainings mit Personalverantwortlichen
- Kooperation mit Weiterbildung Inselspital
- Schulische Vertretungen in Branchenverbänden
- Weiterbildungsveranstaltungen für Branchen, OdAs, Verbände
- Spezial-/Projektwochen mit Verwaltung, Kultur, Gesundheitswesen
- Private Trägerschaften von Schulen (i.d.R. Verbände)

BERUFS BILDUNG Stadt Bern

Beispiele Zusammenarbeit Forts.

- Politwoche SfG
- Projekt Winterhilfe SfG
- Projekt easy-vote SfG
- Kultur-Kooperationen (Buskers, Museumsnacht, Literaturtage…)

BERUFS BILDUNG Stadt Bern

Diskussion These 1

«Die Bedeutung einer guten Berufsbildung in Stadt und Agglomeration als Standortfaktor wurde bis anhin in der politischen Diskussion zu wenig gewichtet und zu wenig eindeutig vertreten.

Die Politik fokussiert auf die «Leuchttürme» Universität und Fachhochschule.»

BERUFS BILDUNG Stadt Bern

Diskussion These 2

«Noch wird zu wenig von der Nähe der Bildungsinstitutionen zu Wirtschaft, Verwaltung, Kultur und Dienstleistung profitiert. Die AkteurInnen kennen sich nicht.

Die Bedeutung der höheren Berufsbildung (Tertiär B) wird vernachlässigt.»

BERUFS BILDUNG Stadt Bern

Diskussion Fragestellungen / Konkrete Massnahmen

- Wie können die regionalen Interessen für einen starken Berufsbildungsstandort besser wahrgenommen werden?
- Wie kann ein regionales Bewusstsein für die Bedeutung des Bildungsangebots geschaffen werden?
- Wie können drohende Dezentralisierungen verhindert werden?
- Wie kann die Zusammenarbeit der AkteurInnen optimiert werden?